Interview mit S. K. H. Prinz Michael von Preußen, s. Seite 21

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 29 – 24. Juli 2010

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Bodenhaftung verloren: Die Tatsache, dass die Hamburger Bildungssenatorin und ehemalige Fraktionsvorsitzende der Grün-Alternativen Liste (GAL), Christa Goetsch, offenbar wirklich über den Sieg der Volksinitiative überrascht war, zeigt, dass sie und das gesamte Hamburger Landesparlament kein Gefühl für die Stimmung bei den Bürgern mehr hatben.

Foto: pa

Im Niemandsland

Der Hammer von Hamburg: Die CDU wurde von ihren eigenen Wähler besiegt

Die Entfremdung zwischen Bürgern und Politik hat dramatische Ausmaße angenommen – woran die Bürger nicht unschuldig sind.

Mit dem Hamburger Volksentscheid hat sich etwas offenbart, dessen Sprengkraft weit über das Feld der Schulpolitik hinausreicht. Selbst in Ländern mit langer Tradition in direkter Demokratie hat es Seltenheitswert, dass sich ein Bürgerbündnis durchsetzt gegen die versammelte Front aller Parlamentsparteien. Für gewöhnlich stellt sich eine starke parlamentarische Minderheit an die Spitze der Initiative wie zuletzt die Schweizerische Volkspartei (SVP) beim weltweit registrierten Verbot von Minarett-Bauten.

Anders in Hamburg: Hier waren die Bürger gegen eine Einheitsfront angetreten, die von der CDU bis ins kommunistische Lager reicht. Allein die kleine, chronisch zerstrittene und nicht im Landesparlament vertretene Hamburger FDP hatte sich auf die Seite der Volksinitiative gestellt.

Krasser konnte die Entfremdung der politischen Klasse von weiten Teilen des Volkes kaum ins Licht gestellt werden. Am härtesten trifft es die CDU. Das von Angela Merkel aktiv vorangetriebene Projekt der nach links geöffneten, „modernen Großstadtpartei“, für das Hamburgs Ole von Beust beispielhaft stand, erscheint plötzlich als Dame ohne Unterleib. Die von Trendforschern und Demoskopen entworfene „neue“ CDU hat die Partei in ein Niemandsland geführt: Die erhofften neuen Wählerschichten scharen sich nun erst recht um die schwarz-grün veredelten Grünalternativen, die alten Stammwähler gehen ihre eigenen Wege. Und das, wie sich zeigt, mit einiger Entschlossenheit.

> Die »modernisierte« Union – eine Dame ohne Unterleib?

Doch wäre es zu billig, die Schuld für die Entfremdung von Volk und Volksvertretern allein auf das Konto der Volksvertreter zu buchen. Auch die Hamburger (und mit ihnen alle Deutschen, die sich von „denen da oben“ nicht mehr vertreten fühlen) müssen sich fragen lassen, wie ihnen ihr eigenen Parlamente derart entgleiten konnten.

276 000 Stimmen, das entspräche mit gewöhnlicher Wahlbeteiligung bei einer Hamburger Landtagswahl rund 30 Prozent. Der Erfolg der Volksinitiative entlarvt die Behauptung, dass die Bürger gegen ein sogenanntes „Parteienkartell“ sowieso nichts ausrichten könnten, als Ausrede.

Die Bürger müssen sich entscheiden: Wollen sie nur für spezielle Anliegen, wie etwa in der Schulpolitik, punktuell aktiv werden, oder sind sie bereit, den Weg in die demokratische Teilhabe konsequent weiterzugehen. Hamburg hat schon zwei Versuche hinter sich, zuletzt mit der „Schill-Partei“, die als traurige Farce endete.

Die CDU hat den Warnschuss, der von den fast 20 Prozent für Ronald Schill 2001 ausging, offenkundig überhört. Sonst wäre ihr dieses Desaster erspart geblieben. Die engagierten Bürger, die jetzt siegreich aus der Abstimmung gingen, sollten nicht einfach nach Hause gehen. Sie haben ein Vakuum aufgezeigt, das nur sie füllen können. *Hans Heckel*

WILHELM V. GOTTBERG:

Erinnerung

In diesen Tagen vor 65 Jahren tagte die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2 August 1945). Die Siegermächte Stalin (Sowjetunion), Churchill (Großbritannien) und Truman (USA) kamen zur ersten Nachkriegskonferenz zusammen und hielten über Deutschland Gericht. Die Beschlüsse von Potsdam bestimmten das Schicksal Deutschlands und wirken teilweise bis heute. Während der Konferenz wurde Churchill durch eine Unterhauswahl in England abgewählt; er wurde durch den Labor-Politiker Attlee ersetzt. Dieser Umstand und die Ahnungslosigkeit der US-Delegation und des US-Präsidenten Truman über die tatsächliche Situation der deutschen Menschen in Mittel- und Ostdeutschland ermöglichte es Stalin, seine Maximalforderungen durchzusetzen. Das Klima der Konferenz war bestimmt durch eine Haltung der Unversöhnlichkeit gegenüber Deutschland.

In diesen Tagen vor 65 Jahren starben Tausende von Wehrmachtsangehörigen auf den Rheinwiesen. Im Osten rollten die Züge mit deportierten Deutschen Richtung Sibirien. In Polen und in den Oder-Neiße-Gebieten begann die brutale Vertreibung der Deutschen bereits vor Konferenzbeginn. Auf dem Balkan begann eine flächendeckende Hatz auf alle Deutschen. Beute machen, Rache üben, Deutschland für eigene Hegemonialbestrebungen versklaven; dieser Geist bestimmte die Siegermächte 1945. Die Deutschen nennen das heute „Befreiung“.

Potsdam ist überwunden. Russland hat dazu mehr beigetragen als der Westen. Dennoch: Deutschland darf die Hoheit über seine Geschichte nicht aufgeben.

Psychiatrie als Notlösung

Viele Innenminister wollen Sicherungsverwahrte nicht freilassen

Seit Monaten geraten die Innenminister der Länder, die der CDU/CSU angehören, ins Schwitzen, wenn mal wieder die nachträgliche Sicherungsverwahrung eines Häftlings überprüft wird. Seit Ende 2009 gibt es das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, das die deutsche Regelung der nachträglichen Sicherungsverwahrung für menschenrechtswidrig erklärt hat.

Gleichzeitig sehen es die Bürger gar nicht gern, wenn Vergewaltiger und Kindermörder auf freien Fuß gesetzt werden. Gerade die Wähler der Union erwarten hier von ihren Innenministern, dass sie vor allem die Sicherheit der Bürger im Blick haben. Doch was tun, wenn aufgrund des europäischen Urteils immer mehr Sicherungsverwahrte auf ihr Recht pochen, freigelassen zu werden? Unterstützung von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist nicht zu erwarten, da die Liberale die Rechte der Häftlinge im Blick hat. Sie will, dass für eine bessere Rechtssicherheit schon bei der Urteilsverkündung festgelegt wird, ob man sich eine spätere Sicherungsverwahrung vorbehalten will. Diese Regelung berücksichtigt jedoch nicht jene Täter, bei denen erst während der Haftzeit ihr Gefahrenpotenzial für die Allgemeinheit erkannt wird. Auch jene Verurteilten, die sich derzeit in Sicherungsverwahrung befinden, bleiben im rechtsfreien Raum.

> Gefahrenabwehr und nicht Strafe

Thüringens Innenminister Peter Huber (CDU) hat vorgeschlagen, ehemalige Sicherungsverwahrte in der Psychiatrie unterzubringen. Man müsse nur deutlich machen, dass es sich nicht um eine Strafe, sondern um eine Gefahrenabwehr handele. Niedersachsen wollte den Vorschlag umsetzen, doch ein Häftling musste vor Abschluss der psychologischen Überprüfung entlassen werden und steht nun unter Beobachtung der Polizei. *Bel*

Hohle Symbolpolitik

Gesundheitsminister Philipp Rösler greift Apotheken an

Die aktuellen Veränderungen im Gesundheitswesen laufen vor allem auf Mehrkosten für die Versicherten, aber auch auf Einsparungen bei den Ärzten, Krankenhäusern und bei den Pharmakonzernen hinaus. Nicht nur der Opposition fiel bei der Streichliste auf, dass eine Gruppe von Beteiligten im Konzept von Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) im Grunde nicht berücksichtigt wird: die Apotheker.

Vor diesem Hintergrund ist nun auch die geplante Verordnung des Gesundheitsministeriums zu sehen, die die Geschäftstätigkeit der Apotheken angeblich beschränken will. So soll die Fläche, auf der Kosmetika, Hygieneprodukte und andere Waren aus dem „apothekenüblichen Ergänzungssortiment“ angeboten werden, auf maximal 30 Prozent der Gesamtfläche beschränkt werden. Inwieweit dies jedoch die Qualität der Versorgung verbessert oder der Finanzierung des Gesundheitswesens dient, wird nicht begründet. Fakt ist, dass Rösler unter Druck geraten ist, weil er, so die Kritik, die Apotheker schone: Da etwa 40 Prozent der Apotheker FDP wählten, betreibe er Klientelpolitik. Rösler, als Arzt den Apothekern gegenüber skeptisch, nehme seiner Partei zuliebe Rücksicht auf die Branche. Gerüchten zufolge soll interessanterweise jedoch auch Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) verhindert haben, dass Apotheker einen größeren Beitrag zur Finanzierung des Gesundheitswesens leisten.

> Betreibt die FDP Klientelpolitik?

Dass die Branche durchaus in der Lage ist, sich stärker einzubringen, ist bekannt. „In deutschen Apotheken stecken gewaltige Effizienzreserven. Wir leisten uns teilweise eine luxuriöse Apothekendichte. Es gibt mit 21 500 Niederlassungen zu viele Apotheken, und die verursachen viel zu hohe Kosten“, so der Düsseldorfer Apotheker Lothar Schenck gegenüber der „FAZ“. *Bel*

MELDUNGEN

Weniger Spenden für Al Kaida

Washington – In Washington und Brüssel sind Experten unabhängig voneinander zu dem Schluss gekommen, dass die Spenden für das islamistische Terrornetzwerk Al Kaida rückläufig seien. So seien die finanziellen Zuflüsse aus den arabischen Staaten drastisch gedrosselt worden. Diese Erkenntnis bestätigt Al Kaida indirekt selber, denn auf entsprechenden Internetseiten fordern die Radikalen massiv Spenden ein. Angehende Gotteskrieger müssen angeblich sogar die Kosten für die Terrortrainingslager selbst übernehmen. Da Al Kaida selbst knapp bei Kasse ist, sollen ihr nahestehende Unterorganisationen auch weniger Unterstützung erhalten. Diese suchen nun nach alternativen Einnahmequellen und verlegen sich auf Drogenschmuggel und Entführung. *Bel*

Von Loyalität ist nichts zu spüren

Das scheidende CDU-Führungspersonal fühlt sich offenbar weder seiner Partei noch den Bürgern verpflichtet

Sechs Abgänge von CDU-Ministerpräsidenten binnen zehn Monaten, dazu Bundespräsident Köhler – wie soll es weitergehen in der CDU angesichts des schweren Aderlasses von Führungsfiguren?

Peter Müller, Peter Harry Carstensen, Wolfgang Böhmer, Stanislaw Tillich – die Reihe der CDU-Ministerpräsidenten, die vor zehn Monaten bereits im Amt waren und das ersteinmal auch bleiben, ist kürzer als die Reihe derer, die in dieser Zeit ausgeschieden sind oder ihren Rückzug angekündigt haben. Die Gründe sind jeweils unterschiedlich, teils mehr, teils weniger verständlich, doch in der Gesamtschau ergibt sich ein verheerendes Bild für die CDU.

Angefangen hat die Welle mit dem unglücklichen Thüringer Dieter Althaus, der mit seinem Skiunfall öffentlich ungeschickt umging und eine Landtagswahl verlor. Um eine große Koalition zu ermöglichen, zog er sich zurück und überließ das Amt Christine Lieberknecht, ihres Zeichens evangelische Pfarrerin und Angehörige des eher stillen Widerstands in der DDR. Ebenso still ist auch ihre Amtsführung seither.

Dann kam Günther Oettinger, der trotz wirtschaftlicher Erfolge im „Ländle" enorm unbeliebt blieb. Vor einer drohenden Wahlschlappe 2011 schickte Merkel ihn als Energiekommissar nach Brüssel. Nachfolger Stefan Mappus gilt zwar als konservativ und innerparteilicher Merkel-Kritiker. Aber im neuen Amt ist er noch nicht so richtig angekommen, im Bund irrlichtert er bislang durch die Kulissen. Er fiel vor allem durch eine Rücktrittsforderung gegen Umweltminister Norbert Röttgen wegen der Atomlaufzeiten auf.

Ohne äußeren Zwang, allerdings nach zwei sehr durchwachsenen Wahlen, warf Roland Koch das Handtuch, der zuvor gegen Andrea Ypsilantis Volksfront-Versuch noch bemerkenswerte Durchhaltequalitäten gezeigt hatte. Unter Kochs Abgang leidet der konservative Teil der CDU, auch wenn dieser nicht vor allem ein Konservativer, sondern eher ein fleißiger Wirtschaftsexperte und hochbegabter Stratege war. Er war in der Lage, die Seele der Partei anzusprechen. Sein bundespolitischer Ehrgeiz blieb erfolglos, die Kanzlerin berücksichtigte ihn nicht im Bundeskabinett. Volker Bouffier, bisher Innenminister Hessens, ist älter als Koch, gilt als konservativer Law-and-Order-Mann, ist aber im Bund ein unbeschriebenes Blatt.

Der überraschende und immer noch rätselhafte Rückzug von Bundespräsident Horst Köhler gehört ebenfalls in diese Reihe, weil auch er aus der CDU kam. Er zog einen weiteren Verlust aus der Reihe der Ministerpräsidenten nach sich: Angela Merkel machte

> Die sowieso schon konturarme CDU verliert weiter Profil

Niedersachsens präsidial regierenden – und immer mal wieder als Reservekanzler gehandelten – Christian Wulff zum Nachfolger. Wulff ist damit weg vom Fenster, was die aktive Politik betrifft: Nach dem Schloss Bellevue noch ins Kanzleramt – diesen Sprung kann sich kaum jemand vorstellen. Nachfolger David McAllister eilt der Ruf voraus, volksnäher und hemdsärmeliger als Wulff zu sein, in vielem vielleicht auch konservativer.

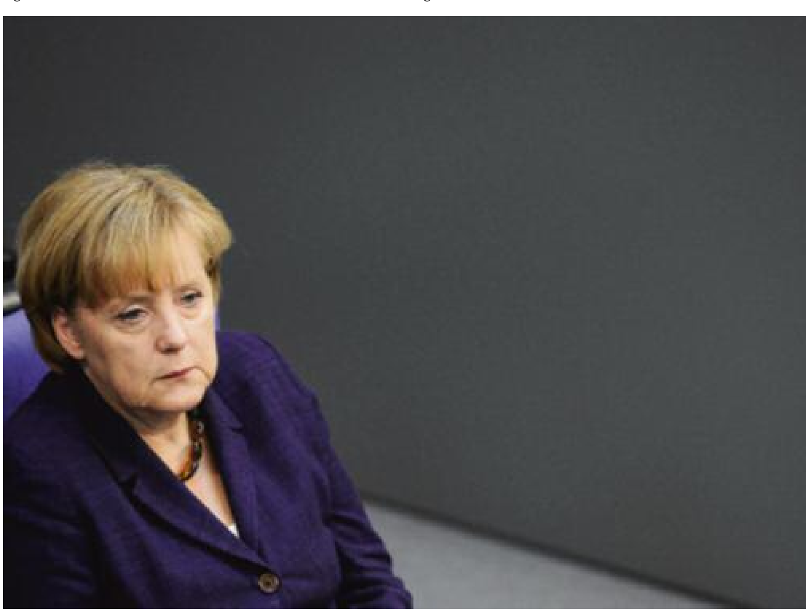
Der Abgang des selbsternannten Arbeiterführers Jürgen Rüttgers nach der herben Wahlniederlage in NRW und des im schwarzgrünen Bündnis inhaltlich völlig verbogenen Ole von Beust in Hamburg ist kein großer Schaden für das konservative Profil der CDU, aber der schlimme Gesamteindruck bleibt: Wieder geht der CDU erfahrenes Führungspersonal verloren, Gesichter und Typen, an die sich die Menschen gewöhnt hatten.

Das wird nun auch für „Mutti" Merkel ein massives Problem. Ohne diese Männer aus der „Generation 50 plus" kann sie mehrere Strömungen der Partei nicht abdecken und integrieren. Ole von Beust stand für eine profillose, aber modern daherkommende Großstadt-CDU, Jürgen Rüttgers für die „Herz-Jesu-Marxisten", Koch und Oettinger standen für Wirtschaftskompetenz. Nun soll es die neue Generation richten. Doch die sträubt sich.

Ein Blick auf das Stellvertreter-Tableau der Bundes-CDU zeigt das. Neben der im Amt verbleibenden Annette Schavan werden oder wurden die drei Stellvertreterposten von Rüttgers, Wulff und Koch frei. Natürlicherweise sollte man von den CDU-Granden aus Baden-Württemberg, NRW oder Niedersachsen erwarten, dass sie Anspruch darauf erheben, um sich im Bund profilieren zu können. Doch – beispielsweise – weder Mappus noch McAllister drängen sich auf, weder durch ihre bisherige Bundes-Ausstrahlung noch verbal. Sie haben offenbar genug damit zu tun, erst einmal Herr im eigenen Haus zu werden. Wenn Merkel die Stellvertreter indes aus dem Bundeskabinett auffüllt, könnte die Bindung der CDU-Führung an die Länder vollends verloren gehen.

Will an der Seite Merkels etwa niemand mehr kämpfen, weil man sie und diese Regierung ohnehin verloren gibt? Lässt sie niemanden neben sich und ihrem Küchenkabinett gelten? Nicht umsonst nennen SPD und FDP Merkel die „schwarze Witwe", weil sie ihre jeweiligen Koalitionspartner in existenzbedrohende Krisen stürze.

So ähnlich könnte das auch intern für ihre Flügelleute gelten. Aus dem CDU-Vorstand wird kolportiert, Merkel höre sich Kritik zwar ruhig an, aber gehe weder darauf ein, noch ändere sie irgendetwas. Erst kürzlich kritisierte CDU-Mittelstands-Chef Josef Schlarmann Merkel als quasi-autistische Alleinherrscherin, die nur ihrem engsten, absolut loyalen Umfeld traue. Doch sei diese Loyalität eine Einbahnstraße, die Kommunikation verlaufe ausschließlich von oben nach unten. Das klingt alles nicht sehr ermutigend für die CDU. Es könnte bald sehr still um Merkel werden. *Anton Heinrich*



Es wird einsam um die Kanzlerin: Kritiker werfen ihr vor, sie sei schuld an der Erosion der CDU-Spitze. Bild: ddp

Die Schulden-Uhr:

BA erfreut

Zum Jahresende 2009 hatte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) damit gerechnet, dass der Bund 2010 der Bundesagentur für Arbeit (BA) 16 Milliarden Euro zuschießen müsse. Noch im Juni war davon ausgegangen worden, dass sich dieser Betrag auf zehn Milliarden Euro reduzieren würde, doch nun ist selbst dieser Betrag nicht mehr notwendig. „Da sich die Arbeitslosenzahlen und die Kurzarbeit so günstig entwickeln, rechne ich damit, dass wir mit etwa neun Milliarden Euro Zuschuss hinkommen", sagte der Vorsitzende des BA-Verwaltungsrates, Peter Clever. Für 2011 steht jetzt schon fest, dass die BA keine Zuschüsse vom Bund mehr erhält. Dann gibt es nur noch Darlehen. Allerdings will die BA noch Milliarden vom Bund und klagt vor dem Bundesverfassungsgericht den Eingliederungsbeitrag, den die BA dem Bund zahlt, wenn Arbeitslose Hartz-IV-Empfänger werden, ein. *Bel*

1.694.579.576.302 €

Vorwoche: 1.692.469.380.740 €
Verschuldung pro Kopf: 20 729 €
Vorwoche: 20 703 €

(Dienstag, 20. Juli 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ein »Stich ins Wespennest«

Afghanistan: Sommeroffensive in die Rückzugsgebiete der Taliban

Nach Jahren des Krieges haben wir einen entscheidenden Moment erreicht", mahnte US-General David Petraeus als er vor wenigen Wochen den Oberbefehl über die 150 000 alliierten Soldaten in Afghanistan übernahm. Schon Monate zuvor hatte sein von US-Präsident Barack Obama wegen Respektlosigkeit entlassener Amtsvorgänger Stanley McChrystal die laufende Sommeroffensive der Alliierten als entscheidenden Befreiungsschlag gegen die Taliban gesehen. Doch inzwischen ist von einem Befreiungsschlag nicht mehr die Rede.

Am liebsten möchten die westlichen Alliierten die erhöhte Kampftätigkeit verschweigen. Lieber feiert man die erste in Afghanistan stattfindende Friedenskonferenz als Erfolg. Zwar war von Beginn an klar, dass hier keine großen Entscheidungen getroffen würden, doch die Tatsache, dass sich am vergangenen Dienstag erstmals die Außenminister der Nato-Staaten in Kabul und nicht im Ausland trafen, sollte ein Vertrauensbeweis an die afghanische Regierung darstellen. In salbungsvollen Reden über den für 2011 geplanten Beginn der Übergabe der von der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (Isaf) dann gesicherten Gebiete an die afghanische Armee und Polizei übertünchte man, dass die Voraussetzungen hierfür eigentlich noch nicht gegeben sind. Armee und Polizei sind genau wie ihre Regierung von Kriminalität und Korruption geprägt. Etwa 225 000 Soldaten und Polizisten dienen derzeit dem Staat. Doch gut

> Erhöhte Kampftätigkeit sei kein Zeichen für erstarkte Taliban

ein Viertel des Personals quittiert jährlich den Dienst wieder. Auch mangelt es in den nur oberflächlich ausgebildeten Einheiten an Führungskräften, was nicht zuletzt an der Analphabetenquote von über 40 Prozent liegt.

Trotzdem sprechen die afghanische Regierung und die westlichen Alliierten weiter über die Übergabe, die bis 2014 vollzogen worden sein soll. Was bis dahin jedoch noch zur Übergabe bereit steht, ist fraglich. Der deutsche Brigadegeneral Josef Dieter Blotz verteidigt die derzeit erhöhte Kampftätigkeit als „Stich ins Wespennest". „Bislang hatten wir doch eine eher trügerische Ruhe", so Blotz gegenüber der „Welt". „In Helmand, Kandahar, Kundus oder im Osten des Landes gab es in den vergangenen Jahren noch Rückzugsräume, in denen Taliban und Aufständische nicht herausgefordert worden sind. Das ist jetzt vorbei. Die Isaf geht mit den aufwachsenden afghanischen Sicherheitskräften in diese Bereiche rein. Das führt zu zusätzlichen Konfrontationen, zu einer erhöhten Anzahl von Gefechten und auch Anschlägen." Für den Brigadegeneral sind die derzeitigen Kämpfe also kein Zeichen für eine erhöhte Aktivität der Taliban, sondern eine erhöhte Herausforderung der Aufständischen durch Isaf und Afghanen, um die Bevölkerung umfassender zu schützen.

Eigentlich hatte der Westen gehofft, nach einer erfolgreichen Sommeroffensive aus einer starken Position heraus mit den Taliban verhandeln zu können. Dem afghanischen Präsidenten Hamid Karsai, dessen Führungsriege kürzlich für Schlagzeilen gesorgt hatte, weil sie für den Wiederaufbau bestimmte Gelder nach Dubai abgezwackt hatte, ist das egal. Er will so oder so für seinen Machterhalt nach 2014 mit den Taliban verhandeln. *Bel*

Verfrühte Hoffnung

Der Irak bleibt ein Krisenherd

Die jüngsten verheerenden Bombenattentate im Irak haben nicht nur die Meldung übertönt, dass nun auch das letzte der von den USA betriebenen Gefängnisse den lokalen Behörden übergeben wurde, sondern zugleich in Erinnerung gerufen, dass das Thema Irak noch längst nicht abzuhaken ist. Die Anschläge jener radikalen Sunniten, die man gerne als Al Kaida etikettiert, richteten sich gegen die im Sold der Regierung stehenden sunnitischen Dorfmilizen – und damit demonstrativ gegen jenes „Erfolgsrezept", das der neuernannte US-Oberkommandierende in Afghanistan David Petraeus nun auch dort umsetzen will. „Kollaborateure" leben eben gefährlich.

> Eine neue Regierung ist nicht in Sicht

Die Einsprüche gegen das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 7. März wurden mittlerweile vom Höchstgericht abgewiesen. Doch weder dem früheren Premier Iyad Allawi, der mit seinem gemischt schiitisch-sunnitischen Parteienbündnis „Al-Irakiya" relativer Sieger wurde, noch dem knappen Verlierer, dem amtierenden Ministerpräsidenten Nuri Al-Maliki, ist es bisher gelungen, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden.

Wegen der prekären Sicherheitslage, der erst unzureichend wiederaufgebauten Infrastruktur und der Emigration von Fachkräften liegt die Wirtschaftsleistung zwar immer noch weit unter dem Vorkriegsniveau. Aber es gibt auch Lichtblicke – und Kuriositäten: Etwa dass eine Menge Geld durch Touristen ins Land kommt – nämlich durch Millionen Iraner, die heute wieder frei zu den schiitischen Heiligtümern im Irak pilgern können. Oder dass der Handel mit iranischen Billigprodukten ein lukratives Geschäft ist. Oder dass zu dem Wirtschaftsaufschwung, der im relativ sicheren und de facto unabhängigen Kurdengebiet im Nordirak zu verzeichnen ist, auch türkische Wirtschaftstreibende maßgeblich beigetragen haben – mit dem Nebeneffekt, dass die irakischen Kurden wenig Lust verspüren, ihren neuen Wohlstand wegen der Kurden in der Türkei oder im Iran aufs Spiel zu setzen. *RGK*

Stalins Fehler

Von Harald Fourier

Angela Merkel hat sich bei ihrem Moskau-Besuch als wichtigster Handelspartner der Russen feiern lassen. 16 Jahre nach dem Abzug der letzten russischen Soldaten ist das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen besser denn je. Die Beziehungen waren nicht immer so gut. Obwohl vom SED-Staat massiv gefördert, kam die Freundschaft zwischen den „sozialistischen Brudervölkern“ nie so recht in Gang. Die „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ war zwar die zweitgrößte Massenorganisation der DDR, aber sie brach krachend in sich zusammen, als die Mauer fiel und eine Mitgliedschaft nicht mehr vorteilhaft war.

Es ist den Russen nach 1945 – anders als den Westalliierten – nie gelungen, sich die Deutschen zu Freunden zu machen. Wesentlich für das schlechte Verhältnis waren die Ereignisse im Jahr 1945. Der polnische Historiker Bogdan Musial hat jetzt ein Buch über „Stalins Beutezug“ geschrieben. Er beginnt mit der systematischen Zerstörung der deutschen Kulturgüter in den Ostgebieten: „In den ostdeutschen Gebieten haben die Sowjets weit mehr Kulturgüter und Kunstobjekte vernichtet als beschlagnahmt und abtransportiert. Den Rest erledigten die polnischen Plünderer, die den sowjetischen folgten, und vor allem die kommunistischen Behörden, welche die ‚deutschen Spuren‘ in den deutschen Ostgebieten systematisch tilgten.“

Weiter westlich war die „Befreiung“ mehr ein Raubzug, eine Art räuberisches Konjunkturprogramm zugunsten der Sowjetwirtschaft. Vom kleinen Soldaten, der portofrei seine Beute wie Armbanduhren und Schmuck nach Hause schicken konnte, bis zum großen General Schukow, dessen Moskauer Datscha nach dem Krieg einem Antiquitätenladen glich, plünderte die Rote Armee, was ihr in die Hände fiel.

Ob Museen oder Industrieanlagen, gerade in Berlin wurde vieles beschlagnahmt und in den Osten verbracht. Noch heute tauchen immer wieder geraubte Kunstgegenstände auf. „Im gesamten Jahr 1945 grassierte in den Reihen der Roten Armee und des Geheimdienstapparates und unter den Apparatschiks das Beutefieber.“ Noch wichtiger als die Kunstschätze war die Demontage der Industrie, die Mitteldeutschland zusätzlich schwächte – was bis heute nachwirkt. Dadurch stieg die Sowjetunion zwar vorübergehend zur Weltmacht auf, verlor aber für Jahrzehnte die Sympathie der Deutschen. Das war ein schlechtes Geschäft.

„Stalins Beutezug“: Autor Bogdan Musial stellt sein Buch am 27. Juli um 19 Uhr in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus (Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin) vor, Eintritt: 2,50 Euro.

Schluss mit Steppen-Flair

»Europacity«: Gigantische Brache nördlich des Berliner Hauptbahnhofs wird endlich bebaut



Sandwüste im Herzen der Hauptstadt: Hier soll die neue „Europacity“ entstehen.

Bild: interfoto

Nördlich des Berliner Hauptbahnhofs wird ein neues Viertel entstehen, das in seinen Dimensionen an den Potsdamer Platz erinnert. 2012 soll das erste Hochhaus fertig sein.

Mit dem Baubeginn des 17 Stockwerke hohen Total-Turms (frz.: „Tour Total“) sieht Berlin einem neuen Stadtviertel komplett vom Reißbrett entgegen. Die Stadt, die Deutsche Bahn und der französische Mineralölkonzern Total als Investor erhoffen sich mehr Anschluss für den nahen Hauptbahnhof, eine Belebung der zentral gelegenen Brache und viele positive Signale für die ganze Stadt. Doch, ob das Projekt aus den Fehlern früherer Großplanungen und Investoren-Verlockungen lernt, ist offen.

Allein auf weiter Flur steht Berlins Hauptbahnhof heute da. Gut 300 000 Besucher täglich stolpern beim Verlassen des größten Eisenbahnkreuzes von Europa in Richtung Norden ins Leere: Eine riesige Freifläche erstreckt sich davor. Nach Streit mit dem Architekten und so manchem Mangel bei den Zufahrtswegen ist jetzt eine positive Veränderung in Sicht: die „Europacity“. So soll das Areal nördlich des Knotenpunkts künftig heißen.

Fünf Jahre passierte außer Planungen fast nichts; es sah so aus, als würde die Stadt nicht die Attraktivität ausstrahlen, Investoren zum Lückenschluss im Zentrum zu bewegen. Den Anstoß zur Bebauung gibt Total. Mit dem Turmbau fällt der Startschuss zur sehnsüchtig erwarteten Belebung des ganzen Viertels. Der zuständige Quartiersentwickler und größte Grundeigentümer Vivico Real Estate und Investor Total haben einen Vertrag unterzeichnet, der den Ölkonzern zum Mieter von 14 000 Quadratmetern in dem neuen Turm macht.

Bis 2012 soll der Total-Turm im Norden des Bahnhofsvorplatzes stehen. Er wird 69 Meter hoch sein und bis zu 550 Mitarbeitern Platz bieten. Die Berliner Architekten Regine Leibinger und Frank Barkow liefern die Pläne für das Objekt, das bereits zu 100 Prozent vermietet ist.

> Kritiker fürchten ein weiteres steriles Hochhaus-Areal

Kritiker stoßen sich indes an der Höhe, befürchten ein neues Hochhausareal. Immerhin könnten die geplanten 90 Fahrradstellplätze am Turm auch dem Bahnhof von Nutzen sein.

Laut Vivico geht der Verkauf weiterer Grundstücke „sehr gut“. Die anderen Investoren nennt der Grundeigentümer jedoch nicht. Insgesamt umfassen die Planungen für das Quartier 400 000 Quadratmeter Fläche entlang der Heidestraße. Viel Büro- und Gewerbeflächen haben die Macher im Auge. Am Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal sind zudem knapp 2000 exklusive Wohnungen vorgesehen. Die Planer schenken dem Wohnen viel Aufmerksamkeit: Fußgängerfreundliche Straßen, Ruhe, öffentliche Plätze und Freiflächen. Da die Arbeiten an den Wohnungen frühestens 2011 beginnen, werden jedoch Bahn wie Geschäfte noch eine Weile auf neue Kunden warten.

Berlins Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) lobt dessen ungeachtet vorab das „eigene städtebauliche Erscheinungsbild“ des Viertels. Dies, obwohl das Aussehen des neuen Viertel noch weitgehend offen ist. Anfang 2008 hatten das Land Berlin, Vivico und die Deutsche Bahn einen städtebaulichen Wettbewerb ausgelobt. Im Juni dieses Jahres verabschiedete Berlin den Bebauungsplan für zunächst einmal 33 500 Quadratmeter. Junge-Reyer schwärmt für das Projekt: „Die Europacity ist ein Standort für hochwertiges Wohnen und Arbeiten. Ich bin überzeugt: In unmittelbarer Nähe zu Regierungsviertel und Hauptbahnhof entsteht ein herausragendes Berliner Quartier, das Investoren anziehen wird.“

Inwieweit dieses in Berlin übliche Marketing der späteren Realität entspricht, ist offen. Ein Hotel in Bahnhofsnähe ist laut Vivico immerhin geplant. Die Bürgerbeteiligung für das gesamte Planungsgebiet der Europacity läuft indes noch. Mitte 2011 soll die Planungsgrundlage für das Viertel geschaffen sein. Ob das Gesamtkonzept ein lebendiges Viertel oder ein Büroghetto mit Politikerwohnungen in der Mitte wird, ist schwer zu sagen. Die Entwürfe für den „total wichtigen Turm“ lassen äußerlich wenig Neues erahnen. Dass einfallslose Architektur kein Hindernis für touristischen Erfolg sein muss, zeigt jedoch der Potsdamer Platz, das am ehesten vergleichbare Projekt der Vergangenheit. Erfolgsgaranten dort sind ein Großkino und zahlreiche Geschäfte – im Europacity-Quartier fehlt dafür noch die Grundlage. Planerisch setzte die Stadt damals in Gestalt von Stadtplaner Hans Stimmann Grenzen. Das ist Vergangenheit.

Der Potsdamer Platz hat allerdings die Erfahrung gerade, dass sich zwar Großinvestoren (damals Daimler und Sony) aus dem einst hoch gelobten Neubaugebiet wieder zurückzogen. Doch der Platz wurde dem zum Trotz ein Erfolg. Der Europacity könnte es ähnlich gehen. Zur Unterstützung will sich auch der Bund kräftig engagieren: Am Kapelle-Ufer entstehen im Laufe der kommenden Jahre ein Neubau des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie ein „Haus der Zukunft“. Letzteres soll auf 4000 Quadratmetern Schaufenster für Wirtschaft und Wissenschaft sein, heißt es im Forschungsministerium.

Schon bald könnte ein Kunst-Campus, bestehend aus Hamburger Bahnhof / Museum für Gegenwart, den Rieck-Hallen mit der Friedrich Christian Flick Collection, den Galerien in der Halle am Wasser sowie weiteren öffentlichen Ausstellungsflächen und Ateliers, mit dem Bahnhofsgelände verbunden werden, hoffen die Planer.

Sverre Gutschmidt

Schlappe für Antifa

Gera musste »Rechtsrock«-Konzert zulassen

Das vergangene Wochenende bescherte der sonst eher dahin dümpelnden NPD einen unverhofften kleinen Triumph. Ort des Geschehens: Gera, In den Hauptrollen: NPD-Bundeschef Udo Voigt und Bodo Ramelow von der thüringischen Linkspartei. Anlass des Spektakels war ein Rockkonzert, das vermutlich niemanden interessiert hätte, wenn die Linkspartei nicht bei dem Versuch gescheitert wäre, es an der Spitze einer „antifaschistischen“ Einheitsfront zu verhindern.

Das angestrebte breite Bürgerbündnis blieb indes aus. Vermutlich haben die Geraer ganz andere Sorgen und Interessen, als sich mit NPD oder Linkspartei gemein zu machen. Bloß einige Gewerkschaftsverbände, die zu Sitzblockaden und ähnlichem aufgerufen hatten, reihten sich ein. Allerdings mussten selbst diese Blockaden mangels Masse ausfallen. Nach Angaben der Veranstalter waren rund 1000 „Antifaschisten“ gekommen. Das reichte nur aus, einige der angereisten „Rechtsrocker“ am Südbahnhof einzukesseln, um sie daran zu hindern, zum Veranstaltungsort zu gelangen. Der Polizei gelang es jedoch, die Blockade rasch aufzulösen. Das Rockkonzert unter der Beteiligung einschlägig bekannter Skinhead-Musiker konnte stattfinden.

Geras Oberbürgermeister Norbert Vornehm hatte auf amtlichem Papier zur Teilnahme an Gegenmaßnahmen aufgerufen. Diese Steilvorlage ließ sich Voigt nicht entgehen und forderte Vornehm gerichtlich zur Unterlassung auf. Nachdem die Frist verstrichen war (Vornehm: „Ich habe nichts zurück zu nehmen“), urteilte das Verwaltungsgericht, dass der SPD-Politiker in seinem Amt als Bürgermeister zur Neutralität verpflichtet sei. Gerichts- und Anwaltskosten müssen nun die Steuerzahler tragen. *KG*

Asylanten wieder in Heimen

Berlin bricht Unterbringung in Wohnungen ab: zu teuer

Anfang Juli 2010 eröffnete in der Otto-Rosenberg-Straße in Marzahn ein neues Berliner Asylbewerberheim. In dem Plattenbau im Ost-Berliner Satellitenbezirk wohnen auch deutsche Obdachlose.

Eigentlich strebt Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) die Unterbringung von Asylanten in privaten Wohnungen an. Aber es lassen sich immer weniger geeignete Wohnungen finden. Als SPD und PDS 2001 die Macht übernahmen, lösten sie die Gemeinschaftsunterkünfte schrittweise auf. Zuvor hatte man versucht, den Asyl-Standort Berlin mittels Heimunterbringung möglichst unattraktiv zu machen. Nach dem Bundesrecht ist zudem die Unterbringung in Sammelunterkünften in den ersten drei Monaten des Aufenthalts in Deutschland vorgeschrieben.

Dies erfolgt in Berlin in einer Aufnahmeeinrichtung in Spandau. Die Asylbewerber erhalten in der Hauptstadt durchweg Bargeld anstelle von Sachleistungen. So hat sich Berlin zu einem bevorzugten Anlaufpunkt für Asylsucher entwickelt. Seit 2006 stiegen die Bewerberzahlen an der Spree gegen den Bundestrend rapide an. 2009 kamen bereits 3896 – 87 Prozent mehr als 2008. Es gehe aber keineswegs darum, die Zahlen zu drücken, beeilt sich Sozialsenatorin Bluhm: „Die veränderte Situation auf dem Wohnungsmarkt macht das schwieriger.“

> Zahl der Bewerber gegenüber 2008 um 87 Prozent gestiegen

Die von der SPD zu den Grünen übergetretene Landtagsabgeordnete Canan Bayram will das nicht gelten lassen: „Es entsteht der Eindruck, dass in der Verwaltung mehr Rassisten wie Sarrazin sitzen, die verhindern, dass die Stadt beim Thema Migration weiterkommt.“ Die Ausländerlobbyorganisation „Flüchtlingsrat“ konkretisiert: „Besonders kritikwürdig ist eine gemeinsame Unterbringung von Asylbewerbern mit Obdachlosen“, und macht kostenträchtige Vorschläge wie die Ausgabe von Wohnberechtigungsscheinen für Sozialbauwohnungen oder die Übernahme der Mietkaution durch den Staat.

Um ihre Forderung zu untermauern, zieht Bayram eine Studie heran, die behauptet, dass „die Unterbringung in Lagern während der Kindzeit zu Verrohung führen könne und die Gefahr besteht, dass dadurch neue sogenannte migrantische Serientäter entstehen“. Mit welcher Begründung indes Kinder obdachloser Asylbewerber besser und kostspieliger untergebracht werden sollen als die Kinder deutscher Obdachloser, das erklärte Bayram nicht. *Klaus Gröbig*

Bundeswehr in Schulen zurück

Am 13. Juli haben die Bundeswehr und das Bildungsministerium von Mecklenburg-Vorpommern eine Vereinbarung abgeschlossen, nach der Bundeswehroffiziere einmal im Jahr in den Schulen des Landes über sicherheitspolitische Sachverhalte berichten und friedenspolitische Fragen beantworten sollen.

Die Vereinbarung war zunächst nicht zustande gekommen, weil Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) zuvor dem Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) vorgeworfen hatte, er wolle Soldaten an die Schulen schicken, um für den Krieg zu werben. Kritiker warfen Sellering daraufhin vor, sich einer ähnlichen Diktion zu bedienen wie die Linkspartei. In Berlin war es in den vergangenen Monaten mehrfach zu Zwischenfällen gekommen, als Linksextremisten („Antifa“) mit Gewaltandrohungen versuchten, Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen zu stören. *HL*

Zeitzeugen



Kristina Schröder – Die 33-jährige Familienministerin gerät wegen der Sparpläne beim Elterngeld für Geringverdiener und Hartz-IV-Aufstocker in die Kritik. Den Vorstoß der FDP, Elterngeld nur noch vorher Berufstätigen zu zahlen, lehnt sie ab. Die Ministerin fordert seit langem ein Kinderschutzgesetz und nun ein Frühwarnsystem.

Otto Fricke – Für Streit in den Parteien sorgte der Vorstoß des Parlamentarischen Geschäftsführers der FDP-Bundestagsfraktion, das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger in Höhe von 300 Euro ganz zu streichen, während der Höchstsatz von 1800 Euro für grundsätzlich berufstätige Eltern seiner Vorstellung nach erhalten bleiben soll. Kritiker in den eigenen Reihen halten dagegen eine Kürzung des Höchstbetrags auf 1500 Euro für sozial gerecht.



Christine Haderthauer – Die CSU hatte sich als erste Partei für die Einführung des von der Opposition als „Herdprämie“ verspotteten Betreuungsgeld in Höhe von monatlich 150 Euro eingesetzt. Für ihre Äußerung, „dass die FDP inhaltlich konzeptlos herumschlingert zwischen Klientelpolitik für Superreiche und sozialistischer Familienpolitik à la Pinochet“ kassierte die bayrische Sozialministerin einen Rüffel ihres CSU-Parteichefs Seehofer. Sie hatte der FDP vorgeworfen, Familien fallen zu lassen.

Manuela Schwesig – Die stellvertretende SPD-Vorsitzende kritisiert die schwarz-gelbe Politik aufs Schärfste. Der FDP wirft sie eine familienfeindliche Politik vor, bei der Eltern unter Generalverdacht geraten, die Unterstützung für ihre Kinder für sich selbst zu nutzen. Die SPD sieht Elterngeld im ersten Lebensjahr für alle vor. Danach soll für jedes Kind ein Krippenplatz garantiert werden.



Klaus Zeh – Der CDU-Politiker leitete bis 2008 das Familienministerium in Thüringen, wo eine Familienpolitik praktiziert wurde, die viele als Vorbild betrachten. 73 Prozent der Eltern gaben damals ihre Kinder in Krippen. Die Bilanz: Die Geburtenrate hat sich nicht erhöht, weil diese von Faktoren wie Arbeit und Infrastruktur beeinflusst wird. Das Familienmodell habe sich laut Zeh aber als innovativer und erfolgreicher Weg durch elterliche Wahlfreiheit erwiesen.

Eltern unter Druck

Deutsche Jugendämter nehmen immer häufiger Kinder und Jugendliche in Obhut

Die Zahl der Minderjährigen, die in staatliche Obhut genommen werden, stieg im vergangenen Jahr drastisch. Jugendämter nehmen ihren Schutzauftrag bei Gefährdung des Kindeswohls ernst, doch reicht das nicht aus, um die Ursachen abzustellen.

Kevin, Lea-Sophie und nun Karsten. Die Liste der zu Tode gequälten Kinder wird immer länger. Wieder einmal konnten Staat und Gesellschaft das Schlimmste nicht verhindern. Der zweijährige Karsten musste sterben, weil er nicht schlafen wollte. Zwar hatte das Gericht der Kindsmutter eine Betreuerin zur Seite gestellt, die Gefahr ging aber von dem erst seit kurzem bei der Familie lebenden Freund der Mutter aus. Beide sind Hartz-IV-Empfänger.

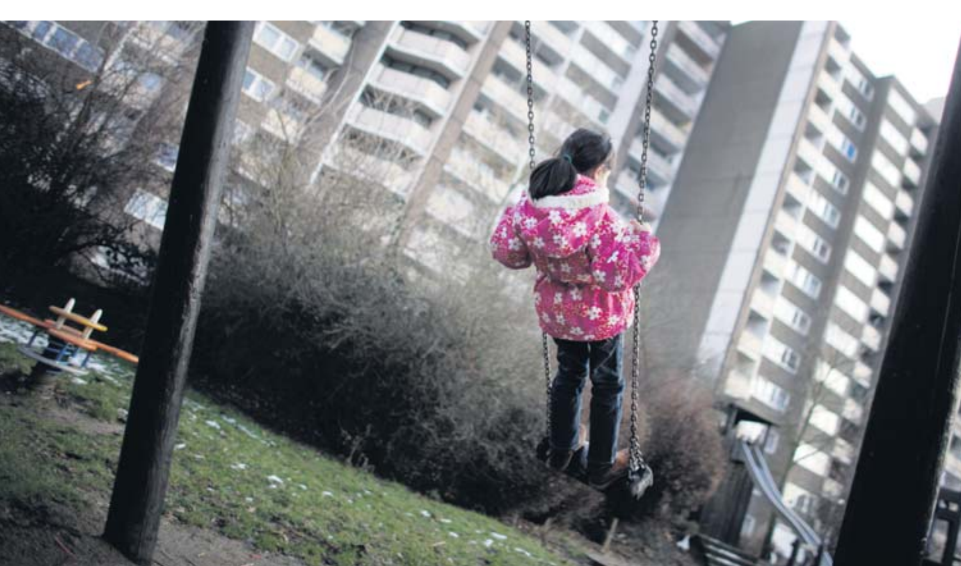
Sollten Jugendämter Kinder früher aus der Familie nehmen? „Um Gottes willen, nein“, erklärt Heinz Hilgers, Präsident des Bundesverbands des Deutschen Kinderschutzbundes gegenüber der *PAZ*. „Das Einschreiten der Jugendämter geschieht schon über die Maßen hinaus.“ In den meisten der 152 Todesfälle sei die Jugendhilfe informiert gewesen. Das Problem sei Personalknappheit und die Gefährdungseinschätzung. Die Problemfälle spielen sich zu 90 Prozent im Armutsmilieu ab. Eltern, die ihre Kinder von „menschenunwürdigen“ Hartz-IV-Sätzen großziehen müssen, seien oft überfordert, so Hilgers. „Wenn dann keine Hilfe da ist oder zu wenig, entsteht Verzweiflung, aus der sich eine psychische Erkrankung entwickeln kann, bei der es zu unkontrollierten Reaktionen kommt.“ Der Ausbau von Netzwerken könnte vorbeugen. Wie auch Familienministerin Kristina Schröder (CDU) anregt, sollte mit Jugend- und Gesundheitshilfe, Bildung und Hilfsangeboten möglichst früh begonnen werden. Kinderkrippen sind laut Hilgers eine sinnvolle Ergänzung zur Erziehung in der Familie.

Symptome von Überforderung nicht nur bei Armen

Symptome der Überforderung treten nicht nur bei Armen auf. Das Müttergenesungswerk (MGW) weist seit Jahren darauf hin, dass Mütter so vielen Belastungen ausgesetzt seien, dass Krankheiten wie Angstzustände und Schlafstörungen die Folge sind. Zeitdruck wird als häufigste psychosoziale Belastung genannt. Das MGW beklagt steigende Ablehnungsquoten bei Mutter-Kind-Kuren. Die soziale Unterstützung der Familien ist allgemein geringer geworden, Kinder werden als „störend“ empfunden, die Klagen gegen den Lärm von Kindergärten und Spielplätzen häufen sich. Schwimmbäder und Jugendzentren werden geschlossen. Der Druck von außen ist größer geworden, die Anforderungen steigen, auch in der Schule. Eltern fällt es da schwer, ihre Kinder aufzufangen.

Eine Heimunterbringung ist immer ein schwerwiegendes traumatisches Ereignis für Eltern und Kinder. Dass es Alternativen zur Inobhutnahme gibt, zeigt das Projekt „Frühe Hilfen“ der evangelischen Familienbildung in Norderstedt bei Hamburg, das junge Familien in Problemsituationen unterstützt. Im vergangenen Jahr konnte in 124 Fällen die Vernachlässigung von Kleinkindern verhindert werden. Hebammen, Kinderärzte und Jugendamt ziehen an einem Strang. Das Team unterstützt überforderte Eltern durch Hausbesuche, teils auch über einen längeren Zeitraum. Eine solche Umsorgung der Eltern kann sich das Jugendamt aus Kapazitätsgründen nicht leisten. Das Projekt ist zunächst bis 2015 finanziell abgesichert. Von Einsparungen sind alle Einrichtungen betroffen. Personaleinsparungen in Jugendämtern und Hilfsmaßnahmen ziehen um ein Vielfaches höhere Kosten für Fremdunterbringung nach sich. Die soziale und psychische Verarmung der Kinder birgt Gefahren für die Zukunft des Landes.

Manuela Rosenthal-Kappi



Gefahr im Verzug? 90 Prozent der Fälle von Kindesmisshandlung geschehen im Armutsmilieu. Bild: pa



Kinder – die bedrohte Minderheit

Im vergangenen Jahr nahmen die deutschen Jugendämter 33700 Kinder und Jugendliche in Obhut, das ist eine Steigerung im Vergleich zu 2004 um 30 Prozent. Kinder von Alleinerziehenden und aus Familien mit einem Stiefelternteil sind besonders betroffen. Deutliche Veränderungen gab es bei der Altersstruktur: Der Anteil der unter Dreijährigen an allen in Obhut genommenen Minderjährigen steigerte sich gegenüber 2008 von nur 3,1 Prozent, während der Anteil der 16- bis 18-Jährigen mit zwölf Prozent deutlich zugenommen hat.

Die Situation, in denen Kinder und Jugendliche leben, spiegelt den demographischen Wandel der Gesellschaft wider. 2009 kamen 651000 Kinder zur Welt, das sind 24000 weniger als 2008 und nur halb so viele wie 1964. Je weniger Kinder es gibt und je schneller die Bevölkerung altert, desto stärker werden die Bedürfnisse von Kindern missachtet. Sie werden zu einer bedrohten Minderheit im eigenen Land. In München beispielsweise gibt es nur noch in 16 von 100 Haushalten Kinder. Laut einer Umfrage des Allensbach-Instituts empfindet lediglich ein Drittel der Deutschen Kinder als „bereichernd“, dagegen wächst die Gruppe überzeugter Kinderloser.

Deutschland wird Rentnerrepublik

Neben der traurigen Statistik von 152 gewaltsam getöteten Kindern 2009 ist auch der Anstieg der Selbsttötung alarmierend. Sie gehört bei Jugendlichen zu den häufigsten Todesursachen. 2008 nahmen sich laut Statistischem Bundesamt 603 Menschen im Alter von zehn bis 24 Jahren das Leben. Laut Unicef fühlt sich in Deutschland ein großer Teil der 15-Jährigen als „Außenseiter“, „fehl am Platze“ oder „allein“.

Politiker beklagen zwar den Geburtenrückgang, bei Wahlen setzen sie jedoch auf Zielgruppen jenseits der 60. *MRK*

Vom Bürgertum entdeckt

Kindererziehung im Wandel der letzten 150 Jahre

Das derzeitige Bild vom Kind, das die aktuelle Ratgeberliteratur zeichnet, hat die Historikerin Miriam Gebhardt in einer Untersuchung mit jenem der Vergangenheit verglichen. Ihre Erkenntnisse hat die Privatdozentin an der Universität Freiburg in „Die Angst vor dem kindlichen Tyrannen – Eine Geschichte der Erziehung im 20. Jahrhundert“ zusammengestellt. Deutlich schildert sie den Wandel in der Kindererziehung.

Gebhardt weist nach, dass mit dem Sinken der Kinderzahl der Blick auf die Art der Kindererziehung zunahm. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erkannten Wissenschaftler erstmals, wie wichtig die Sozialisation der Kinder schon in jungen Jahren sei. Im Laufe der Jahrzehnte wurde das Alter, ab welchem die Prägung zu beginnen habe, immer weiter nach vorn verlegt.

Stück für Stück erhöhte sich das medizinische und pädagogische Gebrauchswissen. Immer mehr Ärzte spezialisierten sich auf Kindermedizin. Gehörten zuvor viele Kinder zum Familienalltag, entschied man sich im Bürgertum nun für nur wenige Kinder, die man nach eigenem Menschenbild erzog. War Erziehung zuvor Frauensache gewesen, übernahmen mit der Verwissenschaftlichung immer mehr bürgerliche Väter die konzeptionelle Führung.

Dominiert habe Ende des 19. Jahrhunderts noch die negative Erziehung, also die Vermeidung schlechter Einflüsse auf den natürlichen Gang der Entwicklung. Mutterliebe war gut und schön, doch immer öfter wurde auch nach mütterlicher Autorität gefragt, denn nur so konnte das Kind auf den richtigen Weg gebracht werden. Auch sollte die neue Mutter alles über Bakterien, Infektionen, Kinderkrankheiten und Ernährung wissen. Gab es zuvor noch keine fixen Zeitvorgaben für die Ernährung des Säuglings, rückten diese als Erziehungsmittel ins Blickfeld. Durch feste Zeiten wollte man dem Nachwuchs Disziplin beibringen. Körperkontakt war verpönt, lückenlose Kontrolle angeraten und Schmerzabhärtung erwünscht. Erziehungsziele waren gute Umgangsformen, Disziplin, Sauberkeit und Folgsamkeit. Schläge als Erziehungsmittel waren selbstverständlich.

Vom reinen Versorgen hin zur Erziehung

Ende der 1950er Jahre schwappten die Erziehungstheorien des US-Kinderarztes Benjamin Spock über den großen Teich nach Deutschland. Für die konservativen Kreise waren seine Ideen einer liberalen und psychologischen Erziehung der Beginn des Verfalls von Disziplin und Moral. In den 70er und 80er Jahren dominierten Theorien, die auf denen von Spock aufbauten. Neu war eine bewusste Hinterfragung der Geschlechterrollen. Auch wurde die tägliche Pflege nicht mehr nur als Aufgabe der Mutter gesehen. Feminismus, Psychologisierung, Geschichtsverarbeitung, die 68er, eine antiautoritäre Grundhaltung samt Individualisierung: Dies alles waren neue Komponenten, die in die Erziehungsrichtlinien mit einflossen.

Gebhardts Untersuchungen enden in den 90er Jahren. Sie geht nicht darauf ein, dass man derzeit die verschiedensten Theorien nebeneinander finden kann. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5194**

Schweigen für die Versöhnung

Vertriebenenvertreter im Bundestag auch wegen Hinweis auf deutsche Opfer diffamiert

Der Bundestag hat am 8. Juli die Mitglieder des Stiftungsrates für das geplante Vertriebenenzentrum in Berlin gewählt (die *PAZ* berichtete). Im Debattenbeitrag des Grünen-Politikers Volker Beck spielte ein Artikel in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* eine Rolle. Becks Ausführungen erlauben einen Blick in Abgründe linker Verlogenheit in Menschenrechtsfragen.

Wie berichtet, hat der Bundestag die Mitglieder des Stiftungsrates für das geplante Vertriebenenzentrum in Berlin gewählt. In der entsprechenden Bundestagsdebatte wurde die *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 5. September 2009 zitiert, die daraufhin in der Berichterstattung von Tagesschau, Südwestrundfunk (SWR), „Berliner Zeitung“ und vielen anderen Medien zitiert oder erwähnt wurde. Nicht nur deswegen lohnt es sich, nochmals auf diese Debatte zurückzukommen.

Der Grünen-Politiker Volker Beck polemisierte in dieser Debatte in bemerkenswerter Weise gegen zwei der vom Bund der Vertriebenen (BdV) nominierten Mitglieder sowie einmal mehr gegen BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Dem Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, Hartmut Saenger, warf Beck vor, dass er in dieser Zeitung an folgendes erinnert hat: „Der historische Kontext zum Sommer 1939 weist bei allen europäischen Großmächten eine erstaunliche Bereitschaft zu Krieg aus … Besonders kriegerisch führte sich Polen auf … Im März 1939 machte Polen sogar gegen Deutschland mobil und gab damit Hitler die Möglichkeit der Aufkündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934.“ Aus diesen Gründen – so zitierte Beck Saenger – werfe eine „Kurzformel“ wie „der vom nationalsozialistischen Regime entfesselte Weltkrieg“ … „naturgemäß mehr Fragen auf als beantwortet werden“. Beck schloss im Bundestag aus diesen vorsichtig-fragenden Worten Saengers messerscharf: „Polen hat demnach doch den Krieg begonnen; wir haben also nur zurückgeschossen.“ Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle „Lachen bei Abgeordneten der Linken“, sowie: „Claudia Roth (Augsburg): Den sollen wir heute wählen!“

Auch dem baden-württembergischen CDU-Politiker Arnold Tölg machte Volker Beck im Grunde nichts anderes als Wahrhaftigkeit zum Vorwurf. Tölg nämlich sei für den Stiftungsrat deswegen ungeeignet, weil er einmal geschrieben habe: „Während in Nürnberg von den Siegern die deutschen Kriegsverbrecher zurecht verurteilt wurden, haben die gleichen Länder bezüglich Zwangsarbeitern ähnliche Verbrechen begangen wie Hitler-Deutschland.“ Das Protokoll verzeichnet hier den Zwischenruf von Karl Lauterbach (SPD), dem bekannten Gesundheitsexperten: „Ein Irrer!“ Beck selbst zog aus Tölgs ach so ungeheuerlichen Worten den Schluss: „Meine Damen und Herren, das darf nicht die Botschaft dieser Versöhnungsstiftung sein!“ Beck behauptete übrigens noch nicht einmal, dass Tölg die Unwahrheit gesagt hätte, sondern erklärte nur: „Ich distanziere mich mit Nachdruck von solchen Aussagen, wenn es um die Aufarbeitung des Unrechts der Vertreibung geht. Menschen die vertrieben worden sind, teilen diese Thesen nicht. Deswegen

> Auch Erika Steinbach wurde angegriffen

kann so jemand nicht im Stiftungsrat einer Bundesstiftung der Bundesrepublik Deutschland sitzen, mit Zustimmung des Bundesrates.“ Eindringlich warnte er die Abgeordneten von Union und FDP vor der Wahl Saengers und Tölgs: „Sie richten großen Schaden in unseren europäischen Beziehungen an. Sie blamieren sich als Koalition …“



Wütete im Bundestag gegen zwei Vertriebenenvertreter: Grünen-Politiker Volker Beck *Bild: ddp*

Die beiden von Beck angegriffenen Kandidaten wurden dann zwar mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP sowie einer SPD-Stimme dennoch in den Stiftungsrat gewählt, einen eigentlichen, inhaltlichen Widerspruch gegen Becks Verdrehung der historischen Wahrheit wollte aber keiner der Koalitionspolitiker in der weiteren Debatte anbringen.

Bemerkenswert ist auch die neuerliche Attacke Becks gegen Erika Steinbach. Erneut warf er ihr vor, Anfang der 90er Jahre gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als neuer deutsch-polnischer Grenze gestimmt zu haben. Unerwähnt ließ Beck – obwohl er als Jurist gewiss darüber informiert ist –, dass das allgemeine Völkerrecht seit jeher die Anerkennung von durch Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschaffenen Fakten verbietet. Seit einigen Jahren ist der Staatengemeinschaft sogar explizit die Anerkennung von durch Vertreibung geschaffenen Fakten verboten, die allerdings auch schon vorher unzulässig war, eben weil Vertreibungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind.

Statt also gegenüber Frau Steinbach zumindest anzuerkennen, dass ihr damaliges Abstimmungsverhalten – bei allen politisch möglichen Einwänden – völkerrechtlich bestens begründet war, begann Beck eine Polemik in der Tonlage des „Wir schämen uns alle für Sie!“. Wörtlich erklärte er über ihr damaliges „Nein“ zur Grenzänderung: „Dafür kann der Bundestag nichts, dafür kann auch die Bundesregierung nichts, auch diese Stiftung kann dafür nichts.“ Nun hat bekanntlich Frau Steinbach längst ihren Verzicht auf einen Sitz im Stiftungsrat bekundet, um ihr Projekt des Vertriebenenzentrums nicht scheitern zu lassen. Warum dennoch die neuerliche Polemik Becks am 8. Juli? Warum, so fragt man sich vor allem, nannte er Frau Steinbach laut Protokoll gleich zweimal mit ihrem früheren Doppelnamen „Steinbach-Herrmann“, den sie schon seit vielen Jahren nicht mehr führt?

Ein Grund für diese sehr persönliche Form der Herabsetzung kann die Bundestagsdebatte vom 25. März dieses Jahres gewesen sein, in der Steinbach und Beck in ungewöhnlicher Weise aneinander geraten waren.

An diesem Tag ging es um die abstoßenden Fälle von Kindesmissbrauch vor allem in den 70er und 80er Jahren. Steinbach erinnerte daran, dass die Grünen in den 80er Jahren (auch mit einem Gesetzentwurf im Bundestag) für die weitestgehende Straflosigkeit pädosexueller Aktivitäten eingetreten war. Den anwesenden Volker Beck erinnerte sie daran, noch im Jahre 1988 in einem Buchbeitrag für die „Entkriminalisierung“ von Pädosexualität eingetreten zu sein. Beck behauptet, der angegriffene Artikel sei verfälscht und „nicht von mir autorisiert“ worden.

Doch Erika Steinbach ließ nicht locker und erklärte sinngemäß: Als guter Jurist, der er ja nun sei, wisse er genau, wie er die Verbreitung der Behauptung, er sei der Autor dieses Beitrags, unterbinden könne, falls er es denn nicht gewesen sei. Ihr Fazit: Hätten sich seinerzeit die Grünen mit ihren Forderungen in Sachen Pädophilie durchgesetzt, wären heute nahezu alle Sexualdelikte dieser Art „vollständig straffrei“. Inhaltlich hatte Volker Beck dem nichts mehr entgegenzusetzen.

Konrad Badenheuer

MELDUNGEN

Apartheid im Asyl?

Deggendorf – Der Bayrische Flüchtlingsrat ist empört über eine unvorbereitete Verlegung christlicher Asylbewerber aus dem Irak in ein Heim in Deggendorf und nennt das ganze eine „menschenverachtende Umverteilungsaktion“, da die Betroffenen urplötzlich aus ihrem bekannten Umfeld und Sprachkursen gerissen wurden. Die Regierung von Niederbayern beruft sich darauf, dass sie Platz schaffen musste für neue somalische Asylbewerber muslimischen Glaubens. Zwar hieß es von offizieller Stelle nicht direkt, dass die Christen aus Sorge vor religiösen Auseinandersetzungen verlegt wurden, grundsätzlich kämen die Flüchtlinge unterschiedlicher Religionen gut miteinander aus, doch räumte man ein, dass es immer wieder Störenfriede gebe. *Bel*

Lobbyisten registrieren

Berlin – Da es immer wieder Fälle gibt, bei denen nicht eindeutig ist, inwieweit Lobbyisten Einfluss auf die Politik in Berlin ausgeübt haben, fordern die Grünen von der Bundesregierung nun ein verbindliches öffentliches Register, in dem sich Lobbyisten, die „im Bereich von Bundesregierung und Deutschem Bundestag“ aktiv sind, registrieren lassen müssen. Registrierungspflichtige Lobbyisten seien jene, die die Absicht hätten, „Entscheidungen und Abläufe der Exekutive und Legislative im Sinne der Auftraggeber zu beeinflussen“. Neben den Auftraggebern der Lobbyisten sollen auch ihre finanziellen Aufwendungen, die sie in ihre Arbeit investieren, im Register vermerkt werden. Das vom Bundestagspräsidenten geführte Verzeichnis solle dann über das Internet für jeden Bürger einsehbar sein, um so die „unmittelbare oder mittelbare Beeinflussung“ besser nachvollziehen zu können. *Bel*

Marx wiederbelebt?

In den USA fürchtet man deutschen Linksruck

Es ist nicht so, dass Deutschland im glitzernden Kalifornien ein fremder Planet wäre. Im Gegenteil, die Medien berichten des öfteren über das Herkunftsland vieler seiner Einwohner. So war vor kurzem der Linksruck in Deutschland nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Thema.

„Erich Honekker wird in seinem Grab tanzen“, vermutete gar der Korrespondent der „Los Angeles Times“, Barzou Daraghi, von Berlin aus. Der alte kommunistische Partei-Apparatschik wäre „ganz schön stolz über das derzeitige Comeback seiner politischen Erben“. Daraghi, vor kurzem für die „L.A. Times“ an die Spree beordert, erklärt seinen amerikanischen Lesern, dass die Deutschen, genervt von der Wirtschaftskrise, der auch dort milliardenschweren Stützung der Banken und der Arbeitslosigkeit zu der Partei „Die Linke“ überliefen, so dass diese auf dem besten Wege sei, eine wichtige Rolle in der deutschen Politik zu spielen. Daraghi zitiert den IG-Metall-Sprecher Uwe Meinhardt: „Die Schwäche der SPD ist die Stärke der ‚Linken‘.“

> Deutschland-Analyse der »L. A. Times«

Laut Daraghis Beobachtungen sähen viele Experten die deutsche Nation auf die linke Seite des politischen Spektrums driften. Es sei ein zu großer Unterschied zwischen Reich und Arm in der bisher noch stärksten EU-Wirtschaftsmacht. Vor allem die ehemaligen DDR-Bürger litten unter niedrigeren Löhnen und vermissten die früher selbstverständlichen sozialen Leistungen. Zu diesen Sorgen käme die Abneigung gegen den Euro und die Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Die beiden großen Parteien hätten, so Daraghis Analyse, die Probleme nicht im Griff.

Daraghi zitiert die parlamentarische Geschäftsführerin der „Linken“, Dagmar Enkelmann: „Ich betrachte mich als Sozialistin. Und die gegenwärtige Krise gibt Karl Marx eine neue Bedeutung. Aber wir müssen Marx modernisieren und lernen, unsere Gesellschaft neu zu gestalten.“

Die Deutschen als Marxisten? Ein Albtraum für Amerika. Tröstend fügt Daraghi die Meinung von IG-Metall-Meinhardt an: „Ich habe das Gefühl, dass die Deutschen kein Volk der Linken sind.“ *Liselotte Millauer*

Extreme Fahnenjagd

Bekennerschreiben löst Fragen aus

In einem Bekennerschreiben zum spektakulären Fahnendiebstahl von Neukölln gibt das sogenannte „Antirassistische Bündnis Neukölln“ Einblicke in den unter Berlins Linksautonomen verbreiteten Hass auf Deutschland und integrierte Ausländer. Die Deutschlandfahne zur Weltmeisterschaft, die Ibrahim Bassal aus Neukölln extra schneidern ließ, ist eine Besonderheit: 22 Meter hoch, fast 100 Quadratmeter groß und 500 Euro teuer. Es ist die dritte ihrer Art. Zwei ähnliche Flaggen fielen einem offenbar politisch motivierten Diebstahl sowie einem Brandanschlag zum Opfer.

Der Libanese wollte im Großformat über seinem Mobiltelefonladen die Verbundenheit mit der deutschen Fußballmannschaft zum Ausdruck bringen, sagt er. Jetzt besteht Gewissheit über die Täter: Das sogenannte „Antirassistische Bündnis Neukölln“ bekennt sich in einem Brief zum Diebstahl einer der beiden Fahnen und gewährt zugleich Einsicht in absurde Gedankenwelten. Die Nationalfarben stünden „unwiderruflich für Rassismus und Ausgrenzung“, behauptet das Papier. Die Gruppe will laut dem Schreiben 5000 Fahnen im nördlichen Neukölln gestohlen haben. Auch erklärt sie, warum sie gezielt Zuwanderern das Deutschsein austreiben will: Unter dem Stichwort Migration hätten diese „einseitige Anpassungsleistungen zu erbringen, während ihnen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe verwehrt“ bliebe.

> Libanese Bassal fühlt sich bevormundet

Bassal fühlt sich von den Linksautonomen bevormundet. Auch sein Cousin, der von der SPD zur CDU übergetretene Integrationspolitiker Badr Mohammed, bewachte die Fahne. Sein Standpunkt zur Integration: „Meine Position ist die, dass die Einheit der Deutschen verschiedener Herkunft und Religion hergestellt werden muss.“ Mit ihrer Vorliebe für deutsche Fahnen sind die beiden nicht allein – in der Sonnenallee, Berlins „Arabtown“, hat kaum ein Bewohner Verständnis für „diese komischen Deutschen“, wie Bassal die Diebe nennt. Das Bekennerschreiben ist indes kein Einzelfall. Linksautonome haben bundesweit Aktionen gegen Schwarz-Rot-Gold gestartet. Im Internet versprechen linke Gruppen Belohnungen für erbeutete Fahnen und Artikel in deutschen Farben. *SV*

MELDUNGEN

Begehrte rumänische Pässe

Bukarest – Auf Kosten der EU eröffnete die rumänische Botschaft Anfang Juli in Moldau zwei weitere Konsulate. Die Standorterhöhung wurde notwendig, da die vorhandenen rumänischen Vertretungen in Moldau kaum noch in der Lage waren, die Nachfrage nach rumänischen Pässen zu erfüllen. Der rumänische Präsident Traian Basescu, der von einem Großrumänien in den Grenzen von 1940 träumt, sieht die Moldauer zum Großteil als Rumänen und verordnete die Zahl der Einbürgerungen auf 10000 pro Monat zu erhöhen. Etwa 120000 Moldauer haben bereits einen rumänischen Pass, 800000 haben einen beantragt. Moldau, dessen Wirtschaftsleistung knapp über der des Sudan liegt, leidet schon jetzt unter Abwanderung. Ab März 2011 gilt auch für Rumänien das Schengener Abkommen und alle Rumänen dürfen sich in der EU frei bewegen. Dieses Recht gilt auch für Moldauer mit rumänischem Pass. *Bel*

Eine Schlacht und ihr Mythos

Tannenberg – Über 2000 Kämpfer und weitere 4000 Statisten gedachten in Tannenberg/Grundwald der Schlacht von 1410, bei der Polen und Litauer über den Deutschen Orden obsiegten. Polens Präsident Bronislaw Komorowski pries den Sieg als „Triumph der Toleranz“. Der geladene Hochmeister des Deutschen Ordens, Bruno Platter, meinte anlässlich des 600. Jahrestages der Schlacht „zunehmend feststellen zu können, dass der alte auf deutscher wie auf polnischer Seite konträr kultivierte und auf Missgunst aufgebaute Tannenberg-Mythos des 19. und 20. Jahrhunderts inzwischen weitestgehend verblasst, ja größtenteils verschwunden ist“. *Bel*

Kiffen für die Staatskasse

Kaliforniens Bürger sollen im Volksentscheid über die Freigabe von Marihuana entscheiden

Schon jetzt ist der Verkauf von Marihuana in sogenannten Gesundheitszentren legal, doch Staat, Gewerkschaften und Bürger hoffen auf das große Geschäft mit dem begehrten „Gras“.

Wenn alles gutgeht, so hoffen die Befürworter der „Proposition 19“, wird Kalifornien mit der November-Wahl der erste US-Staat, in dem Marihuana komplett legalisiert ist, gleichgesetzt gewissermaßen mit Alkohol. Das heißt, dass jeder ab 21 Jahren Marihuana kaufen, besitzen, rauchen und sogar für den Eigennutz anpflanzen kann, ohne wie bisher mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Und dies auch ohne medizinische Gründe. Seit die Gesetzesvorlage Anfang Mai offiziell für die Entscheidung der Bürger am 14. November durchgebracht wurde, ist sie zum heißen Thema geworden, bei dem die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Risiken und Bedenken weit hinter die wirtschaftlichen Interessen zurückgestellt wurden. Laut Umfragen haben anfangs nicht weniger als 49 Prozent der Wähler die Freigabe befürwortet, allerdings wurden es zuletzt wieder weniger.

Los Angeles und Umgebung waren schon immer eine Region mit besonders unkonventionell gesinnten Bürgern. Und als 2008 in den USA der Verkauf von Marihuana aus medizinischen Gründen bedingt freigegeben wurde und den einzelnen Staaten und Gemeinden die gesetzliche Handhabung überlassen wurde, schossen sogenannte Pot-Kliniken wie Pilze aus dem Boden. Mit 186 dieser Institutionen vereinbarte die Stadt Los Angeles Verträge, schloss aber gewissermaßen die Augen vor weiteren Neu-Gründungen. Doch nun ist der Gesetzgeber im Juni plötzlich erwacht, und ließ ausgerechnet kurz vor der Wähler-Entscheidung die Schließung von rund 400 nicht gemeldeten Marihuana-Geschäften und sogenannten Marihuana-Kliniken anordnen. Darunter befanden sich auch einige der beliebtesten im Strandbezirk von Los Angeles, dem berühmten Venice Walk. „Hier am Ozean können die Menschen entspannen und sich heilen lassen“, sagt Cardillo in seinem eleganten Etablissement. „Hier können sie Kraft tanken und die Energie finden, mit ihren Krankheiten und ihrem Leben fertig zu werden.“ Jetzt soll er den Beach-Club in ein entferntes Gebiet verlegen, da er zu nahe an einem Wohnhaus und möglichem Kinderspielplatz steht (was der Stadt jetzt erst einfiel!). Sein Chef fügt hinzu: „Die Stadt sollte nicht die eingesessenen Kliniken schließen, sondern sich um die vielen neuen kümmern. An jeder Straßenecke ein Pot-Store. Das ist auch nicht richtig.“ Es gibt Klagen von allen Betroffenen und die Hoffnung auf die „Proposition 19“, die das ganze Haschisch-Geschäft neu regeln soll. Das ist jedoch nicht einfach, denn unterschiedlichste Gesichtspunkte bewegen die Menschen.

Der Bedarf an Marihuana ist nicht gering. Ein Drittel aller befragten (und keineswegs nur kranken) Wähler hat irgendwann Marihuana geraucht, ein Zehntel im letzten Jahr. Und den größten Bedarf hat sozusagen der kalifonische Staat selber. Denn mit einer Legalisierung des süßen Duftes würde das gesamte Pot-Geschäft neu geregelt und besteuert werden und dem hochverschuldeten Sonnen-Staat, wie Optimisten meinen, über eine Milliarde Dollar Steuereinnahmen zuführen. Dies dürfte jedoch fraglich sein, denn mit einer kompletten Freigabe erwarten Fachleute vom „Rand Corp's Drug Research Center“, die die bisher umfassendste Studie der Initiative zusammengestellt haben, einen Preisverfall von 80 Prozent, von derzeit 300 bis 450 US-Dollar pro Unze auf 38 Dollar. Dies würde wiederum zu niedrigeren Löhnen der in der Pot-Industrie Beschäftigten führen, von 30 Dollar pro Stunde auf vielleicht noch zehn. 100 von drei Marihuana-Verteiler-Stellen in Oakland bei San Francisco haben sich soeben einer Gewerkschaft angeschlossen: Der „United Food and Commercial Workers Union“, die nun ihre Mitglieder zur Unterstützung der „Proposition 19“ auffordern will, „weil das Potenzial für neue Jobs in der expandierenden Pot-Industrie enorm ist!“ Das klingt so, als würde in Zukunft jeder seinen Joint rauchen, wie er heute sein Gläschen Wein trinkt. Die Wahrheit ist: Keiner weiß, was mit einer Freigabe des attraktiven Grases passieren würde: Eine neue Branche mit neuen Jobs und rettenden Steuereinnahmen zum Beispiel – welch Ironie – für die Renovierung von Schulen? Marihuana weg von der Illegalität auf der Straße und damit ein Ende der geheimen Riesen-einfuhren aus Mexiko? Ein Segen für schwer Erkrankte? Und ein Genuss ohne Angst vor Strafe für den Normalbürger? Oder: Mehr Kriminalität mit noch volleren Gefängnissen, rapide anwachsende Drogen-Abhängigkeit, besonders unter Jugendlichen, sowie ein massiver Einstieg in härtere Drogen? Und eine am Ende völlig bekiffte Gesellschaft mit Menschen, die vor den Problemen des Alltags in die Illusion fliehen, anstatt sie tatkräftig zu lösen. *Liselotte Millauer*



Noch geschieht alles im Auftrag der Gesundheit: Hanfarbeiterinnen in Kalifornien Bild: laif

Marihuana in Europa

Auch in Deutschland fordern Politiker vor allem von der Partei „Die Linke“ und den Grünen immer wieder die Freigabe von Marihuana. Während „Die Linke“ die so steigenden Steuereinnahmen preist und vor allem die Entkriminalisierung der Konsumenten positiv hervorhebt, lautet sowie die Maxime des grünen Bundestagsabgeordneten Harald Terpe: „Drogenpolitik ist für die Menschen da und nicht für das Steuersäckel.“ In den Niederlanden, wo seit den 70er Jahren in lizensierten 730 Coffee-Shops der Konsum von Marihuana in kleinen Mengen toleriert wird, wurde vor wenigen Wochen von einer Initiative sonst seriöser Politiker die Legalisierung von Kokain, Ecstasy und Heroin gefordert. Polizeieinsätze gegen Drogenhersteller, Schmuggler und Dealer, Gefängnisstrafen, Geldwäsche, Steuerausfälle sowie viele, teils indirekte Folgen des Drogenverbots kosteten die Gesellschaft 15,75 Milliarden Euro, so ihre Argumente. Die Warnungen von Medizinern vor einer steigenden Zahl von Süchtigen, die unter Entzugserscheinungen und psychischen Störungen leiden, halten die Regierenden aber derzeit noch von der Freigabe ab. *Bel*

Droht Systemkrise?

Energie, Armee, Rente – Russland steht vor großen Problemen

Ab 2012 wird Russlands Präsident sechs Jahre amtieren, womit das in russischen Medien debattierte „Problem 2012“ beginnt: Falls Amtsinhaber Dmijtri Medwedew dann wiedergewählt wird oder in seinem Vorgänger Wladimir Putin seinen Nachfolger findet – bis zum Jahre 2018 ist die personelle Lage an der Spitze der russischen Exekutive geklärt. Ungeklärt erscheint eine Fülle von Problemen, unter denen die Energiepolitik, die militärische Personalpolitik und die gesamte Rentenpolitik dem Offenbarungseid entgegenrasen.

Vor wenigen Jahren galt Russland als „energetische Großmacht“, die 2009 mit einer Jahresförderung von 494 Millionen Tonnen größter Erdölproduzent der Welt war. Das klang beeindruckend, war aber ein Trugschluss. Russland stieg so hoch, weil seine Konkurrenten angesichts sinkender Ölpreise ihre Förderung drosselten. Russland förderte mehr, verdiente aber weniger. Auch machte die Privatisierung, die in den Jahren 1997 bis 2005 die Jahresförderung von 300 auf 485 Millionen hochgetrieben hatte, einem restituierten Staatseinfluss Platz, der die Förderung stagnieren ließ.

Noch bedrohlicher ist die Lage beim Erdgas. Hier sind die USA mit einer Förderung von 624 Milliarden Kubikmetern international seit sieben Jahren erstmals wieder führend und haben Russland (582 Milliarden) auf den zweiten Platz verwiesen. Noch 2009 hegte Russland die Hoffnung, über den Energiekonzern „Gasprom“ 20 Prozent des US-Markts erobern zu können, aber inzwischen haben die USA ihre Gasimporte aus Russland praktisch eingestellt und schicken sich an, größter Gas-Exporteur der Welt zu werden. Zudem hat der hohe Gaspreis in den USA und in Europa Gasvorkommen rentabel gemacht, die früher uninteressant erschienen. Sollten sich allein die in der EU projektieren Gasfelder als lohnend erweisen, käme Russland um zwei Drittel seiner Gasexporte.

Medwedew oder Putin: 2012 sind Präsidentenwahlen

Das zweite Problem ist die Armee, die materiell und personell am Ende ist. Ihre Bewaffnung ähnelt einem wehrtechnischen Museum aus Sowjetzeiten, ihr Prestige geht gegen Null, die nach wie vor sakrosankte Wehrpflicht steht dringend nötigen Reformen im Weg. Will man den 2009 eingeführten zwölfmonatigen Wehrdienst realisieren, müssten jährlich 700000 junge Männer eingezogen werden – in einem Land, in dem es überhaupt nur 800000 18-Jährige gibt. Eine reine Berufsarmee aufzustellen, wie es die USA 1973 taten, verbietet sich wegen der unbezahlbaren Gehälter für Berufssoldaten.

Als drittes Problem droht eine Rentenkrise größten Ausmaßes: 30 Milliarden Euro beträgt 2010 das Defizit des russischen Pensionsfonds, und allein der Schuldendienst für dieses Defizit verschlingt enorme Summen, die dann bei der Rentenzahlung fehlen. Russland muss kürzen und sparen, da es selber in schwerer Wirtschaftskrise steckt und für Rentner keine zusätzliche Kopeke aufwenden kann. Und die Lage wird schlimmer: Ein halbwegs funktionierendes Rentensystem müsste auf einem Verhältnis Berufstätige/Rentner von 3:1 basieren, aber im Russland von heute ist das Verhältnis 1,7:1.

Die mutige „Nesavisimaja gaseta“ („Unabhängige Zeitung“) hat die Krisenherde Russlands, die das eigentliche Elend des „Problems 2012“ ausmachen, im Blick und bilanzierte düster. „Der ganze Staat ist in Gefahr. Wenn die politische Elite keine adäquate Antwort findet, wird Russland am Ende des kommenden Jahrzehnts vor einer ernsten Systemkrise stehen“. *Wolf Oschlies*

Explosive Altlasten

Vor dem Bau der Ostseepipeline müssen Minen geräumt werden

Die Ostseepipeline, ein deutsch-russisches Großprojekt, steht symbolisch für die Überwindung des Krieges, seiner Folgen und Ursachen. Doch bei der Realisierung ist der Krieg immer noch allgegenwärtig – die Trasse der Ostseepipeline von Wyborg nach Lubmin ist gespickt mit scharfen Bomben und Minen.

Bevor die Rohre, durch die demnächst 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr gepumpt werden sollen, auf dem Meeresgrund verlegt werden können, muss ein 50 Meter breiter und 1220 Kilometer langer Sicherheitsstreifen von allen explosiven Altlasten befreit werden. Zuständig dafür ist „Bactec International“, eine in England ansässige, weltweit operierende Firma.

Im November 2009 haben die Spezialisten vor dem russischen Hafen Wyborg und vor der finnischen Küste mit ihrer gefährlichen Arbeit begonnen; bislang haben sie rund 50 Minen aufspüren und sprengen können. Wieviel noch auf sie zukommt, wissen sie nicht. Immerhin schätzen Experten, dass auf dem Grund der Ostsee insgesamt bis zu 150000 Weltkriegs-Blindgänger liegen. Hinzu kommen etliche Tausend Tonnen verklappte Munition aus Beständen der Bundeswehr, der NVA, der Roten Armee und der USA. Was, wo und wieviel ist nicht näher bekannt, unterliegt der militärischen Geheimhaltung.

Die Beseitigung der längs der Ostseepipeline lauernden Gefahren ist erheblich komplizierter und riskanter als die Bombenentschärfung auf dem Festland. Bei Wassertiefen bis zu 100 Meter ist es völlig unmöglich, die Zünder auszubauen oder sonstwie unwirksam zu machen; die Bomben müssen vor Ort zur Explosion gebracht werden.

Der Schutz von Fischen und Robben hat Vorrang

„Bactec International“ operiert in der Ostsee von zwei Spezialschiffen aus, der „Edda Frey“ und der „Noordhoek Singapore“. Ein ferngesteuerter Unterwasser-Roboter erkundet zunächst mit seiner Videokamera, um welchen Typ es sich handelt – an die 50 unterschiedliche Arten von Minen sind in diesem Bereich bisher bekannt. Als nächstes wird mit einem Roboter-Greifarm eine Sprengladung angebracht. Hier ist es entscheidend, genau die richtige Stelle zu finden. Im Normalfall arbeiten die Engländer mit fünf Kilogramm Plastiksprengstoff pro Mine.

Vor der Sprengung sind strenge Naturschutzauflagen zu beachten. An Bord der beiden Kommandoschiffe sind Meeresbiologen, um größere Fischschwärme, Robben oder Wale zu orten. Ist die Mine zur Sprengung bereit, werden mit Ultraschall Robben und sonstige Meeressäugetiere im Umkreis von einem Kilometer vertrieben. Zugleich wird der Bereich auch für die zivile Seefahrt gesperrt. Wenige Sekunden vor der Sprengung wird in der Nähe der Mine eine kleine Detonation gezündet, um auch Fische aus dem gefährlichen Sektor zu verjagen. Meeresbiologen kritisieren allerdings, dass dies nicht ausreiche, da die Schockwelle der Sprengung bis zu zwei Kilometer weit wirke. Zur Zeit wird mit einem neuen Verfahren experimentiert: Ein künstlich erzeugter Blasenvorhang soll den Radius der Schockwelle auf 200 Meter verringern.

Doch nicht nur auf hoher See wird das Erdgasprojekt von den Altlasten des letzten Krieges eingeholt. Der Bau der Anschluss-Pipeline „Opal“, die das vorpommersche Lubmin mit dem zentraleuropäischen Netz verbinden soll, begann mit der Entschärfung eines sowjetischen Bomben-Blindgängers. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Auch Karlsruhe kann nicht mehr helfen

Der Euro-Rettungsschirm steht vor der Aufnahme seiner Arbeit – Auszahlung nicht mehr zu verhindern

Da Bundesregierung und Bundestag ihre Zustimmung zum Euro-Rettungsschirm gegeben haben, können dessen künftige Geldgeber auf diese Zusage bauen, auch wenn das Bundesverfassungsgericht nachträglich sein Veto einlegt.

Klaus Regling hat es eilig. Mit der Ratifizierung durch das italienische Parlament wäre der Rettungsschirm für notleidende Euro-Staaten Ende dieses Monats „operabel". Damit könnten sich Länder dort Geld zu geringeren Zinsen leihen, als sie der freie Kapitalmarkt von Staaten verlangt, deren Kreditwürdigkeit Risse bekommen hat. Der Deutsche Regling ist Chef der „Europäische Finanzstabilisierungs-Fazilität" (EFSF), auch „Euro-Rettungsschirm" genannt.

Die in Luxemburg ansässige Institution verwaltet den 440 Milliarden-Anteil, den die Euro-Staaten an dem Fonds tragen. 27 Prozent oder 123 Milliarden Euro kommen allein von Deutschland. Hinzu kommen 60 Milliarden von der Europäischen Kommission und 250 Milliarden Euro des Internationalen Währungsfonds (IWF). An beiden ist Deutschland als eines der finanzstärksten Mitglieder von EU und IWF abermals stark beteiligt.

Bei den Finanzzusagen handelt es sich formal um Bürgschaften, für welche die Länder im Falle eines Kreditausfalls geradestehen. Die Fonds besorgen sich das Geld zunächst selbst am Kapitalmarkt. Von dort kamen zuletzt schlechte Nachrichten. Um die dafür zu zahlenden Zinsen möglichst gering zu halten, muss der EFSF ein Bonitätsbestnote AAA erreichen. Hierfür fordern Rating-Agenturen eine Übersicherung des Kreditrahmens von 120 Prozent. Das heißt: Das Gesamtvolumen des EFSF soll 20 Prozent über der Summe der ausgegebenen Kredite liegen. Damit verringert sich der tatsächliche Kreditrahmen von 440 auf 366 Milliarden Euro.

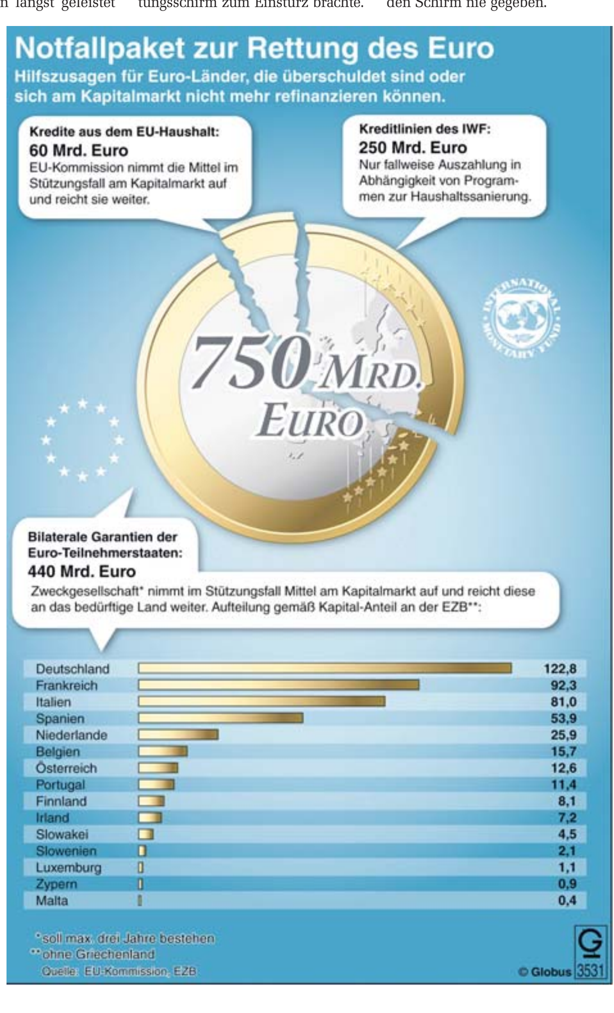
Wer gehofft haben sollte, dass die jüngsten Verfassungsklagen den EFSF noch stoppen, wird eine Enttäuschung erleben. Einer der Kläger, der Staatsrechtler Karl-Albrecht Schachtschneider, zerstreute gegenüber der *PAZ* falsche Hoffnungen: „Das Bundesverfassungsgericht wird sich viel Zeit lassen und vielleicht in einem Jahr entscheiden." Erhebliche Zahlungen an schwächelnde Euro-Staaten würden dann längst geleistet worden sein.

Selbst wenn die Karlsruher Richter die deutsche Beteiligung am „Rettungsschirm" dann für verfassungswidrig erklären sollten (was die Kläger für im Grunde unumgänglich halten), würden die Richter laut Schachtschneider der Gesichtspunkte des „Vertrauensschutzes" ins Feld führen.

Dies bedeutet: Bundesregierung und Bundestag haben das Recht, internationale Verträge zu schließen. Handeln sie dabei gegen das Grundgesetz, dann kann ihnen der abermalige Abschluss eines bestimmten Vertrages zwar untersagt werden. Die ausländischen Vertragspartner des alten Vertrages jedoch genießen „Vertrauensschutz", sie haben Deutschland gegenüber also das Recht, auf die Vertragstreue Berlins zu vertrauen.

Somit wäre auch im Falle eines Erfolgs der Klage laut Schachtschneider ausgeschlossen, dass der deutsche Anteil „rückabgewickelt" würde. Zumal eine solche Rückabwicklung ohnehin den ganzen Rettungsschirm zum Einsturz brächte.

Laut Vertrag ist der Schirm erst operabel, wenn 90 Prozent der Bürgschaften zusammen sind. Daher wäre das Ausscheren eines kleinen Landes wie der Slowakei kaum mehr als ein kosmetischer Störer gewesen, doch ohne Deutschlands 27 Prozent hätte es den Schirm nie gegeben.



Ganz anders jedoch sähe es im Falle eines Klageerfolges für die Zukunft aus. Danach wäre der Weg zu weiteren Rettungsschirmen verbaut. Dies kann Optimisten, die an die langfristigen Aussichten der Rettungskandidaten am Mittelmeer glauben, nicht erschüttern. Anders die Pessimisten. Die Stimmen verstummen nicht, die den Euro für ein goldenes Gefängnis für ehemalige Weichwährungsländer halten, in welchem sie nie und nimmer wettbewerbsfähig werden könnten. Für sie gilt als ausgemacht, dass diesem Rettungsschirm immer neue folgen werden.

Zu ihnen zählt auch Kläger Schachtschneider, der das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur „Schicksalsstunde für die Währungsunion" erklärt hat. Verwirft das Gericht die Klage, wäre der Weg frei für eine „Transferunion", in der, so viele Experten, vor allem Deutschland, die Niederlande, Österreich und Finnland die Lastesel wären, die für die anderen mit aufzukommen hätten. Nimmt Karlsruhe hingegen die Klage an und stoppt alle weiteren Rettungsschirme, dann ist nach Meinung vieler die erste südeuropäische Staatspleite in Sichtweite.

Ob die mit der Gewährung von Krediten verbundenen Sparauflagen von den begünstigten Ländern auch umgesetzt werden, erscheint nach dem vergangenen Wochenende mehr denn je als fraglich. Dieser Tage sind die Verhandlungen zwischen Ungarn, der EU und dem IWF über die Gewährung der letzten Tranche eines 2008 vereinbarten Hilfskredites abgebrochen worden. Statt sich vereinbarungsgemäß energisch um die Begrenzung seiner Defizite zu kümmern, habe Budapest soziale Wohltaten unters Volk gestreut.

Inwieweit die Regierungen an der Südflanke Europas prinzipienfester sind oder für den eigenen Machterhalt auch lieber wie Ungarn vorgehen, bleibt offen. Doch dies könnte zur Existenzfrage der EU in ihrer heutigen Gestalt werden. *Hans Heckel*

KURZ NOTIERT

Inkassoproblem: Nach eigenen Angaben hat die Krankenkasse DAK nach der Erhebung des Zusatzbeitrages in Höhe von acht Euro monatlich von ihren Versicherten insgesamt 170 000 Mitglieder verloren. Außerdem hat knapp eine Millionen der rund 4,7 Millionen Versicherten der Kasse die Mehrkosten noch nicht überwiesen, was zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand bei der DAK führt, die jetzt vielleicht wegen zu hoher Verwaltungskosten Mitarbeiter entlassen müsste. *Bel*

Dipl.-Ing lebt: Die Ungewissheit über die Qualität der neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master hat dazu geführt, dass sich die Technische Universität München zu einem besonderen Schritt entschlossen hat. Die Hochschule bestätigt auf ihren Master-Urkunden die Gleichwertigkeit des Mastergrades mit dem Diplomgrad im Ingenieurbereich. Damit möchte die TU München das international wertbesetzte Markenzeichen „Dipl.-Ing." erhalten. Ziel der EU-weiten Einführung der neuen Abschlüsse war eine Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse. *Bel*

Streit um Ökosteuer: Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) wehrt sich gegen die geplante Streichung der Vergünstigung bei der Ökosteuer für energieintensive Betriebe. Manche Betriebe müssten demnach ab 2011 bis zu zehnmal so viel Ökosteuer abführen wie bisher. *Bel*

WTO-Beitritt Moskaus nur ohne Embargo: Nachdem am 1. Juli die Zollunion Russlands mit Weißrussland und Kasachstan in Kraft getreten ist, hält Moskau sein Embargo gegenüber Moldawien und Georgien nicht mehr aufrecht. Die gesperrten Waren können ab sofort über die Unionsmitglieder nach Russland gelangen. Weder Minsk noch Astana hatten sich an dem Embargo beteiligt. Experten vermuten, dass Russland auch unter dem Druck der USA seine Haltung gegenüber Georgien lockern wird, denn für Anfang kommenden Jahres ist der WTO-Beitritt Russlands geplant. Bisher scheiterte eine Mitgliedschaft der Russen am Veto Georgiens. *MRK*

»Wie auf dem Jahrmarkt«

Kritik von allen Seiten an Versteigerung der AKW-Laufzeiten

Die Idee war nicht ganz neu: Mitte März hatten Mitarbeiter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) angeregt, Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke zu versteigern. Mitte Juli war der Gedanke auch bei Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) angekommen; er fand ihn „interessant" und „einer ernsthaften Prüfung" wert.

Die freilich dauerte nur wenige Stunden. Bundeskanzlerin Angela Merkel, als promovierte Physikerin nicht frei von Sachkenntnis, ließ verlauten, so etwas sei „mit mir nicht zu machen". Prompt ruderte Röttgen zurück und bekundete, der „Gedanke mit Charme" sei „in der Kürze der Zeit" nicht gesetzlich umzusetzen.

Derweilen träumte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble schon von zusätzlichen Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe. Einer seiner Amtsvorgänger, der Sozialdemokrat Hans Eichel, hatte vor zehn Jahren mit der Versteigerung der Frequenzen für den Mobilfunkstandard UMTS umgerechnet 50 Milliarden Euro in die Staatskasse fließen lassen. Kein Wunder, dass die Erinnerung an diesen Coup angesichts drohender Haushaltslöcher Begehrlichkeiten weckte.

Freilich war die Idee einer Laufzeitenversteigerung ebenso verlockend wie unausgegoren. Nicht nur rote und grüne Oppositionspolitiker, die ohnehin jede Verlängerung ablehnen, fanden auf Anhieb zahlreiche Schwachstellen. Die Umweltminister Tanja

> Verlängerung um acht Jahre würde über 50 Milliarden bringen

Gönner (CDU) aus Baden-Württemberg und Markus Söder (CSU) aus Bayern warnten vor einer „Jahrmarktveranstaltung", die eher dazu diene, „von politisch notwendigen Entscheidungen abzulenken", so CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) zeigte sich ebenfalls skeptisch: Für das im Herbst fällige Energiekonzept der Bundesregierung komme eine Versteigerung „nicht in Frage".

Beispielsweise war völlig unklar, wer eigentlich bei einer solchen Auktion hätte mitbieten dürfen: nur die vier Stromkonzerne Vattenfall, RWE, Eon und EnBW als Betreiber der deutschen Kernkraftwerke oder auch andere Investoren. Offen blieb ferner, wer die Haftung für den Weiterbetrieb der AKW tragen sollte: der Ersteigerer zusätzlicher Strommengen oder der Kraftwerksbetreiber?

Schließlich bewegen sich auch die Hochrechnungen des zu erwartenden Versteigerungserlöses auf unsicherem Terrain. Das RWI schätzt, dass die Stromkonzerne aus einer Laufzeitverlängerung um acht Jahre 56 Milliarden Euro zusätzlichen Gewinn abschöpfen könnten. Wieviel davon zur Stabilisierung der Strompreise (auch für private Haushalte) sowie zur Förderung alternativer Energieträger dienen soll, ist politisch noch nicht entschieden. Klar ist inzwischen nur, dass auch „Vater Staat" sich zum Zwecke der Etatsanierung aus diesem Topf bedienen will, bislang allerdings „nur" mit jährlich 2,3 Milliarden Euro aus der geplanten Brennelementesteuer. Ob daraus jemals etwas wird, hängt davon, ob und wann die Bundesregierung ihrer Ankündigung einer Laufzeitverlängerung endlich Taten folgen lässt. *H.J.M.*

Justizia enttäuscht

Ex-IKB-Chef Ortseifen bewusst geschohnt? – Politiker sonst Mittäter

Liest man die Berichte über den Prozess gegen den früheren Chef der Mittelstandsbank IKB Stefan Ortseifen, so schwingt zwischen den Zeilen vieler Artikel etwas mit, was man ganz banal als Verschwörungstheorie benennen kann. Doch natürlich hüten sich seriöse Blätter wie die „Financial Times Deutschland", der „Spiegel" und das „Handelsblatt", offen von einer Verschwörung zu sprechen, doch die Fragen, die die Journalisten stellen, laufen darauf hinaus.

Denn Ortseifen, der nun zu zehn Monate auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 100 000 Euro verurteilt wurde, wurde von der Staatsanwaltschaft bewusst für ein Vergehen angeklagt, dass individuell nur ihm unterstellt werden kann. So soll er in einer irreführenden Presseerklärung, wenige Tage bevor sein Institut in massive Existenznot geriet und nur mit Staatshilfe gerettet werden konnte, die Anleger getäuscht haben. Die Bank sei „sehr gut" ins neue Geschäftsjahr gestartet, so Ortseifen damals. Dieser ist sich deswegen keiner Schuld bewusst und beharrt auf seiner Unschuld, während sich viele Prozessbeobachter eben fragen, warum die Staatsanwaltschaft ihn nur hierfür angeklagt hat. Warum wurde stattdessen der Vorwurf der Untreue im Zusammenhang mit den extremen Risikogeschäften fallengelassen? Handelt ein Bankenvorstand im Sinne seiner Anleger, wenn er bei einem


Stefan Ortseifen Bild: ddp

Eigenkapital von 1,5 Milliarden Euro neben dem regulären Mittelstandsbankgeschäft Risikogeschäfte im Volumen von 17 Milliarden Euro betreibt? Wenn er aufgrund von „personellem Engpass" seinen Mitarbeitern sagt, sie sollten mögliche Frühindikatoren für eine Krise nicht überwachen? Warum verließ er sich blind auf Ratings aus den USA, obwohl er wusste, dass diese mit Skepsis zu betrachten sind?

Doch stellt man dem ehemaligen Chef der einst bodenständigen, mündelsicheren Bank diese Fragen, muss man auch anderen Bankenvorständen diese Fragen stellen. Unter anderen jenen von Landesbanken. Das selbe gilt dann für die Aufsichtsräte dieser Banken, in denen zufälligerweise zahlreiche Politiker aus Landesregierungen und dem Bund saßen, die zufälligerweise die Arbeitgeber der Staatsanwälte sind.

„Wir wollten auch kein Exempel statuieren", sagte die Richterin Brigitte Koppenhöfer auf die Frage, warum die doch unabhängige Justiz nicht die Chance genutzt habe, in diesem Prozess am Beispiel der Schuld von Ortseifen Rückschlüsse auf die Fehler sämtlicher Kontrollinstanzen zuzulassen. Dass der Fall Ortseifen von Staatsanwaltschaft und Justiz hierzu nicht genutzt wurde, dürfte den Steuerzahler, der für die Krise finanziell geradestehen musste, nicht nur desillusionieren. Vielmehr legt das Vorgehen den Verdacht nahe, dass die Schuldigen der Finanzkrise bewusst nicht allumfassend zur Verantwortung gezogen werden sollen. *Bel*

Das alte Gift

Von Hans Heckel

Die Äußerungen des polnischen Präsidenten Bronislaw Komorowski zum 600. Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg geben Anlass zur Ernüchterung. Sein Sieg über den ultranationalistischen Jaroslaw Kaczynski war hierzulande mit ungeteilter Freude aufgenommen worden: Ein „Freund Deutschlands und Europas“ führe nun den östlichen Nachbarn. Einer, der frei sein sollte von nationalistischen Mythen und antideutschen Ressentiments.

Ein vorschnelles Urteil? Bei Tannenberg erinnerte Komorowski an die Instrumentalisierung der polnisch mit Grunwald bezeichneten Schlacht für die eigene Propaganda. Der Präsident mahnte, Geschichtspolitik solle andere Nationen nicht demütigen, sondern das Verbindende herausstellen.

So weit, so gut – doch was Komorowski noch äußerte, war kaum etwas anderes als eben jene Form von Geschichtspolitik, die er selbst geißelte: Tannenberg sei ein „Triumph der Toleranz“ gewesen, der Deutsche Orden habe auf den Raub von Boden und Seelen gesetzt, während die siegreichen Polen und Litauer für das „Recht jeder Nation auf Andersartigkeit“ gewesen seien.

Damit schwelgt er selbst tief im Fundus jener nationalistischen Mythologie und Selbstverherrlichung, die er in der selben Rede kritisierte. Einen klassischen Machtkampf des Mittelalters derart ideologisch aufzuladen, das ist der Grundstoff jener nationalistischen Weltsicht, mit der sich die Völker im 19. Jahrhundert aufmunitionierten. Im heutigen Europa hat so etwas keinen Platz mehr.

Wir sind das Volk – wirklich?

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Schlechte Zeiten für die etablierten Parteien. In Hamburg wurden die Schulreformpläne des schwarz-grünen Senats per Volksentscheid in den Papierkorb befördert. Zwei Wochen zuvor hatten renitente Wähler in Bayern ebenfalls per Volksentscheid das schwarz-gelbe Wischi-Waschi-Rauchverbot in blauen Dunst aufgelöst.

Die Gewinner feiern ihre Erfolge als Sieg der direkten Demokratie, verweisen auf das Vorbild Schweiz, wo seit eh und je wichtige (und manchmal auch unwichtige) – Fragen dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.

Die Verlierer bekräftigen stets vollmundig, dass sie „selbstverständlich“ das Votum des Volkes zu respektieren gewillt seien. Das klingt umso großmütiger, als ihnen aufgrund der Rechtslage ohnehin nichts anderes übrig bleibt. Trost finden sie sodann im Hinweis auf die Wahlbeteiligung: Die sei in beiden Fällen so gering gewesen, dass eigentlich doch nur eine Minderheit ihnen in ihr politisches Süppchen gespuckt habe. Im Klartext: Wo Sachargumente versagen, wird die demokratische Legitimation des Gegners in Zweifel gezogen.

Die Angst der etablierten Parteien vor dem eigenen Volk

Auf den ersten Blick hat diese Argumentation sogar etwas für sich. In Hamburg hatten sich von 1,1 Millionen Wahlberechtigten 427 000 (39 Prozent) an der Abstimmung beteiligt. Die 276 304 Stimmen für den Erhalt des bewährten Schulsystems bedeuten 55,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, aber nur 25 Prozent der Wahlberechtigten. Ähnlich in Bayern: Dort reduzieren sich die stolzen 61 auf nur 23 Prozent, nimmt man die Stimmberechtigten-Gesamtzahl als Maßstab.

Dennoch ist es abenteuerlich, daraus auf eine eigene „heimliche Mehrheit“ zu schließen. Und es zeugt von schlechtem politischem Stil, den Initiatoren von Volksentscheiden „Minderheiten-Diktatur“ oder gar, wie zuletzt in Hamburg, Rassismus vorzuwerfen. Hier verbirgt sich hinter starken Worten die Angst der etablierten Parteien vor dem Volk. Die Schweiz, in der die Hälfte aller weltweiten Plebiszite stattfinden, kennt derlei Probleme nicht: Hier erreicht die Wahlbeteiligung nur höchst selten die 50-Prozent-Marke. Auf die Idee, den Eidgenossen Demokratiedefizite zu unterstellen, sind bislang aber nicht einmal deutsche Neidgenossen gekommen.

Übrigens: Vor zwei Jahrzehnten hatten die Teilnehmer der Montagsdemonstrationen mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ Deutschlands friedliche Revolution eingeleitet. Sie waren, gemessen an der damaligen DDR-Bevölkerungszahl, nur eine Minderheit. Will man darum etwa auch den „Helden von Leipzig“ nachträglich die demokratische Legitimation absprechen? Noch gilt für die von uns gewählten Volksvertreter nicht die Devise „Was Demokratie ist, bestimme ich“. Noch sind wir das Volk, egal mit welcher Wahlbeteiligung.



Freiwillige Helfer der Volksinitiative in Hamburg: Einige Verlierer aus der Hamburger Politik wenden nun ein, dass eine Wahlbeteiligung von nur 39 Prozent ja keine demokratische Legitimation darstelle. Eine ähnlich niedrige Wahlbeteiligung bei einer Kommunal- oder Europawahl hat jedoch noch bei keinem siegreichen Politiker Zweifel an der so erlangten Legitimation ausgelöst. Bild: pa

Ausgeblendet

Von Wolfgang Thüne

Christian Wulffs Besuch in Polen hätte ein wirklich guter Neuanfang werden können, doch beiden Präsidenten fehlte noch die Größe, der historische Weitblick in die gemeinsame deutsch-polnische Vergangenheit. Schauen wir zurück ins Jahr 1815. Nach den verheerenden Napoleonischen Kriegen wurde beim Wiener Kongress „Europa“ neu geordnet. Das Königreich Polen wurde geschaffen und dem russischen Kaiserreich einverleibt. 1830/31 kam es zu dem ersten polnischen Aufstand. Er wurde blutig niedergeschlagen. Die polnischen Freiheitshelden wurden 1832 auf dem Hambacher Schloss jubelnd gefeiert. 1848 kam es zum zweiten und 1864 zum dritten polnischen Aufstand, doch Russland erstickte den Freiheitswillen der Polen.

Kaum ein Land Europas kümmerte sich um das Schicksal Polens, außer Deutschland. Das in der Frankfurter Paulskirche tagende Parlament verabschiedete 1848 eine Resolution, in der sich der Deutsche Bund verpflichtete, für die Freiheit Polens einzutreten. Doch zu konkreter Hilfe kam es nicht, weil die deutschen Einigungsbemühungen scheiterten und die „Restitution“ siegte. Warum blendeten beide Präsidenten dieses große Kapitel deutsch-polnischer Gemeinsamkeiten aus?

Moment mal!



Mordfall Brunner: Wie Täter plötzlich Opfer werden

Von Klaus Rainer Röhl

Letzte Woche begann der Prozess gegen die jugendlichen Gewalttäter von München, die am 12. September 2009 den 50-jährigen Unternehmer Dominik Brunner mit Faustschlägen und Fußtritten so schwer verletzt hatten, dass er kurze Zeit danach an einem Herzstillstand starb. Die Anklage lautet auf Mord. Also Tötung aus niedrigen Motiven (zum Beispiel Rachsucht), nicht Totschlag im Affekt.

Der Fall Brunner hatte voriges Jahr die Gemüter in ganz Deutschland bewegt, weil Brunner sich schützend vor vier Kinder gestellt hatte, von denen die drei arbeitslosen Gewalttäter unter Androhung von Gewalt Geld verlangten. Eines der Opfer hatte sich geweigert, sein Geld herauszugeben und war bereits brutal geschlagen worden.

Die Empörung über die blutige Gewalttat auf dem S-Bahnhof Solln war allgemein, neu war der allgemeine öffentliche Zuspruch für Dominik Brunner. Der eben nicht, wie andere Erwachsene bei Raubüberfällen auf Kinder, die täglich in allen Großstädten Deutschlands am hellichten Tag passieren, weggeschaut, sondern der sich schützend vor sie gestellt und die Polizei mit seinem Handy alarmiert hatte.

Er hatte also genau das getan, was ständig von Politikern und allen Massenmedien gefordert wird: Nicht wegschauen, wo Gewalt angewendet wird, sondern Hilfe herbeirufen und eingreifen, wozu einige Zivilcourage und auch physischer Mut gehört.

Aus dem Mord wird plötzlich Totschlag

Doch die Zustimmung für den 50-jährigen Unternehmer, der bald als ein Held der Zivilcourage gefeiert und nach dem sogar in Dietzenbach ein Platz benannt wurde, hielt nicht an. Kurz nach der Eröffnung des Gerichtsverfahrens gegen die Angeklagten – mit dem 80-jährigen Vater des Ermordeten als Nebenkläger – schlug die Stimmung in der linksliberalen Presse um, und es ist für mich kein Zufall, dass ausgerechnet „Stern“ und „Spiegel“ sowie einige Reporter von Rundfunkanstalten daran beteiligt waren, den an sich klaren Mordfall in einer hintergründig-verschleiernden Weise schrittweise in Richtung „Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuldig“ umzukehren.

Man muss sich dazu einmal vor Augen führen, was an diesem einem Nachmittag am S-Bahnhof Solln geschah und wie die Neukonstruktion der Verteidiger in den Medien gesehen wird. Da gibt es inzwischen sehr viel „gutmenschliches“ Verständnis für die Täter. Achselzucken gegenüber den Opfern.

Schon beim Überfall zweier gewalttätiger (ausländischer) Jugendlicher auf einen 77-jährigen Pensionär, der in der Münchner U-Bahn schwer verletzt wurde und noch immer an den Folgen leidet, war die Sympathie zum Teil auf Seiten der Gewalttäter. Weil er die Jugendlichen darauf hingewiesen hatte, dass in der U-Bahn Rauchverbot herrscht, wurde er daraufhin mit den Worten „Scheißdeutscher“ fast totgeprügelt. Dazu hieß es in einigen linken Medien, der ehemalige Lehrer hätte die Schläger durch seine Äußerungen provoziert. Selber schuld, schienen die Genossen Journalisten zu meinen. Er hätte nur den Mund halten müssen, dann wäre ihm nichts passiert!

Genau das hatte Brunner nun nicht getan. Sehr wahrscheinlich, dass er von der sprunghaft ansteigenden Zahl von Gewalt-Überfällen gehört und gelesen hatte. Nun wurde er Zeuge eines solchen Überfalls am helllichten Tage, im Szene-Jargon verniedlichend „Abziehen“ genannt.

Abziehen, das ist nichts weiter als Straßenraub: Kohle raus, sonst gibt's was auf die Fresse! Einer der überfallenen Jungen hatte sich geweigert, sein Geld herauszugeben, und war schon brutal geschlagen worden, als Brunner eingriff und die Flucht der Kinder in Solln ermöglichte. Die angetrunkenen, mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraften Schläger sannen auf Rache: Den machen wir fertig. Hier beginnt der Vorsatz, sagt die Anklage. Einer der drei Kleinkriminellen stieg übrigens aus. Er fuhr mit der U-Bahn zu seiner Oma. Geld „abziehen“.

Die beiden anderen gingen auf Brunner los. Einer von ihnen, der zur Tatzeit bereits volljährige Markus S., richtete seinen Schlüsselbund als Schlagring her, was verheerende Verletzungen beim Angegriffenen verursachte. Dann stürmten sie gemeinsam auf Dominik Brunner los.

Was dann geschah, schildert einer der beiden Angeklagten, die wie Mamis Lieblinge brav und reumütig vor Gericht erschienen, etwa so: „Der Typ versetzte mir einen Faustschlag ins Gesicht. Es tat verdammt weh. Da rastete ich aus.“ Also kein Mord, sondern Totschlag aus Wut? Da kommt auf der linken Seite Verständnis auf. Denn Wutanfälle liebt man seit 1967/68. Was lange währt, wird endlich Wut! Vielleicht trug zur Sympathie der Journalisten auch bei, dass der vielfach vorbestrafte Schläger in einem Internet-Forum auf die Frage, was er am liebsten tun möchte, antwortete: „Ein Bullen-Revier in die Luft jagen!“ Kommt uns das nicht bekannt vor?

Medien werben um Verständnis für die gepeinigten Täter

Die Sympathie für die Angeklagten ist noch vorsichtig. Aber langsam lässt sich die Verteidigungslinie des Anwalts und der ihn unterstützenden Presse klarer erkennen: Schwere Jugend. Keinen Bock auf Schule. Arbeitslos. Frustriert. Aus Frust jeden Abend betrunken. „Und dann kommt so'n Arsch und macht uns an. Den machen wir alle.“ Von zwei Seiten schlagen sie immer wieder auf Brunner ein. Auch noch, als der bereits blutend und hilflos am Boden liegt. Sie hatten eben Wut. Sollen wir Verständnis haben für die Mörder?

Bald werden die Verteidiger und ihre linken Freunde Umstände finden, die für eine milde Strafe und vorzeitige Haftentlassung der Schläger sprechen, und werden alles dafür tun, dass sie bald wieder frei unter uns herumlaufen. Und mit ihnen zehntausend andere Jugendliche, die an unseren Schulen heranwachsen. In München, in Köln und in Berlin.

Wenn sie alle Lehrer verprügelt, alle Schulstunden geschwänzt, alle Ausbildungen geschmissen haben, gehen sie voller Wut über das „ihnen angetane Unrecht“, wir würden sagen, aus Langeweile, auf die Straße. In Berlin, in Köln, in München. Und schlagen zu.

Und wenn sie trotz einer Riesenliste von schweren Körperverletzungen, Diebstahl, Raub und Erpressung doch einmal vor Gericht geraten, steht eine ganze Garde von Anwälten, Beratern und Betreuern bereit, den ihre Mitbürger tot oder zum Krüppel schlagenden Tätern zu helfen, ihnen beizustehen und drohende Strafen zu verhindern oder abzumildern.

„Eine Summe von Zufällen ändert den Weltgeist“, sagt Hegel. Einfacher sagt es eine sehr alte Volksweisheit aus dem ausgehenden Mittelalter: „Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht.“

Es gibt keine Brunnen mehr, aus denen wir das Wasser mit Eimern oder Krügen schöpfen müssen, ebenso kein Fass, das plötzlich überlaufen kann. Brunnen und Fässer gibt es nur noch in alten Bildern und Märchen. Aber die Warnung, die in dem alten Sprichwort steckt, gibt es noch: Genug ist genug. Der Überfall auf Dominik Brunner war nur einer von tausenden. Aber er war einer zu viel. Nach Erwachsenenstrafrecht müsste Markus S. wegen Mordes verurteilt werden, lebenslänglich ins Gefängnis.

Das sind wir Dominik Brunner schuldig.

Besuchen Sie Klaus R. Röhl auf seiner Internetseite www.klausrainerroehl.de

Bunte Vielfalt ist noch keine Integration

In Istanbul, der Europäischen Kulturhauptstadt 2010, werden Gegensätze zwischen Ost und West deutlich

Istanbul, das alte Konstantinopel, ist eine der Europäischen Kulturhauptstädte 2010. Gebaut an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien vermittelt Istanbul überraschende Gegensätze von Orient und Okzident, von West und Ost.

Anders als im Ruhrpott, der sich in diesem Jahr neben Fünfkirchen (Pécs) ebenfalls mit diesem Titel schmücken darf, fällt es dem Touristen in der Metropole am Bosporus leichter, die „Kultur“ zu entdecken. Genauer gesagt, die verschiedenen und gegensätzlichen Kulturen. Das liegt zum einen an der Geschichte dieser Stadt. Über 1000 Jahre regierten hier die christlich-orthodoxen Kaiser und prägten die byzantinische Kultur. Sie wurden 1454 von den Herrschern des Osmanischen Reiches weitgehend

Eine Million christlicher Griechen vertrieben

unblutig abgelöst. Erst vor knapp 90 Jahren gelangten die „Jungtürken“ unter Kemal Atatürk an die Macht und vertrieben sofort und brutal über eine Million christlicher Griechen aus dem Land. Seitdem zeigen sich diese sogenannten Laizisten intolerant gegenüber allen nationalen Minderheiten und nicht-islamischen Religionen.

So wird die Zahl der Christen in diesem Stammland des Christentums Jahr für Jahr geringer. Über 2500 Moscheen stehen allein in Istanbul, aber nur noch 40 Kirchen. 98 Prozent der Bevölkerung sollen, offiziellen Statistiken zufolge, zur muslimischen Religion gehören. Ob man daher heute in Istanbul von einer gelungenen Integration von westlicher und östlicher Kultur, von Christentum und Islam sprechen kann, bleibt zweifelhaft. Obwohl der Tourist auf die Reste christlicher Kultur trifft, wohnt der Patriarch von Konstantinopel, einst eine ähnlich bedeutungsvolle Person wie der katholische Papst in Rom, in einem kleinen Haus und darf sich noch nicht einmal im Ornat auf der Straße zeigen. Schon das öffentliche Tragen von Kreuzen ist verboten; Kopftücher und Schleier tragende Frauen sind von den Behörden zumindest geduldet. Um die Ansicht der Behörden kümmern sich freilich die Istanbuler schon aus Tradition recht wenig. Junge Frauen gehen ab Ende Februar leichtbekleidet umher und zeigen viel Haut. Die Stadtschönheiten zeigen sich im gediegenen Viertel Nisantasi, wo neuerdings Gucci- und Tod's-Boutiquen, Bulthaupt-Küchenstudios und Bang & Olufsen-Showrooms zu besichtigen sind. Die Istanbuler haben übrigens Übung darin, die Anweisungen der Behörden zu missachten. Schon im 17. Jahrhundert ließen sie sich nicht vom Rauchen abhalten, obwohl Sultan Murad IV. den Rauchern mit dem Galgen drohte. So findet auch das seit 2009 geltende Rauchverbot in Lokalen wenig Beachtung.

Dass das feingemachte Istanbul bei betuchten Reiselustigen hoch im Kurs steht, liegt aber nicht nur an seinen Boutiquen. Die „New York Times“ setzte die Stadt wegen der florierenden Kunstszene auf ihre diesjährige Liste der beliebtesten Orte. Tatsächlich melden die Galeristen einen regelrechten Ansturm ausländischer Sammler auf zeitgenössische türkische Malerei.

Auch Orhan Pamuk, Nobelpreisträger und derzeit wohl bekanntester Istanbuler, trägt zum Ruhm seiner Heimatstadt bei. Er verbrachte seine Kindheit in Nisantasi. Seine bourgeoise Großfamilie belegte alle fünf Stockwerke eines weitläufigen Anwesens. Heute allerdings könnte sich selbst ein Nobelpreisträger dort kaum mehr eine Immobilie kaufen, denn seit Jahren explodieren die Preise in Istanbul.

Fast jeder der sieben Millionen jährlichen Touristen beschreibt die orientalische Dimension dieser Stadt als faszinierend. Ähnlich wie im libanesischen Beirut oder dem syrischen Damaskus schlägt dem Besucher das volle Leben des Orients, die Welt der Basare und des Feilschens entgegen. So mischen sich Sprachen, Völker, Künste und Mentalitäten in reicher Form. Daraus entsteht zwar kein Zusammenleben von östlicher und westlicher Kultur, aber wohl ein größeres Miteinander als anderswo auf der Welt. Istanbuls kulturelle Vielfalt basiert letztendlich auf der sprachlichen Vielfalt von diversen Nationen, welche die Stadt seit Jahrhunderten bewohnen. Noch vor 40 oder 50 Jahren war dies wesentlich ausgeprägter als heute. Im Stadtteil Kuledibi, das früher ein ausschließlich jüdisches Viertel war, hörte man damals neben Türkisch fast nur das Ladino, die Mundart der Sepharden. Im Stadtteil Kurtulus sprach man außer Türkisch überwiegend Griechisch und zum Teil auch Armenisch. Auch Fener auf der anderen Seite des Bosporus, wo das Ökumenische Patriarchat seinen Sitz hat, war ein griechisches Quartier. Dagegen galten Samatya oder Bakirköy als griechisch-armenische Stadtteile. Als Schmelztiegel dieses Sprachgewirrs gilt seit jeher die Istiklal Straße, die zentrale Einkaufsstraße und Promenade im Stadtteil Beyoglu. Doch damit ist es weitgehend vorbei. Die 13-Millionen-Metropole ist zwar immer noch ungemein vielfältig, aber eben auch „monokulturell“ türkisch.

Wie ein glitzerndes Band schlängelt sich der Bosporus durch die Stadt und lockert so die Betonwüste der Metropole auf. Die Meerenge zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer gibt der Stadt Flair und Weite. Die Schiffstour über den Bosporus gilt für Touristen und Einheimische gleichermaßen als Höhepunkt eines Besuches oder entspannende Unterbrechung des Arbeitslebens. Schwierigkeiten haben die Stadtväter allerdings mit der Fertigstellung des Bosporus-Tunnels. Dort liegen tonnenweise antike Steine im Weg. So gerät das Tunnel-Projekt, das die immense Verkehrsnot der rasch weiterwachsenden Metropole lindern würde, immer wieder ins Stocken. Beim Tiefbau stieß man auf eine ganze byzantinische Hafenanlage samt kompletten Schiffen und Frachtladungen. Diese kulturellen Schätze müssen nun erst einmal geborgen werden. *Hinrich E. Bues*



Istanbul: Die Hagia Sophia war einst eine byzantinische Kirche, ab 1453 Moschee, jetzt ist sie ein Museum, in dem byzantinische und osmanische Kunst zu sehen ist. Bild: Newsfox

IN KÜRZE

Barlach und Kollwitz

In den Kirchen der Stadt Ratzeburg werden bis zum 29. August Werke von Käthe Kollwitz (1867–1945) und Ernst Barlach (1870–1938) gezeigt. Zu sehen sind Arbeiten zweier Künstler, die oft miteinander verglichen werden, manches Mal sogar verwechselt. Vieles, was sie schufen – Zeichnungen, Drukkgraphik und Plastiken – weist Gemeinsamkeiten auf. Und doch ist jeder seinen eigenen Weg gegangen. Anders als Barlach, der 1906 auf seiner Reise nach Russland dem Elend der Bevölkerung begegnete und dadurch zu seinen Arbeiten angeregt wurde, hat die Königsbergerin Käthe Kollwitz durch eigenes Leid wie den Tod des Sohnes Peter im Ersten Welt-

Werke im Zwiegespräch

krieg und durch die Eindrücke, die sie als Frau des Armenarztes Hans Kollwitz in Berlin erhielt, wesentliche Impulse für ihr Schaffen erhalten. Sie stand mitten im Leben, während Barlach eher als der Künstler gilt, welcher der Welt entsagte. So sind denn auch seine Arbeiten mehr ein Sinnbild für die Situation der Menschen, zeigen sie Gottsucher und Wahrheitsverkünder. Gemeinsam aber ist den Werken beider Künstler der Kampf gegen alles Unmenschliche.

In den drei Kirchen der Stadt Ratzeburg geben 150 Exponate nicht nur einen umfassenden Überblick über das Werk beider Künstler, sondern spiegeln den inhaltlichen Dialog zwischen diesen herausragenden deutschen Künstlerpersönlichkeiten in die Gegenwart. Die Arbeiten beider Künstler widersprechen einander nicht, sondern ergänzen und erweitern sich gegenseitig und berühren den Betrachter heute nach wie vor. *os*

Er fand den Schädel von Immanuel Kant

Der Maler Johannes Heydeck interessierte sich auch für Anthropologie und Vorgeschichte – Er starb vor 100 Jahren

Wie kaum ein anderer Künstler seiner Zeit wurde Johannes Heydeck von allen Seiten unterschiedlich beurteilt. Lovis Corinth schrieb über den Maler und Hochschulprofessor in seinen Lebenserinnerungen abfällig: „Ein jüngerer war der Professor Heydeck. Er korrigierte in der Gipsklasse und in der Modellklasse, sonst Malschule genannt. Heydeck war ein naiver Streber… Er hatte die Tochter des Direktors Rosenfelder geheiratet und Kraft dieses Nepotismus hatte er die Würde des Inspektors bekommen, mit welchem Amt eine prachtvolle, schöne Wohnung mit Garten und allem möglichen Zubehör verbunden war. Er lehrte außer den Korrekturen in den beiden Ateliers die Perspektive. Dieses Studium der Perspektive war ein sehr wichtiges Fach, denn die Akademie hatte nebenbei das Recht, die Reife für das Zeichenlehrerfach auszugeben…“ Der Kunsthistoriker Anton Ulbrich hingegen nennt Johannes Heydeck in seiner „Kunstgeschichte Ostpreußens“ (1932) eine der „vielseitigsten Naturen“ in der damaligen Königsberger Kunstszene. Heute allerdings ist der Name des vor 175 Jahren geborenen Künstlers längst vergessen.

Das Licht der Welt erblickte Heydeck am 2. Juli 1835 als Sohn des Lehrers Christian Wilhelm Heydeck in Sakuten bei Prökuls im Memelland. Bei Karl Ludwig Rosenfelder studierte er an der Königsberger Kunstakademie. 1866 heiratete er dessen Tochter Emma. Drei Jahre später wurde Heydeck selbst zum Professor ernannt. Der Kunsthistoriker Günther Krüger schildert in seiner Geschichte der Königsberger Kunstakademie diese Zeit anschaulich (Prussia-Schriftenreihe, Nr. 11, 1982): „Der Lehrer für Perspektive und Architektur, Hermann Gemmel, erkrankte gegen Jahresende 1867 so schwer, dass er seinem Dienst nicht mehr nachgehen konnte. Nach seinem Tode beschäftigte sich am 23. April 1868 die Lehrerkonferenz mit der Nachfolge. Für diese lagen Bewerbungen vor von Otto Brausewetter, Johannes Heydeck, Max Seemann und Hugo Knorr. In dem Protokoll steht zu lesen, dass eine 25-jährige Erfahrung gezeigt habe, es käme auf praktischen und erfolgreichen Unterricht an; ein ausgebildeter Architekturmaler sei daher nicht erforderlich. Vielmehr sei es für die Akademie wichtig, einen tüchtigen künstlerisch durchgebildeten Historien- und Genremaler als Lehrkraft zu gewinnen, der die Akademie auch als Künstler würdig vertreten könne. So wurde Johannes Heydeck gewählt, der auf diese Weise als Schüler Rosenfelders direkt zum Lehrer aufrückte.“

Als Rosenfelder 1874 seinen Abschied einreichte und somit die Position eines Direktors der Königsberger Kunstakademie frei wurde, geriet auch Heydeck in den Machtkampf um diesen Posten. – Nach einer Periode des Stillstandes, wie Eduard Anderson die Zeit zwischen 1874 und 1880 unter dem stellvertretenden Direktor Max Schmidt bezeichnete, wurde dann Karl Steffeck zum Direktor der Akademie berufen.

Als Künstler widmete sich Heydeck vor allem religiösen und geschichtlichen Themen. So fand sich eine Arbeit „Homer und David“ in der Aula der Königsberger Universität, sein bekanntes Werk „Königin Luise auf der Flucht von Königsberg nach Memel im Januar 1807“ im Kreishaus Fischhausen und Bilder aus der Odyssee, die er gemeinsam mit Max Schmidt und Emil Neide (einem der ersten Lehrer von Käthe Kollwitz) geschaffen hat, im Gymnasium Insterburg. Darüber hinaus schuf er Altarbilder für die Sackheimer und die Haberberger Kirche in Königsberg. Von ihm geschaffene Porträts, darunter eines von Immanuel Kant, waren im Stadtgeschichtlichen Museum zu sehen. Johannes Heydeck war Mitglied der Berliner Akademie der Künste und interessierte sich neben der Malerei sehr für den Erhalt ostpreußischer Kunstdenkmäler. Auch engagierte er sich in der Altertumsgesellschaft „Prussia“. Durch zahlreiche Ausgrabungen und Fundberichte leistete er der Wissenschaft bedeutende Dienste, so dass die philosophische Fakultät in Königsberg ihm den Dr. phil. h. c. verlieh.

Im Alter verlegte er sich auf Orgelbau

Eine Kreidezeichnung Heydecks zeigt den Künstler während der Ausgrabung der Gebeine des großen Philosophen Immanuel Kant. Heydeck, in der Grube, reicht dem Kantforscher Emil Arnoldt den Schädel des Weltweisen. Links von ihm, oberhalb der Grube gebückt stehend, Karl Ludwig Rosenfelder. Heinrich Spiero, in Berlin lebender Kunstfreund aus Königsberg, schrieb 1929 in seinen Erinnerungen „Schicksal und Anteil“: „Heydeck, einst der Zeichenlehrer meiner Mutter, war ein guter Bekannter unseres Hauses, ein origineller Mann, der sich im Alter auf den Orgelbau legte. Wir sprachen alle sehr ostpreußisch, dennoch fiel selbst uns seine breite Mundart auf. Heydecks zweite, mit reicher wissenschaftlicher Ausbeute betriebene Liebhaberei war Anthropologie und Vorgeschichte. Er machte fortwährend glückliche Gräberfunde, und ihm gelang die Auffindung von Kants Schädel in der Gruft hinter dem Dome. Der Augenblick, wie er, hemdsärmelig, halben Leibes in der Erde, mit ehrfürchtiger Behutsamkeit den Schädel zu den Freunden empor reicht, ist in einem der Gesellschaft der Freunde Kants gehörigen Bilde festgehalten worden.“ Johannes Heydeck, der Verkannte und heute Vergessene, starb vor 100 Jahren am 6. August 1910 in Königsberg. Seine Werke werden im Krieg untergegangen sein. Manches wird sich vielleicht noch in russischen Depots befinden. *Silke Osman*



Johannes Heydeck: Königin Luise auf der Flucht von Königsberg nach Memel im Januar 1807 Bild: Archiv

Erstes Großkampfschiff im Mittelmeer

Vor dem Ersten Weltkrieg lagen drei Großmächte im Wettstreit um die Vorherrschaft im Mittelmeer: Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn. Am 3. Dezember 1906 stellte die Royal Navy mit der „Dreadnought“ das weltweit erste Großkampfschiff in Dienst. Das entwertete mit einem Schlag alle anderen Linienschiffe. Die Reaktionen der Mittelmeeranlieger fielen sehr unterschiedlich aus. Frankreich wäre industriell in der Lage gewesen, dem britischen Vorgehen sofort zu folgen. Aber das Land zögerte aufgrund der „Jeune Ecole“ (Junge Schule), die auf kleinere Einheiten setzte. Erst im Herbst 1910 begann es mit dem Bau von Großkampfschiffen. In Italien entschloss man sich schon 1907, Großkampfschiffe zu bauen, konnte aber aus industriellen Gründen erst 1909 die „Dante Alighieri“ auf Stapel legen.

Wollte das Habsburgerreich nicht ins Hintertreffen geraten, musste es ebenfalls handeln. Das k.u.k. Parlament ging jedoch 1910 auseinander, ohne den Bau von Großkampfschiffen bewilligt zu haben. Der Kommandant der k.u.k. Marinesektion Admiral Rudolf Graf von Montecuccoli erteilte daraufhin auf eigene Verantwortung der Werft STT in Triest zwei Bauaufträge für Großkampfschiffe. Tatsächlich bewilligte das Parlament bei seinem nächsten Zusammentreten sogar vier.

Vor 100 Jahren, am 24. Juli 1910, wurde mit dem Bau des ersten Schiffes, das später den Namen „Viribus Unitis“ erhielt, begonnen. Der Bau schritt ungewöhnlich rasch voran. Schon nach elf Monaten konnte der Stapellauf erfolgen. Im Sommer 1912 war der Ausbau der „Viribus Unitis“ soweit vorangekommen, dass im August 1912 mit den ersten Probefahrten begonnen werden konnte. Am 5. Dezember 1912 wurde sie in Dienst gestellt.



„Viribus Unitis“ Bild: Wikipedia

Damit war die Donaumonarchie die erste Seemacht im Mittelmeer, die über ein Großkampfschiff verfügte. Die italienische „Dante Alighieri“ war zwar schon am 6. Juni 1909 auf Stapel gelegt worden, konnte aber erst am 15. Januar 1913 in Fahrt gebracht werden. Der österreich-ungarische Vorsprung wurde am 14. Juli 1913 wieder hergestellt, denn mit der Indienststellung der „Tegetthoff“ besaß die k.u.k. Marine nun zwei Großkampfschiffe. Diesen Vorsprung konnte die Doppelmonarchie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges halten. 1915 aber konnte Rom gleich drei weitere Großkampfschiffe in Fahrt bringen, Wien jedoch nur eines. In der Gewissheit dieser zahlenmäßigen Überlegenheit erklärte Italien Österreich-Ungarn im selben Jahr den Krieg, obwohl es eigentlich mit den Mittelmächten verbündet war. Im Krieg wurden die Großkampfschiffe nach Art einer „Fleet in being“ defensiv eingesetzt. Und trotzdem überstand die „Viribus Unitis“ den Waffengang nicht. Am 1. November 1918, dem letzten Kriegstag für die k.u.k. Marine, wurde sie von zwei italienischen Agenten im Hafen von Pola gesprengt. *Klaus Gröbig*

Der Verfasser dieses Artikels ist Autor des Heftes über die „Viribus Unitis“, das aus Anlass des 100. Jubiläums in der Reihe „Schiffe – Menschen – Schicksale“ erschien.

Mythos und Herrschaftsinstrument

In Nürnberg und Berlin ist noch bis Herbst Europas größte Burgenausstellung zu sehen

Burgen, Ritter, Turniere und Belagerungen prägen unser Bild des Mittelalters. Eine Doppelausstellung im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg („Mythos Burg“) und im Deutschen Historischen Museum in Berlin („Burg und Herrschaft“), die größte europäische Burgenausstellung überhaupt, zeigt erstmals umfassend die über 1000-jährige Geschichte der Burg zwischen Adelswohnsitz, Herrschaftssymbol und Ausflugsziel.

Jeder kennt sie von klein auf aus Märchen, Sagen und als Spielzeug: die Burg. Und so beginnt die große Burgen-Schau in Nürnberg folgerichtig mit zwei Ritterburgen von Playmobil. Unter dem Titel „Mythos Burg“ verfolgt die Ausstellung mit weit über 600 Exponaten die mitteleuropäische Kulturgeschichte des befestigten Wohnsitzes vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Dramatischer ist der Auftakt der in Berlin gezeigten Schau „Burg und Herrschaft“: Zwei Harnische, von denen einer zu Boden gegangen ist, erwecken den Eindruck eines ritterlichen Zweikampfes. Mehr als 600 Objekte aus dem 5. bis 16. Jahrhundert erzählen vom Burgleben, der militärischen Rolle der Burg und ihrer Bedeutung für die Herrschaftsausübung.

Die Grundaussage der Berliner Schau lautet: „Die Burg ist der Nagel, mit dem die Herrschaft in einer Region befestigt wird.“ Die befestigten Wohnsitze waren bis zum 16. Jahrhundert fast 1000 Jahre lang als Verwaltungsmittelpunkte, Gutshöfe, Wehrbauten und repräsentative Wohnsitze die Zentren politischer und wirtschaftlicher Macht. Ursprünglich war Burgenbau Königsrecht. Doch mit der als Faksimile gezeigten Urkunde „Statutum in favorem principum“ (1231) gestanden Kaiser Friedrich II. und sein Sohn König Heinrich (VII.) offiziell auch den Fürsten das allerdings schon zuvor von ihnen praktizierte Recht zum Burgenbau zu. Ebenso ließen es sich kleinere Herren und die dem niederen Adel angehörenden Ritter nicht nehmen, befestigte Wohnsitze zu errichten.

Ein enormes Waffenarsenal führt uns die Gewaltbereitschaft der alten Rittersleut vor Augen. Dabei sahen sie sich in der Nachfolge des durch eine Holzskulptur aus dem späten 14. Jahrhundert vertretenen Drachentöters Georg als Kämpfer für das Christentum. Wie kein Zweiter verkörperte dieser das Böse besiegende Heilige die ritterlichen Tugenden. Mit dem Ritterschlag verpflichteten sie sich, ihrem Lehnsherren treu zu dienen, für Glauben und Kirche zu kämpfen, Witwen und Waisen, Schwache und Arme zu schützen. Rund um die Krone der Maria von Luxemburg aus der Zeit um 1350 bis 1370 erzählt die Schau von Burgleben, edlem Minnedienst und mannhaften Ritterturnieren, die freilich auch einen handfesten wirtschaftlichen Nutzen hatten: Der Sieger nahm dem Unterlegenen Waffen, Rüstung und Pferd ab und ließ ihn erst nach Zahlung eines Lösegeldes laufen.

Recht drastisch endet die Ausstellung mit dem Niedergang des Rittertums. Umzingelt von vier Feuerbüchsen aus dem 15. und frühen 16. Jahrhundert, die es aber erst auf zwei Schuss pro Stunde brachten, krümmt sich ein Harnisch auf dem Boden. Gemeinhin wird angenommen, dass das Aufkommen schwerer Feuerwaffen auch zum Niedergang der Burgen geführt habe. An ihre Stelle sollen rein militärische, kasernenartige Festungen und unbefestigte Schlösser getreten sein. Die Nürnberger Schau aber stellt richtig, dass alle vor dem Dreißigjährigen Krieg errichteten Festungen einen fürstlichen Wohnbau im Zentrum hatten. Ebenso wissenswert ist, dass sich noch im Hochmittelalter Burgen und Städte sehr viel ähnlicher als in späterer Zeit waren. „Nicht von ungefähr werden die Städter ‚Bürger‘ genannt, obwohl sie keine Burg in unserem heutigen Sinne bewohnten“, wie der Nürnberger Museumsdirektor G. Ulrich Großmann ausführt. Und im Althochdeutschen bedeutete das Wort „burg“ noch „Stadt“, was zahllose Städtenamen mit der Endung „-burg“ noch reflektieren.

Stehen in der Berliner Schau die realen historischen Gegebenheiten im Blickpunkt, vermittelt uns die Nürnberger Ausstellung einen Einblick in die mythischen Dimensionen von Burgen und Rittertum. Die Mythisierung setzt nicht etwa erst mit der Burgenromantik des 19. Jahrhunderts ein, sondern bereits im Mittelalter. Vom Schönen Brunnen auf dem Nürnberger Hauptmarkt stammt das ausgestellte „Haupt des Königs Artus“, eine Arbeit aus Sandstein aus der Zeit zwischen 1385 und 1392. Der keltisch-britische Sagenkönig wird seit der Literatur des Hochmittelalters zur Idealgestalt ritterlicher Tugenden verklärt.

Neben den bis heute in vielen Neubearbeitungen gern gelesenen Sagen um König Artus und die Ritter seiner Tafelrunde sind es die Burgen selbst, die unsere Fantasie beflügeln. Im 19. Jahrhundert trug insbesondere das preußische Königshaus zur Burgenbegeisterung bei. Ein Aquarell von Carl Ludwig Frommel zeigt uns „Burg Rheinstein bei Gewitter“ (1829-1832). Ihr Wiederaufbau 1823 bis 1829 war der erste einer Burgruine im Rheinland. Elisabeth Crettaz-Stürzel schreibt im Katalog: „Abgesehen von ihrer Bedeutung als politisches Symbol für Preußen, schuf sich der Bauherr Prinz Friedrich von Preußen mit dieser imposant über dem Strom liegenden Burg eine romantische Kulisse für seine imaginierte ritterliche Welt.“

Mehr noch trug König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen als kenntnisreicher Förderer der Architektur und bildenden Kunst zur bis heute anhaltenden Burgenbegeisterung bei. Ein Korkmodell stellt uns Burg Stolzenfels vor, deren Ruine er 1823 von der Stadt Koblenz geschenkt bekommen hatte. Von 1836 bis 1845 ließ er sie nach dem Vorbild englischer neugotischer Schlossarchitektur herrichten. Auch Burg Hohenzollern, den Stammsitz seines Geschlechtes bei Hechingen in Württemberg, ließ Friedrich Wilhelm IV. 1850 bis 1867 im neogotischen Stil wiedererrichten. Dieter Nievergelt berichtet im Katalog: „Bald übernahm das Bauwerk die Rolle als ‚Burg des Deutschen Reiches‘, zu der sie 1871 mit der Krönung Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser auch faktisch wurde.“ Besonders das Bergschloss Hohenzollern hat entscheidend unsere Idealvorstellung vom Aussehen einer Burg mitgeprägt. Das belegt zum Beispiel ein Modellbaubogen, der von der Erstauflage 1892 bis heute ein Verkaufserfolg ist. *Veit-Mario Thiede*



Zerstörung der Burg Krögelstein 1523: Aus dem Bamberger Burgenbuch (1523–27) Bild: Gerald Raab

„Burg und Herrschaft“ ist bis zum 24. Oktober 2010 im Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden 2, Berlin, Telefon (030) 20304444, täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen. „Mythos Burg“ wird bis zum 7. November 2010 im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, Telefon (0911) 13310, mittwochs von 10 bis 21 Uhr und an den anderen Wochentagen mit Ausnahme des Montags von 10 bis 18 Uhr gezeigt. Die beiden Ausstellungskataloge und ein Aufsatzband sind zum Gesamtpreis von 60 Euro im Sandstein Verlag erschienen.

Das Original vom Ballhausplatz

Bruno Kreisky wird nicht nur wegen seiner langen Regierungszeit den Österreichern in Erinnerung bleiben

Originell war er allemal, der Bruno Kreisky, agnostischer Jude und ab 1967 Chef der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ). Besonders fiel das auf, als er in seiner Amtszeit als österreichischer Bundeskanzler (1970–83) den USA und Israel einen Eigensinn entgegensetzte, den er sich wohl nur deshalb leisten konnte, weil er einen kleinen Staat vertrat.

Im September 1973 schloss der am 22. Januar 1911 geborene Wiener ein auf österreichischem Boden entstandenes Transitlager für Juden, die aus dem Ostblock ausgewandert waren, nachdem palästinensische Terroristen einige der Auswanderer in ihre Gewalt gebracht hatten. Auf dem Osloer Kongress der Sozialistischen Internationale vom November 1973, unmittelbar nach dem Jom-Kippur-Krieg, setzte Kreisky sich für die Schaffung eines Palästinenser-Staates ein und forderte eine besondere Rolle Europas zur Lösung des Nahost-Konfliktes. Der müsse mit arabischen Augen betrachtet werden, sagte er.

Ein israel- und US-kritischer Jude

Im März 1974 bereiste er Israel, Ägypten und Syrien auf einer „Fact Finding Mission“ und traf sich mit PLO-Chef Yassir Arafat, der damals noch als Erzterrorist galt. Zwei weitere Touren durch die arabische Welt folgten, auch dem bizarren Muammar al-Gaddafi von Libyen wandte Kreisky sich zu. Solche Treffen fielen auf, auch wenn Kreisky kein anderes Ergebnis nach Hause bringen konnte als die Verkündung des Willens der Araber, dass Israel die besetzten Gebiete (Sinai, Gazastreifen, West Bank, Golanhöhen) räumen solle.

Ägyptens Präsident Anwar El-Sadat kam anschließend gleich dreimal nach Wien, 1978 traf er dort den israelischen Oppositionsführer Schimon Peres. Da begann sich der ägyptisch-israelische Friedensvertrag von 1979 anzubahnen. Im selben Jahr kam auch Arafat, und beide erklärten, dass Israels Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten ein schweres Hindernis für den Frieden sei. Am 19. März 1980 erkannte Österreich als erster westlicher Staat in Europa die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Das trug Kreisky den Vorwurf des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin ein, er sei ein „jüdischer Verräter“.




Bruno Kreisky Bild: Bundesheer

Kreisky hatte in seiner Minderheitsregierung von 1970 vier Minister, die Mitglied der NSDAP gewesen waren, der Landwirtschaftsminister Öllinger noch dazu bei der Waffen-SS. Der sogenannte Nazi-Jäger Simon Wiesenthal nahm daran schweren Anstoß, doch Kreisky hielt stand: „Es ist das unveräußerliche Recht jedes Menschen, seine politischen Ansichten im Lichte der Erfahrung zu überprüfen und auch zu ändern.“ Wiesenthal warf er im Gegenzuge vor, mit der Gestapo kollaboriert zu haben, was ihm gerichtlich und mit Geldstrafe untersagt wurde. Er starb am 29. Juli 1990, ohne sie bezahlt zu haben.

Sein Feind waren die Austrofaschisten

Man kann Kreiskys Nachsichtigkeit gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten zumindest teilweise damit erklären, dass er als junger Funktionär der SPÖ, die damals noch „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP) hieß, von den Austrofaschisten, die das Land von 1934 bis 1938 beherrschten, ins Gefängnis gesteckt worden ist. Die Austrofaschisten waren für ihn daher schlimmer als die Nationalsozialisten, denn die hatten ihn 1938 „nur“ ins Exil geschickt. Er war nach Schweden gegangen, um dort eine liberalisierte Sozialdemokratie kennenzulernen. Die habe er dann, sagte er selbst mit großer Gebärde, in Österreich eins zu eins umgesetzt.

Überhaupt neigte er sehr zur Selbststilisierung. So hat er auch seine Mitwirkung als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten am Zustandekommen des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 kräftig herausgestrichen. Immerhin, Kreisky ist bei diesem für Österreich identitätsstiftenden Ereignis unübersehbar dabei gewesen. Und mit 13 Amtsjahren ist er der am längsten amtierende Bundeskanzler in der Geschichte Österreichs. Allein deshalb schon ist ihm ein Platz im Pantheon der Zweiten Republik sicher. *Bernd Rill*

»Fakten, Fakten, Fakten« über Erich Koch?

Neue Biographie über den Gauleiter und Reichskommissar von »Focus« Redakteur Armin Fuhrer und Heinz Schön

Nachdem bereits von zwei Historikern wissenschaftliche Darstellungen des Lebens und Wirkens Erich Kochs erschienen sind, legt nun der „Focus"-Redakteur Armin Fuhrer eine kurzgefasste Darstellung vor, die allerdings nicht frei ist von Oberflächlichkeit und unbewiesenen Pauschalurteilen. Welche Teile des Manuskripts vom Co-Autoren Heinz Schön stammen, ist nicht erkennbar.

Ältere Ostpreußen werden sich noch an den Gauleiter Erich Koch erinnern, der bei vielen einen denkbar schlechten Ruf hat, weil er, als die Rote Armee sich den Grenzen Ostpreußens näherte, die rechtzeitige Räumung der Provinz verboten hat, so dass dann nur noch die Flucht – vielfach unter chaotischen Umständen – übrig blieb.

Der 1896 in Elberfeld in einer bürgerlichen Familie geborene Koch wurde offenbar durch den Ersten Weltkrieg und die Wirren des Nachkrieges aus der Bahn geworfen. Als junger Soldat kämpfte er in Russland und half in den Reihen des Freikorps „Brigade Ehrhardt", polnische Einfälle in Oberschlesien abzuwehren. Danach kehrte er in den erlernten Beruf bei der Deutschen Reichsbahn zurück, die sich aber von ihm trennte, als er mit anderen in seiner Heimatstadt eine Ortsgruppe der NSDAP gründete und für seine politische Tätigkeit mehr Zeit und Engagement aufbrachte als für seinen Beruf. Durch seine Tatkraft und sein Redetalent fiel er der Parteiführung auf, die ihn 1928 zum Gauleiter in Ostpreußen bestimmte. Unter seiner Leitung wurden aus den anfangs nur 200 Mitgliedern innerhalb von vier Jahren über 27 000, die 1933 bei der allerdings nicht mehr ganz freien Reichstagswahl im März über 56 Prozent der Stimmen gewannen.

Nach dem Regimewechsel im Januar 1933 ernannte Hitler Erich Koch zum Oberpräsidenten in Ostpreußen, wodurch ihm eine enorme Macht zuwuchs, die er teilweise exzessiv ausnutzte. Dabei, so schildert Fuhrer ihn, bot er keineswegs das ideologische Bild, das man heute gern führenden Nationalsozialisten zuschreibt. Bereits in seiner Jugend war er in der evangelischen Kirche aktiv und blieb ihr eine enge Bindung an die Kirche auch bei. So verband ihn eine Freundschaft mit dem Reichsbischof Ludwig Müller, und in den Streitereien zwischen Bekennender Kirche und Deutschen Christen bemühte er sich um Vermittlung. Auch machte er nie einen Hehl daraus, dass er sich zum linken Flügel der NSDAP unter den Gebrüdern Strasser zählte, was ihm offenbar keinen Nachteil brachte. Vom Antisemitismus hielt er zu diesem Zeitpunkt noch ebenso wenig wie von der gesamten Rassentheorie. Ihm schwebte eine Allianz zwischen germanischen und slawischen Völkern, den „jungen Völkern", wie er sie sah, vor.

Koch entwickelte zahlreiche Initiativen, um die Wirtschaft in Ostpreußen zu beleben. Dabei lag ihm die Förderung des Mittelstandes besonders am Herzen, jedoch vernachlässigte er auch nicht seine persönlichen Vorteile, was ihm bald den Ruf des Bonzentums einbrachte. Immerhin aber schien er bei der Belebung der ostpreußischen Wirtschaft erfolgreich gewesen zu sein, wobei er sich nicht selten auf die Ideen des „Königsberger Kreises" junger Intellektueller stützte. Fuhrer bescheinigt ihm, er sei „ernsthaft bestrebt gewesen, die heimische Wirtschaft zu fördern". Dabei rührte er kräftig die Propagandatrommel, um sich ins rechte Licht zu setzen. Nicht selten vermischte er die Interessen und Belange des Staates mit denen der Partei. Eine von ihm gegründete „Erich-Koch-Stiftung" sollte notleidende Firmen zusammenführen, doch missbrauchte er sie auch, um sich persönlich zu bereichern.

Allgemein wurde und wird Koch Ideenreichtum, Durchsetzungsfähigkeit, Tatkraft, aber auch Herrschsucht und Hemdsärmeligkeit bescheinigt. Weil er gern seine Kompetenzen überschritt, kam es zu Auseinandersetzungen mit der SS, die ihm Korruption vorwarf, doch wurde Koch immer wieder gedeckt.

Nach dem Polenfeldzug wurde Ostpreußen das seit jeher polnische Gebiet um Ciechanów als „Bezirk Zichenau" angegliedert, später unterstellte Adolf Hitler auch den Bezirk Bialystok der Herrschaft Kochs. Nach dem Kriege beschuldigte ein polnisches Gericht Koch, in jenen Gebieten verantwortlich gewesen zu sein für den Tod von 102 000 Polen und 55 000 bis 65 000 Juden, was Koch bis zuletzt bestritt.

Nachdem die Wehrmacht fast die gesamte Ukraine besetzt hatte, wobei sie von weiten Kreisen der Bevölkerung als Befreier begrüßt worden war, wurde Koch dort am 1. September 1941 als Reichskommissar eingesetzt. Alfred Rosenberg, der als Chefideologe des Nationalsozialismus galt und als Minister für die besetzten Ostgebiete eingesetzt worden war, widersprach heftig den Praktiken Kochs, der mit aller Brutalität die Ukraine wirtschaftlich auspresste und weit davon entfernt war, den Ukrainern die erhoffte Freiheit zu bringen. In dem Machtkampf um die Frage, ob die Ukrainer ähnlich wie Slowaken und Kroaten Verbündete Deutschlands oder ob sie wie Sklaven behandelt werden sollten, obsiegte Koch mit seiner „Katastrophenpolitik", wie ein anderer Gebietskommissar gewarnt hatte.



Begegnung im Führerhauptquartier Werwolf am 20. August 1942: Adolf Hitler und Erich Koch (Mitte) mit Martin Bormann (links) und Julius Schaub (rechts)

Bild: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Als die Ukraine verloren ging, kehrte Koch im Herbst 1944 nach Ostpreußen zurück, wo er mit untauglichen Mitteln den Widerstand gegen die anbrandende Rote Armee organisieren wollte. Er verbot unter Verkennung der Situation die Evakuierung der Zivilbevölkerung, bis es zu spät war für eine einigermaßen geregelte Zurückführung. Hitler gegenüber markierte er den tapferen Verteidiger seiner Gauhauptstadt Königsberg, während er längst in sicherer Entfernung Zuflucht in einem Bunker gesucht hatte. Rechtzeitig floh er mit einem für ihn reservierten Eisbrecher über die Ostsee nach Kopenhagen und Flensburg, wo er sich der neu gebildeten Regierung Dönitz zur Verfügung stellte. Der Großadmiral lehnte ab. Mit falschen Papieren tauchte Koch daraufhin unter und konnte sich im Holsteinischen unter dem Namen eines Majors der Reserve Rolf Berger verborgen halten. Gelegentlich besuchte er seine Frau, die in Lübeck eine Gaststätte betrieb. 1949 wurde er, der sich unvorsichtigerweise zum Versammlungsleiter einer Vertriebenenversammlung hatte wählen lassen, erkannt und zunächst in Bielefeld vor ein Gericht gestellt. Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits das Grundgesetz galt, das die Auslieferung von Deutschen verbietet, wurde er auf britisches Betreiben hin an Polen ausgeliefert.

Erst neun Jahre später begann in Polen die Hauptverhandlung. Nach 77 Verhandlungstagen wurde er zum Tode verurteilt. Sein polnischer Verteidiger hatte auf Freispruch plädiert, da das Gericht keinerlei Beweise für die Verantwortung Kochs für die behaupteten Verbrechen vorgelegt habe. Selbst Fuhrer, der sonst an Koch kein gutes Haar lässt, vertritt die Meinung, dass der Prozess streckenweise ein politischer Schauprozess gewesen sei. Alle Bemühungen Kochs um Auslieferung nach Deutschland, Begnadigung oder ähnliches scheiterten.

Angebliche Memoiren sind verschwunden

Die Bundesregierung betrachtete den Fall Koch als innerpolnische Angelegenheit und entwickelte keine Initiativen. Erst 1957 begann sein Prozess. 1959 wurde er zunächst zum Tode verurteilt, 1960 wurde das Urteil in „lebenslänglich" umgewandelt. Am 12. November 1986 starb der schwer kranke Koch. Er soll, so Fuhrer, seine Memoiren im Gefängnis geschrieben haben. Das Manuskript ist verschwunden.

Hans-Joachim von Leesen

Armin Fuhrer, Heinz Schön: „Erich Koch – Hitlers brauner Zar – Gauleiter von Ostpreußen und Reichskommissar der Ukraine", *Olzog Verlag, München 2010, gebunden, 256 Seiten, 24,90 Euro*

Sonderfall Belgien

Im Versailler Diktat ist die Regelung für Eupen-Malmedy einzigartig

Das Bestreben der Verantwortlichen des Versailler Diktates war es, möglichst viele Nachbarn Deutschlands auf dessen Kosten zu begünstigen, damit möglichst viele Nachbarn daran interessiert waren, es niederzuhalten und an der Befreiung von den Fesseln von Versailles zu hindern. So erhielt wie Dänemark, Polen, die Tschechoslowakei und Frankreich auch Belgien ein Stück Reichsterritorium. Im belgischen Fall war es das zwischen Aachen und Luxemburg gelegene Eupen-Malmedy.

Frankreich und Belgien argumentierten mit Sicherheit und Wiedergutmachung. Angesichts der dem Reich unterstellten Schuld am Ersten Weltkrieg sei es legitim, dieses zu einem (erneuten) Angriff unfähig zu machen und Wiedergutmachung für die Kriegsschäden zu verlangen. Die Ostverschiebung der belgisch-deutschen Grenze würde der Sicherung des Maastales dienen und die Staatsforsten in Eupen-Malmedy wären ein Stück Wiedergutmachung für die von den Deutschen während des Krieges in Belgien gefällten Bäume. So kam das bis dahin deutsche Eupen-Malmedy durch den Versailler Vertrag an Belgien.

Anders als im Falle Elsaß-Lothringens und des polnischen Korridors, wo die Bürger nicht gefragt wurden, aber auch anders als in Nordschleswig und Südostpreußen, wo die Bevölkerung zumindest formal entscheiden durfte, sollte in Eupen-Malmedy das Volk „konsultiert" werden. Nach dieser „Konsultation" sollte dann der Völkerbund ein Urteil über den Verbleib bei Belgien oder die Rückgliederung an Deutschland fällen.

Volksbefragung ohne Wahlgeheimnis

Diese „consultation populaire" war schon deshalb eine scheindemokratische Farce, weil das Wahlgeheimnis nicht gewahrt war. Wer gegen die belgische Annexion stimmen wollte, konnte dieses nämlich nur in der Form tun, dass es sich in öffentlich ausliegende Listen eintrug. Wer dieses tat, musste mehr als mutig sein, denn während des Ausliegens der Listen übernahm nicht etwa wie während der ostpreußischen oder schleswig-holsteinischen Abstimmungen eine interalliierte Kommission die Regierungsgewalt, sie verblieb vielmehr bei den Belgiern und die belgische Staatsmacht gab den schlimmsten Gerüchten Nahrung, was jemandem drohte, wenn er gegen sie durch seine Unterschrift Partei ergriff. So gehörten zu den wenigen Mutigen denn auch vornehmlich Beamte, die Versetzungen gewohnt und entsprechend wenig ortsgebunden waren. Für die ortsansässige Bevölkerung mit eigenem Hof war der drohende Landesverweis hingegen eine Katastrophe.

Entsprechend fiel das Ergebnis aus. Von den 33 726 Stimmberechtigten Eupen-Malmedys haben zwischen dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 und der Schließung der Protestlisten am 23. Juli des Jahres nur 271 sich in die Liste eingetragen. Der Völkerbund hinterfragte diese Zahlen nicht, sondern interpretierte sie vielmehr als nachträgliche Legitimierung der belgischen Annexion. So ist Eupen-Malmedy heute noch belgisch. *Manuel Ruoff*

Erklärung gesucht

Fachtagung in Neustrelitz zu Königin Luises Popularität

In Neustrelitz ist eine wissenschaftliche Fachtagung der Frage nachgegangen, weshalb Königin Luise sich auch zwei Jahrhunderte nach ihrem Tod noch außergewöhnlicher Popularität erfreut. Ausrichter der Veranstaltung war die Residenzstadt Neustrelitz in Zusammenarbeit mit der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

Der Königin Namensbase Luise Schorn-Schütte von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität sprach in ihrem Referat von mehreren Phasen der Luisen-Erinnerung. Zum Anfang des 19. Jahrhunderts sei Luise eine Integrationsfigur der patriotischen Bewegung gewesen, bekannt für ein bürgerliches Eheideal ohne die Mätressenwirtschaft des Adels. Die zugewandte Fürsorglichkeit der Königin für ihre Kinder und für ihren Ehegatten, ihre stete Befürwortung des Widerstandes gegen die Maßlosigkeit der napoleonischen Eroberungspolitik und ihre Unterstützung der Reformbewegung hätten Schriftsteller wie Friedrich von Hardenberg (Novalis) oder Heinrich von Kleist eifrig an ihrer Legende wirken lassen.

Mit der Reichsgründung 1871 habe sich die Geschichtsschreibung geändert, was auch Theodor Fontane reichlich verdrossen habe. Luise hätte mehr unter der Phrasenhaftigkeit ihrer Verherrlicher gelitten als unter der Verleumdung ihrer Feinde. Insbesondere Heinrich von Treitschke habe in der



Foto: privat

Mit einem Luisebildnis: Nehring und Schorn-Schütte

Phase der imperialen Memoria die Rolle der Königin als Kaiserinmutter hervorgehoben. Auch sei eine starke antifranzösische Komponente nicht zu übersehen gewesen.

Der in der Weimarer Republik im Jahre 1923 gegründete Luisenbund habe an der antifranzösischen Linie festgehalten und dieses mit der Forderung der Wiederherstellung der deutschen Vorkriegsgrenzen verbunden. Der Luisenbund sei dann 1934 von den Nationalsozialisten aufgelöst worden, da diese keine Konkurrenz zum Bund Deutscher Mädchen hätten aufkommen lassen wollen.

Auf den 200. Geburtstag der preußischen Königin im Jahre 1976 habe es weder in der Bundesrepublik noch in der DDR eine Reaktion, geschweige denn eine Würdigung gegeben. Es hätte erst angelsächsischer Historiker bedurft, die Deutschen auf Trab zu bringen. Der 200. Todestag werde nun wieder gebührend begangen.

Ulrike Grunewald vom ZDF ging der Frage nach, warum gekrönte Häupter uns heute noch interessieren. Es seien die gewaltigen Requisiten, die Übertreibung des Normalen, so die von ihr vertretene These, was viele Zuschauer anspreche.

Das war zwar ganz interessant, aber rational erklären konnten die Referenten dieser Fachtagung die ungewöhnliche Beliebtheit der Königin auch nicht. Luise ist eben nicht vollständig erklärbar.

Hans-Joachim Nehring

Unschöne Verhältnisse in Südafrika

Zu: „Afrika wird armregiert" (Nr. 27)

Sehr danke ich Ihnen für den hervorragenden Afrika-Artikel. Endlich sagt mal jemand, wie die Verhältnisse dort in Wirklichkeit sind. Wir sind in den vergangenen 40 Jahren mindestens zwölfmal in Südafrika und Südwestafrika (jetzt Namibia) gewesen und haben die Entwicklung dort gut verfolgen können, wenn – natürlich – auch nur aus der Sicht von Familie und zahlreichen Freunden, die aber schon seit Jahrzehnten dort leben oder auch im Lande geboren und aufgewachsen sind.

Man kann nur hoffen, dass dieser Artikel nicht nur Ihre Leser erreicht, sondern von dort aus auch weitere Verbreitung findet, denn das Wissen um die Verhältnisse dort ist mehr als mangelhaft vorhanden.

Dr. Botho v. Chevallerie, Ehningen

»Mavi Marmara« kam nicht in friedlicher Absicht

Zu: „Altes Bündnis in der Zerreißprobe" (Nr. 27)

In der Darstellung der Vorgänge auf dem Schiff fehlt, dass ein israelischer Soldat, der sich guten Glaubens auf das Schiff abseilen ließ, um Verhandlungen zu führen, von dessen Besatzung angegriffen wurde. Erst dann griff die israelische Besatzung zu den Waffen.

Vor dem Auslaufen der „Mavi Marmara" wurden Todesgesänge auf Israel gesungen. Wer hier noch von friedlichen Absichten spricht, lügt. Die immer orthodoxer werdende Türkei schließt sich der Version der Schiiten an, nach deren These der 12. Imam (eine Art Messias für die Weltherrschaft des Islam) erst kommen könne, wenn Israel vom Erdboden verschwunden sei.

Warum wird hier noch von westlicher Diplomatie geträumt?

Hertha Jene, Neustadt

Linke Berliner

Zu: „Im Kriechgang zur Wahlniederlage" (Nr. 26)

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass die rot-rote Regierungskoalition in Berlin jemals eine Wahlniederlage erleidet, die sich gewaschen hat. Die Leute dort werden immer irgendwie Links zur Mehrheit wählen. Egal, was noch kommen mag.

Ulrich Müller, Landau/Pfalz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Inwieweit bestimmt noch die koloniale Vergangenheit die Gegenwart und Zukunft Afrikas? Schulkinder im Langa Township, einem Slum im südafrikanischen Kapstadt Bild: pa

Gott sah Straftat auch ohne Polizei

Zu: „Bizarre Beifallsstürme" (Nr. 20)

Vor wenigen Tagen wurde in der ARD der Dialog zwischen der zurückgetretenen Bischöfin Margot Käßmann und dem bekannten Journalisten Peter Hahne gesendet. Es sollte wohl eine abschließende Betrachtung der damaligen Vorgänge sein, die zum Rücktritt der Bischöfin geführt hatten. Als aufmerksamer Zeitgenosse hatte ich in dieser Sendung gehofft, dass dabei auch die entscheidende Frage an Frau Käßmann gerichtet worden wäre, wie sie sich denn entschieden hätte, wenn sie nicht von der Polizei gestellt worden wäre.

Leider ist diese Frage, soweit mir bekannt ist, niemals beantwortet worden. Es ist naheliegend, dass Frau Käßmann dann nichts getan hätte. Sie wäre unbekümmert Bischöfin geblieben bei gleichem Straftatbestand: Autofahren in betrunkenem Zustand und Missachtung der roten Ampel an der Kreuzung.

Bei ehrlicher Beurteilung und in christlicher Verpflichtung gegenüber Gott (Frau Käßmann hat selbst Gott genannt: „Man kann niemals tiefer fallen, als in Gottes Hand.") hätte sie dann ebenso auf ihr Amt verzichten müssen. Diese Diskrepanz, die darin liegt, ob sie nun die Polizei ertappt hat oder nicht, diese unterschiedliche Reaktion bei gleichem Tatbestand zeigt Verlogenheit.

Eberhard Guttack, Kiel

Fernab des Medieneinheitsbreis

Zu: *PAZ* am Kiosk

Seit 2005 wohne ich aus beruflichen Gründen überwiegend in Oberschlesien. Im vergangenen Jahr hat mir ein Bekannter aus Deutschland zwei Ausgaben Ihrer Wochenzeitung geschickt. Ich fand die *Preußische Allgemeine Zeitung* vom Inhalt und von der Gestaltung her so interessant und ansprechend gemacht, dass ich, immer wenn ich in Deutschland war, im Bahnhofsbuchhandel nach ihrer Zeitung Ausschau gehalten habe, aber leider vergebens. Auf meine Nachfrage beim Verkäufer wurde mir jedes Mal geantwortet, dass diese Zeitung nicht im Presseverkauf geführt wird. Umso mehr war ich jetzt erfreut, als ich Ihre Zeitung im Pressegeschäft in Görlitz kaufen konnte. Ich halte die *Preußische Allgemeine Zeitung* für eine der besten deutschsprachigen Wochenzeitungen, empfehlenswert für alle die Menschen, die Informationen fern weg vom allgemeinen „Medieneinheitsbrei" erhalten wollen. Ein Blick auf Ihre Internetseite gab mir darüber Auskunft, dass Ihre Zeitung in diesem Jahr ihren 60. „Geburtstag" begehen kann. Dazu gratuliere ich Ihnen ganz herzlich, wünsche Ihnen Gottes Segen und hoffe, dass Ihre Zeitung auch im neuen Jahrzehnt erscheint, eine große, interessierte Leserschaft hat, fernab jeder „politischen Korrektheit" und selbst auferlegten Zensur der Massenmedien. Denn die *Preußische Allgemeine* wird gebraucht, ja, wenn es sie noch nicht gäbe, dann müsste man sie neu herausgeben.

Manfred Prediger, Turawa, Polen

Der Westen stützt bewusst Afrikas Despoten

Zu: „Afrika wird armregiert" (Nr. 27)

Armregiert ja, aber die wahre Macht ruht ja bekanntlich hinter dem Thron. Etliche Zivilgesellschaften Afrikas haben tatsächlich drei bedeutsame Hindernisse zu überwinden. Neben inkompetenten, korrupten Regierungen und in hohem Maß auf eigenen Vorteil ausgerichteten internationale Hilfs- und Entwicklungsorganisationen sind es vor allem die wirtschaftlichen Interessen führender Industrie- und Schwellenländer.

So wäre die sogenannte Erste Welt ohne die erheblichen Mangan- und Kupfervorkommen aus dem zentralen Afrika und besonders ohne „Blut-Coltan" aus dem Osten der DR Kongo faktisch nicht lebensfähig. Für humanitäre Erwägungen bleibt da wenig Raum. Es geht ausschließlich ums Geschäft. Unsere sogenannten Entwicklungshilfen sind mitnichten gut gemeint, sie sind reines Kalkül. Unentbehrliche Rohstoffe vom afrikanischen Kontinent sollen billig, leicht zugänglich, in großen Mengen und möglichst ohne Umweltstandards verfügbar sein und bleiben. Rücksichtslose und unfähige Machthaber zu installieren und ihnen den nötigen Rückhalt zu gewähren hat hierbei schon seit Beginn der 60er Jahre Tradition in den westlichen Demokratien, denn man kann solche Potentaten für das Ausbluten ihrer Länder vergleichsweise billig entlohnen und binden.

Das Ausplündern beginnt nicht in den Regierungspalästen Afrikas, es beginnt hier. Und die Augen westlicher Regierungen sind dabei nicht geschlossen – im Gegenteil, sie sind sehr weit geöffnet.

Oh ja, es gab sie immer wieder, die charismatischen, fortschrittlichen und volksnahen Hoffnungsträger Afrikas. Es waren Männer wie Patrice Lumumba oder Thomas Sankara, die nicht nur Fortschritt predigten, sondern diesen auch umzusetzen suchten. Doch sie wurden stets als Bedrohung für westliche Interessen betrachtet, sobald sie ihren „afrikanischen Weg" gingen. Sie wurden in der Regel Opfer westlicher Geheimdienste oder gedungener Gefolgsleute.

Interessanterweise führt Volker Seitz in seinem Gastkommentar gerade Ruanda als afrikanisches Positivbeispiel für Stabilität und Fortschritt an. Wir reden immerhin von einem Land, das den Bürgerkrieg im Nachbarland Kongo forciert und sich mit Billigung der USA daran bereichert und so saniert hat. Es hat in den letzten Jahren Rohstoffe in Mengen ausgeführt, die es auf eigenem Staatsgebiet nie besessen hat, wohl aber die Minen im Osten des Kongo.

Ich stimme grundsätzlich darin überein, Entwicklungshilfen deutlich zu reduzieren, um afrikanische Regierungen zu eigenverantwortlichem Handeln zu zwingen. Allerdings müssen wir dann aber auch endlich bereit sein, afrikanische Staaten als Partner auf gleicher Augenhöhe zu akzeptieren, mit allen zukunftsweisenden Rechten und Pflichten. Vertragsdiktate noch aus den Tagen der Entlassung in die Unabhängigkeit müssten endgültig der Vergangenheit angehören. Altbundespräsident Horst Köhler hat mir hierzu mehr als einmal aus dem Herzen gesprochen.

Andreas Reinhardt, Berlin

Deutsche Fahne wird zur Multikultifahne umgewandelt

Zu: „Rot-Braun" (Nr. 26)

Mit der „deutschen Nationalmannschaft" wird uns das ethnische Abbild präsentiert, dem das Land folgen soll, wenn alle Lebensbereiche auf die gleiche Art von Migranten entdeutscht wird.

Das haben die schlicht denkenden Fußball-Patrioten leider überhaupt nicht verstanden. Sie erkennen die Signalwirkung nicht oder finden Multikulti und den Umsetzungsprozess, die „Integration", gut so wie es ist. Herr Bassal gehört zu den gewieften Migranten, die es vorzüglich verstehen, den Fußball-Patriotismus für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Ich staune immer, dass selbst konservative Journalisten sich weigern zu verstehen, was seine Worte bedeuten. Die Erklärung für sein Handeln fehlt in diesem Artikel: Die Flagge hänge dort „nicht wegen des Zweiten Weltkriegs, sondern wegen der deutschen Mannschaft: Weil die deutsche Mannschaft ja nicht mehr richtig deutsch ist; das ist ja Multikulti, wir gehören dazu", so Bassal.

Er stellt unmissverständlich klar, dass diese Fahne nun für ein nicht mehr richtig deutsches, multikulturelles Land dort hängt. Diese Formulierung wird sich in den nächsten Jahren aktualisieren. Dann wird es lauten „ein multikulturelles, etwas deutsches Land".

Dies muss aber nicht unser Schicksal sein, wenn die Deutschen (und alle Westeuropäer) endlich zur Besinnung kommen, zum Beispiel indem sie sich ein Vorbild an einer der modernsten, erfolgreichsten und zugleich demokratisch gefestigsten Nation unserer Erde nehmen: Japan kennt so gut wie keine Einwanderung. Dabei gibt es in Japan dasselbe demographische Problem mit zu wenigen Kindern und einer immer älter werdenden Bevölkerung. Dennoch kommt dort niemand auf die Idee, das demographische Problem mit einer ethnographischen Überfremdung zu ergänzen. Japan bleibt auch in Zukunft Japan. Wie macht dieses Land das nur? Nun unsere Politiker und Journalisten von links außen bis zu konservativen Symptomnörglern – von rot bis schwarz – werden es uns nicht erklären, denn die treten alle geschlossen für Einwanderung und „Integration" ein.

Friedrich Zehetner, Wien, Österreich

Vertriebene immigrierten nicht

Zur: Leserbrief „Vertrieben und beraubt" (Nr. 27)

So richtig Herrn Ruhnaus Hinweis auf die ausschließlich wirtschaftlichen Motive dieser Leute ist, so sehr ist das ein Begleitaspekt, und so wenig trifft dieser den Kern des Problems, die irreführende Bezeichnung „Migranten". Die so Bezeichneten – und das ist der entscheidende Unterschied – sind es nämlich nicht, sondern „Immigranten": Sie drängen in unser Land und migrieren dann nicht weiter. Das trifft auf Flüchtlinge und Vertriebene mitnichten zu, denn sie waren bereits in unserem Lande. Niemandem ohne Verleumdungsabsicht fiele es ein, einen Deutschen, der – freiwillig oder gezwungen – von Schleswig-Holstein nach Bayern zieht, als Migranten zu bezeichnen.

Übrigens: Mein Nachname ist dem Umstand zuzuschreiben, dass ein Vorfahre – in der agnatischen Linie und damit namensrelevant – anlässlich eines Aufstands 1830 von Warschau nach Ostpreußen floh. Ich bin weniger Pole als viele, die nun einen urdeutschen Namen haben.

Dr.-Ing. Hans-J. Kucharski M. A., Mülheim

Rezensent macht Südafrika schlechter als es ist

Zu: „Hautfarbe über alles" (Nr. 27)

Mit der Rezension des Buches „Mandelas schweres Erbe – Südafrika am Scheideweg" von Hans-Joachim Löwer, die in der zusammenfassenden Feststellung gipfelt, dass „einem nach all den schönen Reportagen zur WM schnell jede Lust auf eine Reise nach Südafrika vergehen" könne, hat Rebecca Bellano dem Land einen Bärendienst erwiesen. Trotz dieser Negativ-Reklame wächst allerdings der Tourismus gerade aus Deutschland nach Südafrika jedes Jahr weiter an, und diejenigen, die zurückkehren, sind meistens die besten Botschafter, berichten sie doch in der Regel etwas gänzlich anderes als das, was Medienvertreter wie Herr Löwer uns pauschalisierend glauben machen wollen. Damit wiederholt sich leider die Geschichte, denn auch in der Zeit vor Mandela zeigte sich Südafrika vor Ort vielfach gänzlich anders, als es in der Berichterstattung wiedergegeben wurde, die das Land wegen der Apartheid-Politik ohne Wenn und Aber und damit völlig undifferenziert verteufelte.

Natürlich ist nicht alles falsch, was in dem Buch beschrieben wird, doch vieles ist längst überholt. So wurde etwa das im Wahlkampf Anfang 1994 vom ANC propagierte staatlich finanzierte „Sozialhäuschen ohne jede Eigenleistung" schon bald nach dem Amtsantritt Mandelas Makulatur, und man fragt sich, weshalb Löwer diese in der Anfangsphase des „neuen Südafrika" tatsächlich massenweise existierenden „Auswüchse im Sozialwesen und in der Gleichstellungsgesetzgebung" erst jetzt nach mehr als einehalb Jahrzehnten erwähnt, wo bereits längst wieder Korrekturen an diesen Zuständen vorgenommen wurden.

Niemand wird bestreiten, dass es die vom Autor des Buches angesprochenen Probleme Missmanagement, Korruption, Unfähigkeit und Unwillen gibt, die in der Regierungszeit von Präsident Mbeki ihren Höhepunkt erreichten, aber ausgerechnet der jetzige (seit 2009) amtierende Präsident Jacob Zuma, dem man es vielleicht am wenigsten zugetraut hätte, machte von Anfang an den Kampf gegen die vorhandenen Missstände zur Chefsache und hat damit schon etliche Erfolge erzielt. Die Weißen, die in den vergangenen Jahren in Scharen das Land verließen, wie Löwer schreibt, kommen seit dem vorigen Jahr zum Teil zurück und finden sich oftmals in ihren alten Positionen wieder, weil gebildete Schwarze in den Reihen des ANC längst erkannt haben, dass die Hautfarbe allein noch keine Qualifikation impliziert.

Schließlich fehlt bei Löwer die in Südafrika stark ausgeprägte regionale Differenzierung, die gerade dort in der Betrachtung hätte berücksichtigt werden müssen. So stellt sich etwa die Situation im Ballungsgebiet Johannesburg/Pretoria völlig anders dar als jene im Großraum Kapstadt, denn dort, in der Provinz Westkap, regiert inzwischen die nationale Oppositionspartei „Democratic Alliance" unter ihrer weißen Premierministerin Helen Zille mit absoluter Mehrheit, was unter anderem zur Folge hat, dass die Bevorzugung Schwarzer im Berufsleben rückgängig gemacht wird und Weiße und Farbige wieder positiv in die Zukunft schauen, weil eben nicht mehr jene umgekehrte Apartheid praktiziert wird, die Löwer in seinem Buch erwähnt. Nicht umsonst leben, wie man dieser Tage im Rahmen der Berichterstattung über die Fußball-WM aus den Medien erfahren konnte, inzwischen rund 90 000 deutsche Rentner und Pensionäre ganz oder teilweise in der Umgebung von Kapstadt.

Als jemand, der seit fast vier Jahrzehnten aktiv in den deutsch-südafrikanischen Kulturbeziehungen tätig ist und das Land am Kap inzwischen fast 50 Mal bereist hat, bin ich zutiefst enttäuscht darüber, wie wenig kritisch Rebecca Bellano die Aussagen des Autors Löwer hinterfragt, ja diese mehr oder weniger unkommentiert wiedergegeben hat. Es gibt wahrlich andere Experten der Materie, die wesentlich differenzierter dazu hätten Stellung nehmen können wie Robert von Lucius, dessen Buch „Von hier und nicht von dort – Umbruch und Brüche in Südafrika" die Rezensentin ja auch besprochen hat und zwar dankenswerterweise sehr treffend und objektiv.

Wolfgang Reith, Präsident der Afrika Fördergesellschaft e.V., Neuss

Das Ostpreußenblatt

Nr. 29 – 24. Juli 2010

MELDUNGEN

Umweltübung vor Königsberg

Königsberg – Die Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko hat nun auch die Behörden im Königsberger Gebiet sensibilisiert. So fand im Seegebiet vor der Gebietshauptstadt eine große internationale Katastrophenschutzübung statt. Die Aufgabenstellung des Manövers lautete, ein Schiff mit gefährlicher Fracht an Bord, das in Seenot geraten war, zu retten. An der Übung, die interessanterweise vom Küstenschutz des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB geleitet wurde, nahmen auch die schwedische, polnische und litauische Marine teil. Am Vortag war zur Vorbereitung der Seeübung eine internationale Konferenz angesetzt, an der Vertreter aller Ostsee-Anrainerstaaten, darunter auch Deutschland, teilnahmen. Die Veranstalter wiesen darauf hin, dass dies nicht die erste russische Katastrophenschutzübung auf See gewesen sei. Man habe in der Vergangenheit sogar mit Nato-Staaten kooperiert. Vor der Küste Königsbergs betreibt der Ölkonzern Lukoil mehrere Ölplattformen. Dies erfüllt die baltischen Staaten, insbesondere Litauen, mit Sorge. Im Seegebiet vor Königsberg war es 2003 zu einem Unglück gekommen, als rund 40 Tonnen Heizöl ausliefen und es sehr lange dauerte, bis überhaupt irgendwelche Maßnahmen ergriffen wurden. Die Umweltschäden insbesondere an der empfindlichen Kurischen Nehrung waren trotz der vergleichsweise geringen Menge beträchtlich. *Hans Lody*

Unabhängigkeit von Minsk

Cranz/Königsberg/Moskau – Der russisch-weißrussische Gasstreit hat mittlerweile auch Auswirkungen auf das Königsberger Gebiet. Minsk hatte damit gedroht, die für Westeuropa wichtigen Transitleitungen für russisches Gas zu schließen, nachdem Gazprom die Gaslieferungen an Weißrussland wegen nicht bezahlter Rechnungen eingeschränkt hatte. Das Königsberger Gebiet ist zu 100 Prozent von diesen Gaslieferungen abhängig. Daher soll bei Cranz ein großer Speicher mit einer Kapazität von insgesamt 230 Millionen Kubikmeter Gas angelegt werden. Ministerpräsident Wladimir Putin selbst steht hinter dem Vorhaben und mahnt zur Eile. Bereits 2011 soll ein Reservoir für 80 Millionen Kubikmeter in Betrieb genommen werden. Es soll als ein Puffer für mögliche Notsituationen dienen. Des Weiteren sei ein Terminal für Flüssiggas-Seetransporte geplant, teilte ein Sprecher der Gebietsverwaltung mit. Damit wäre es möglich, die Gasversorgung Ostpreußens durch Tankschiffe sicherzustellen. Von einer weißrussischen Blockade wäre auch Litauen betroffen. Ebenso wie das Königsberger Gebiet wird auch dieses EU-Mitglied zu 100 Prozent aus Russland mit Gas versorgt. Gazprom hat angekündigt, für den Fall weiterer Behinderungen des Transits durch Weißrussland notfalls mehr Gas für den Westen durch die Ukraine pumpen zu lassen. *H.L.*

Kein Geld fürs rote Gold

Königsberg: Labor auf Rädern sollte am Tag der Blutspende die Bereitschaft zum »Aderlass« erhöhen

Am 14. Juni feierte Russland den Tag der Blutspende. Aus diesem Anlass hatte der Blutspendedienst des Gebiets eine besondere Aktion organisiert. Mitten im Königsberger Zentrum, auf dem Hansaplatz, hatte er in einem 26 Meter langen Sattelschlepper ein mobiles Labor eingerichtet.

Hier konnten die Spender eine Probe abgeben und sich von einem Arzt untersuchen lassen. Über 100 Menschen erklärten sich bereit, an diesem Festtag mit ihrer Spende die Blutbank aufzufüllen. Parallel dazu führte der Bluttransfusionsdienst der Stadt einen Tag der offenen Tür durch. Dort konnte sich jeder in Königsberg Gemeldete zum „Aderlass“ melden.

Ziel der Veranstaltung war, möglichst viele Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass Blutspenden Leben retten kann. Das Fehlen von Blutspenden und moderner medizinischer Ausrüstung macht sich in letzter Zeit im gesamten Königsberger Gebiet stark bemerkbar. Die Zahl der Blutspender hat sich in den vergangenen zehn Jahren halbiert. Hatten sich früher hauptsächlich Arme zur Blutspende gemeldet, um etwas hinzuzuverdienen, so ist heute der Anteil junger wohlsituierter Menschen größer geworden. Das ist kaum verwunderlich, denn materielle Anreize gibt es keine mehr.

Von Zeit zu Zeit kommt es vor, dass der Bluttransfusionsdienst Patienten, die eine Blutübertragung benötigen, eine Liste mit den Telefonnummern von Spendern mit passender Blutgruppe übergibt. Manche der Angerufenen spenden dann aus Mitgefühl für die Kranken freiwillig und kostenlos, andere verlangen eine konkrete Summe als Belohnung.

Die meisten der Spendewilligen aus der Region können aufgrund der geringen Bezahlung oft gar nicht mehr eigens zur Blutspende nach Königsberg fahren, denn der ganze „Lohn“ besteht in einem kleinen Frühstück vor der Spende sowie Tee und Gebäck danach.



Mobiles Labor: Hier konnten Blutspender eine Probe abgeben und sich von einem Arzt untersuchen lassen. Bild: Tschernyschew

Das Problem der geringen Entlohnung hat sich nach dem Wegfall vieler Vergünstigungen für „verdiente Blutspender“ noch verschärft. Regelmäßige Blutspender konnten früher kostenlos öffentliche Verkehrsmittel nutzen, erhielten 50 Prozent Nachlass auf Wohnnebenkosten wie Medikamente, und sie wurden bei Aufenthalten im Sanatorium bevorzugt. Aber seit die Regierung Subventionen wie diese vollständig gestrichen hat und die Fahrtkosten zum Blutspendedienst die mögliche Bezahlung wieder auffrisst, gibt es für viele keinerlei Anreiz mehr, ein „verdienter Blutspender“ zu werden.

> Es herrscht Mangel an Blutspendern

Auch Blutspenden in Gruppen, wie sie noch zu Sowjetzeiten in den verschiedenen Firmen durchgeführt wurden, gibt es heute nicht mehr. Die Gebietsregierung hat entschieden, beim Sammeln von Blutreserven allein auf die Hilfe von Freiwilligen zu setzen. Die meisten regelmäßigen Blutspender finden sich unter Ärzten, Studenten und Polizisten.

Auch in Zukunft wird es wohl bei der rein moralischen Anerkennung bleiben: Im Programm für die Gesundheitsentwicklung im Königsberger Gebiet bis 2011 sind Blutspenden als „humanitäre und Wohltätigkeitshandlung“ aufgeführt, die den „Beifall der Gesellschaft“ verdiene. Da im Budget kein Geld für Blutspenden vorgesehen ist, kann man nur auf den guten Willen von Freiwilligen hoffen, die auf eigene Kosten in die Poliklinik kommen, um Blut zu spenden.

Jurij Tschernyschew

Im Land der dunklen Wälder

Zehn Jahre Kriegsgräberstätte in Pillau

Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, über weite Felder lichte Wunder gehen ...“ So lautet die erste Strophe des Ostpreußenliedes. So sangen es auch die Angehörigen – allerdings erst nach der offiziellen Veranstaltung anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Kriegsgräberstätte Pillau (Baltijsk).

Die russischen Behörden hatten das Absingen des Volksliedes während der Gedenkfeier nicht gewünscht und auch kein Militärorchester entsandt. „Dies ist schon ein kleiner Rückschritt in unseren Beziehungen. Allerdings wurde unsere Kranzniederlegung an der russischen Gedenkstätte sehr positiv aufgenommen. Auch die deutsche Nationalhymne wurde gespielt, was vor zehn Jahren noch nicht der Fall war“, sagte Volksbund-Präsident Reinhard Führer. Das Fehlen der Musikgruppe überspielte übrigens ein Volksbundmitarbeiter, indem er eigenhändig zur Trompete griff und zum Abschluss der ökumenischen Andacht das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ spielte.

Doch das Wetter bereitete den teils frierenden Besuchern am Haff ebenfalls Sorgen. So konnte das Flugzeug des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, aufgrund von Nebel nicht landen. Das geplante Grußwort fiel aus. Glücklicherweise lag der Redetext bereits vor, so dass Volksbund-Vorstandsmitglied Prof. Dieter Landgraf-Dietz wichtige Teile daraus vortragen konnte. Die Ansprachen des deutschen Botschafters Dr. Aristide Fenster, des russischen Vizegouverneurs Michael Andrejew sowie des Bürgermeisters Iwan Kirbaj fanden bei den Zuhörern ebenso großes Interesse. Dr. Aristide Fenster beschrieb Pillau (Baltijsk) schon aufgrund der hohen Opferzahlen als besondere Kriegsgräberstätte im Kaliningrader Gebiet.

Er würdigte zudem das Engagement des Volksbundes, der hier unter anderem mehrere Workcamps mit Jugendlichen aus der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation organisiert hatte.

Beim anschließenden Empfang im Haus der Offiziere, das die russische Armee zur Verfügung stellte, trat dann doch noch ein örtlicher Frauenchor kostenlos auf. Dessen Darbietungen fanden großen Anklang. Nach wenigen Takten stimmten dutzende Angehörige beim bekannten Volkslied „Ännchen von Tharau“ und auch beim Ostpreußenlied mit ein und sorgten so für die schönste Versöhnungsgeste zwischen Deutschen und Russen.

Nachdruck eines Artikels aus der Nummer 3/10 des vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V. herausgegebenen Periodikums „Stimme & Weg“

Aus dem Grußwort Wilhelm v. Gottbergs

Heute geht es nicht mehr um Anklage oder um das Einfordern von Reue und Selbstbezichtigung. Heute geht es um die Trauer, uns geht es um die Totenklage, die doch ein Teil der ältesten menschlichen Kultur ist. Das heutige Gedenken gilt dem Andenken der Gefallenen aller Nationalitäten. (...)

Die gefallenen Soldaten mahnen uns und die kommenden Generationen, unsere ganze Kraft für den Erhalt des Friedens einzusetzen. Frieden ist da, wo Freiheit und Recht – auch das Recht des Anderen – oberste Zielsetzung für die Leitlinie der politisch Handelnden sind. Diese im Christentum verankerten Werte sind Grundlage für einen dauerhaften Frieden.

Was gemeint ist, mache ich mit einem Rückblick in die Geschichte dieses Landes deutlich. Vor 220 Jahren wirkte nicht weit von hier in Königsberg Immanuel Kant. Er war schon damals eine moralische Autorität und ist dies bis heute geblieben. Sein moralischer Imperativ könnte die Grundlage für eine dauerhafte Friedensordnung sein, wenn er beherzigt würde. „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“

Deutscher Orden in Preußisch Stargard

Als Thema einer Ausstellung ist der ehemalige Landesherr nach Westpreußen zurückgekehrt

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen hat im Rathaus von Preußisch Stargard eine zweisprachige Ausstellung über die Geschichte des Deutschen Ordens eröffnet. Unterstützt wurde sie durch den Bezirk Mittelfranken.

„Es ist mir eine Ehre, diese Ausstellung zusammen mit dem Stadtpräsidenten Edmund Stachowicz zu eröffnen. Seit der Begründung unserer Partnerschaft zwischen der Region Mittelfranken in Bayern und der Woiwodschaft Pommern in Polen vor rund zehn Jahren erfolgt ein regelmäßiger Austausch auf wirtschaftlichen, sportlichen und kulturellen Gebieten. Ich bin überwältigt von dem herzlichen Empfang in ihrer schönen Stadt mit über 800-jähriger Geschichte und überbringe Ihnen die Grüße unsere Bezirkstagspräsidenten Gerhard Bartsch“ – mit diesen Worten eröffnete der stellvertretende Bezirkstagspräsident Alexander Küsswetter die Ausstellung unter dem Titel „Die Geschichte des Deutschen Ordens von der Gründung bis zur Gegenwart“ in Preußisch Stargard. Die Ausstellung soll vor allem die Jugend der Regionen für die Geschichte der Höhen und Tiefen der Beziehungen zwischen deutschen Kaisern, polnischen Königen und dem Papst interessieren, denn nur – so Küsswetter – wer die Vergangenheit richtig erfasst, befindet sich in der aktuellen Gegenwart und kann die Zukunft meistern.

Die Ausstellung behandelt diese Themen detailliert und wird in einem Raum des alten Rathauses, der dem „Kociewie-Regionalmuseum“ in Preußisch Stargard gehört, präsentiert. Neben dem historischen Abriss wird dabei großer Wert auf die Beschreibung der in der Gegend noch erhaltenen Bauwerke des Deutschen Ordens gelegt. Zahlreiche Bildtafeln mit erläuternden Texten informieren die Besucher unter anderem über die Geschichte der Burg Mewe, der ersten Ordensburg in Pommerellen, sowie der Burgen in Bytow, Schlochau und Schwetz. Neben der Marienburg sind alte Abbildungen der bischöflichen Burgen in Allenstein und Marienwerder zu sehen. Genauso fanden die Burgen in den Landstrichen Pogesanien, Pomesanien und im Kulmer Land wie etwa die Bauwerke in Stuhm, Graudenz und Rheden Eingang in die Bilderschau. Zahlreiche Kopien von Münzen und Siegelabdrücken aus der damaligen Zeit umrahmen die Präsentation.

Absichtserklärung unterzeichnet

„Mein Dank gilt Andrzej Błażyński, dem Direktor des hiesigen Museums. Nur mit dessen Unterstützung können wir diese zweisprachige Ausstellung zeigen, die nicht so bekannte Details der Geschichte vor Augen führt. Die mächtigen Bauten aus der damaligen Zeit können heute noch ganz in der Nähe wie in Mewe bewundert werden“, führte der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg, aus. Dabei erläuterte er die Entstehung der aufwändigen Ausstellung, die unter anderem durch die finanzielle Unterstützung des Bezirkes Mittelfranken mit Hilfe von Roman Gogan zweisprachig deutsch und polnisch gestaltet wurde.

Eingangs hatte der Direktor des Regionalmuseums, Andrzej Błażyński, die Gäste begrüßt, darunter neben der Delegation aus Mittelfranken auch den Stadtpräsidenten Edmund Stachowicz und dessen Stellvertreter Henryk Wojciechowski. Zudem waren führende Historiker aus den Museen in Marienburg und Marienwerder anwesend, die abschließend an der feierlichen Unterzeichnung einer Absichtserklärung für eine weitere Zusammenarbeit zwischen dem Kulturzentrum Ostpreußen und dem Kociewie-Regionalmuseum in Preußisch Stargard (Muzeum Ziemi Kociewskiej Starogard Gdański) teilnahmen.

Manfred E. Fritsche

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

an diesen heißen Sommertagen geht bei uns Älteren, die eine unbeschwerte Kinderzeit im noch friedlichen Ostpreußen verleben durften, die Erinnerung zurück an sonnendurchglühte Strände und an nicht enden wollende Badefreuden in der See oder an einem See – davon hatten wir ja genug. Und an fröhliches Spiel im Schatten der Wälder, an deren Rändern die Himbeeren reiften und deren Lichtungen rot von Walderdbeeren waren und wo wir ständig schwarze Mäuler von den saftigen Blaubeeren hatten. Unsere Mütter hatten es nicht gerade leicht an diesen Hundstagen, sie mussten den Beerensegen zu Marmelade und Saft verarbeiten, und oft geschah das noch auf glühenden Kohleherden, eine schweißtreibende Arbeit – Tiefkühltruhe und Cerankochfeld hätten sie für eine Utopie gehalten. Da will ich schon ganz zufrieden sein, wenn sich auch – während ich diese Zeilen schreibe – das Außenthermometer an meinem Fenster bedrohlich der 40-Grad-Marke nähert. Aber eine Kindheit voller glutheißer Sommer und eiskalter Winter härtet anscheinend auch für ein sehr langes Leben ab.

„Barfootkes manke witte Sand ...“, beschreibt die Dichterin **Erminia von Olfers-Batocki** in ihrem Gedicht „Wat es tohuus?“ den ostpreußischen Kindersommer. Aber an manchen Tagen wurden auch die braungebrannten Beine in weiße Strümpfe und die bloßen Füße – „Barfootkes“ – in schwarze Lackschuhe gezwängt, nämlich dann, wenn Kinderfest angesagt war. Das boten vor allem die Seebäder an, denn unsere Kurorte an der Samlandküste und auf den Nehrungen waren ja Familienbäder und herrliche Kinderparadiese, die nie vergessen wurden. Wie das Foto beweist, das uns Frau **Ursula Ihme** aus Stuttgart zugesandt hat. Denn als sie kürzlich in unserer Zeitung eine Aufnahme von Rauschen sah, tauchten bei ihr wieder Kindheitserinnerungen auf: „Große Ferien als Achtjährige mit Eltern und Bruder in Rauschen und dort an ein Kinderfest für Gäste und Ortsansässige. Da gibt es noch ein Foto vom Kinderfest im Jahre 1930 mit der Kinderdorfkapelle, das ich Ihnen schikke. Vielleicht erkennt sich noch jemand auf dem Bild und erinnert sich an die unbeschwerte Zeit damals?“ So schreibt Frau Ihme, und ich hoffe mit ihr, dass sich ein ehemaliges Rauschener Kind jetzt im späten Alter auf dem Bild wieder findet. Und sich an diese fröhliche Kinderkapelle erinnert, die mit Pauken und Trompeten aufzog, die Jungen im bunten Spielmannsanzug oder mit witte Büx, die Marjellchen mit Blumenkränzen im Haar. Vielen Dank, liebe Frau Ihme, für das hübsche Bild und auch an Ihre Erinnerungen an die ersten Werkwochen im Ostheim in Bad Pyrmont, die Sie damals leiteten, und an unsere gemeinsame Freundin **Hannchen Wangerin**.



Kinderfest in Rauschen 1930 Bild: privat

Auch Frau **Edeltraud Kötter** fühlt sich in ihre Tilsiter Kindheit zurückversetzt, wenn sie das Foto betrachtet, das wir vor längerer Zeit als Erinnerungsfoto Nr. 1090 im *Ostpreußenblatt* brachten. Ob sie den Abdruck verwahrt hatte oder ihn erst jetzt in die Hände bekam, weiß ich nicht, jedenfalls übersandte sie ihn uns mit einigen Zeilen, die an **Werner Stirnat** gerichtet sind, der das Bild eingesandt hatte. Es zeigt eine Klasse der Volksschule Weinoten I bei Tilsit, aufgenommen etwa 1943/44. Herr Stirnat schrieb damals, dass er sich an einige Mitschüler noch erinnern könnte wie an **Edith** und **Irma Krause**, **Ulla Budwig**, **Gerda Kropat**, **Frieda** und **Bruno Schlooß** und **Ruth Stirnat**, sowie an Lehrer **Stein** und Lehrerin **Göring**. Ob er Erfolg gehabt hat, können wir nicht feststellen, aber jedenfalls bahnt sich jetzt einer an, denn Frau Kötter schreibt: „Lieber Werner, sende Dir herzliche Grüße aus Hagen/Westfalen. Da ich die Enkelin vom Schmied **Julius Franz**, Stadtheide 77 bin, zum Milchholen waren wir bei Euch, die Mutter und kleine Schwester gerne in der Scheune beim Schaukeln. Nun bin ich mit Cousine **Edith Mosler** die Letzte der Familie aus Tilsit. Wohin es uns auch geführt hat: **Edith Klapp**. Am Atzelberg 48 in 60389 Frankfurt. Meine Anschrift: **Edeltraud Kötter**, Am Karweg 45 in 58135 Hagen, Telefon (02331) 402790.“ Ich hoffe, dass Herrn Werner Stirnat diese Nachricht – die ich im Wortlaut wiedergegeben habe, um Irrtümer zu vermeiden – erreicht, vielleicht aber auch weitere ehemalige Schülerinnen und Schüler der Volksschule Weinoten anregt, sich zu melden.

Natürlich war mein Kollege und – über viele Ecken – Verwandter **Eberhard Jung** überrascht, als er in der *PAZ* Folge 26 das Bild von den planschenden Kindern in einem Teich auf dem Schulgelände von Kiaulkehmen entdeckte – sollte er auch sein! Natürlich interessiert er sich für die Erinnerungen von Herrn **Bruno Fietz** und für das weitere Foto aus dessen Besitz von dem Schulhaus, in dem die Dichterin **Frieda Jung** aufwuchs, das aber leider zur Veröffentlichung nicht geeignet war, für ihn aber sehr wichtig ist. Im vergangenen Sommer ist der Urgroßneffe der Dichterin mit seiner Cousine auf Spurensuche in das Land „In der Morgensonne“ gereist, so hat Frieda Jung ihre Kindheitserinnerungen als Lehrerskind in Kiaulkehmen geschildert – das Buch hat noch heute seinen festen Platz im ostpreußischen Schrifttum. Es war auch für Eberhard Jung ein guter Wegweiser, wie er schreibt: „Mit einem Taxi sind wir von Insterburg nach Nemmersdorf (Majakowskoje) gefahren und haben dann anhand der Erzählungen von Frieda Jung den rund sechs Kilometer langen Weg nach Kiaulkehmen gesucht und gefunden. Aber sonst kaum etwas. Es gab an dem schmalen Feldweg jede Menge Obstbäume, Äpfel und Birnen, und auch jenseits des Wegrandes standen noch alte Apfelbäume, die seit Jahrzehnten nicht beschnitten waren, aber auf ehemalige Gärten hinwiesen. Es gab einen Teich in einer Senke und viele Backsteine, die auf frühere Behausungen deuteten. Wir glaubten, den richtigen Ort gefunden zu haben, der in der russischen Karte als Jungort in Klammern verzeichnet ist, das bedeutet: Er existiert nicht mehr.“ Weil es so gut wie keine sichtbaren Spuren mehr gibt, ist Eberhard Jung an denen in Wort und Bild hinterlassenen interessiert. Er bittet deshalb unsere Leserinnen und Leser, die in irgendeinem Kontakt zu der Dichterin standen, sie vielleicht als Kind gekannt haben und aus ihrem Umfeld in Buddern oder Insterburg stammen, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Der Kreis dürfte allerdings sehr begrenzt sein, denn Frieda Jung verstarb vor 80 Jahren in Insterburg. In manchen Familien könnten aber auch Erinnerungen an die Dichterin in Gesprächen oder Erzählungen weiter gegeben worden sein. „Es ist natürlich die letzte Möglichkeit, noch etwas zu erfahren“, meint der Urgroßneffe, und da hat er Recht. (Eberhard Jung, Deutschherrenstraße 131 in 53179 Bonn, Telefon 0228/330901.)

Eines der schönsten Kapitel aus Frieda Jungs „In der Morgensonne“ ist das von der „Schulvisitation“. Es bezeugt die Bemühungen des Dorfschullehrers, seinen Schutzbefohlenen ein tadelloses Deutsch beizubringen, was im vielsprachigen Ostpreußen keine leichte Aufgabe war. Aber bei der Prüfung durch den „alten Konster“, den hoch geachteten, aber ob seiner Kontrollfunktion auch gefürchteten Konsistorialrat, zeigten sich dann die Früchte dieser Arbeit. Frieda Jung beschreibt dies so: „Wir halten uns auch mündlich. Es kann selbst Rienzens Karl nicht passieren, dass Schneewittchen von dem Jäger in *dem* Wald geführt wird und dass er seine Schlorren unter *der* Bank stellt. Der alte Herr redet ihm freundlich zu, aber Karl hat seine begründete Ansicht und stellt die Schlorren unter *die* Bank“. Fazit des alten Konster: „Ja, die deutsche Sprache. Es gibt mir immer einen Stich durchs Herz, wenn ich sie so verhunzen höre. Kinder, daheim und wenn ihr unter euch seid, lieber plattdeutsch reden. Ein ehrliches Platt passt zu uns Ostpreußen. Aber wenn Hochdeutsch, dann kein verkrüppeltes.“ Daran hat Frieda Jung sich immer gehalten – und ich auch!

Diese Stelle aus dem Buch fiel mir ein, als ich die Jugenderinnerungen unseres Lesers **Ulrich Czichy** aus Burghausen las, die er mir zugesandt hat – herzlichen Dank dafür, lieber Landsmann, auch für die literarische „Kostprobe“: Ihre Gedichte, die von nie versiegender Heimatliebe sprechen. In Ihren Erinnerungen „Aus Masuren nach Pannaugen“ zeigen Sie die Schwierigkeiten auf, die sich aus der jahrhundertelangen Siedlungsgeschichte bedingten Vielsprachigkeit der Ostpreußen ergaben. Ulrich Czichy war knapp zehn Jahre alt, als seine Familie im Oktober 1935 von Wolfsheide, Kreis Johannisburg nach Pannaugen, Kreis Labiau zog. Der Grund war eine Vergrößerung des Truppenübungsplatzes Arys, die durch Einverleibung von Randdörfern mit ihren Flurstücken ermöglicht werden sollte. Dazu gehörte auch der Hof der Familie Czichy aus Wolfsheide, die schon seit Generationen dort lebte und fest verwurzelt war, wie die noch masurisch sprechenden Großeltern bewiesen. Der Hof gehörte jetzt Ulrichs Onkel **Gustav** Czichy, bei dem der Junge lebte, nachdem seine Mutter früh verstorben war. Nun hieß es also Abschied nehmen von dem angestammten Grundstück und Übersiedlung in das neu erworbene im nördlichen Ostpreußen. Ulrich Czichy schildert die Probleme, die sich arbeitsmäßig aus der Umstellung vom masurischen Sandboden auf den schweren Lehmboden ergaben, aber auch die sprachlichen Schwierigkeiten. „Vor allem war es die plattdeutsche Mundart, die wir nicht verstehen konnten. Noch eigenartiger kam es uns vor, dass die älteren Verwandten des Vorbesitzers **Otto Gabriel** Litauisch sprachen. Genauso muss es aber ihnen ergangen sein, wenn sich meine Großeltern in ihrer masurischen Mundart unterhielten. Mein neuer Klassenlehrer, Herr **Hickmann**, war von meinem fehlerfreien Hochdeutsch sehr angetan und setzte mich neben die Försterstochter **Christa Wicht**. Er versprach sich wohl von uns beiden einen guten sprachlichen Einfluss auf die Klasse, aber die Rechnung ging nicht auf. Schon bald beherrschte ich die plattdeutsche Mundart und sprach in dieser mit meinen Mitschülern, ohne dass jedoch mein Hochdeutsch Schaden nahm.“ Na, da hätte doch der „alte Konster“ seine helle Freude gehabt!



Ruth Geede Foto: Pawlik

Bunt wie ein ostpreußischer Flickenteppich ist eben unsere ostpreußische Sprache, und so manches Wort gibt Rätsel auf. So auch unserer Leserin Frau **Michaela Lehmann**, die sich mit folgender Frage an uns wendet: „Die Familie meiner bereits verstorbenen Mutter stammt aus Ostpreußen, aus dem Ermland. Häufig benutzen wir noch heute ostpreußische Ausdrücke. So sagte meine Mutter immer, wenn jemand besonders hässliche Kleidung trug: Das ist ja wie aus der Kuripest! So habe ich diesen Ausdruck neulich auch benutzt und wurde doch etwas verdutzt angesehen. Da fiel mir erst auf, dass ich eigentlich nicht genau weiß, was der Ausdruck bedeutet. In Büchern oder im Internet konnte ich die Bedeutung nicht herausfinden. Könnten Sie mir vielleicht weiterhelfen?“ Können wir, obgleich ich auch zuerst stutzte, das „i“ irritierte mich. War es ein Begriff aus der Zeit der Großen Pest, von der die Bewohner der Kurischen Nehrung besonders betroffen wurden? Mitnichten, denn es handelt sich in diesem Fall um die „Kurrepest“, und bedeutet soviel wie: vor langer, langer Zeit! Die „Kurr“ ist im ostpreußischen Sprachgebrauch eine Pute, der Kurrhahn der Puter. Die Geflügelpest hat früher (vor langer, langer Zeit) oft dem Federvieh den Garaus gemacht, besonders Puten sind empfindliche Tiere. Ich kannte mit Puten allerdings nur den Begriff „Daukurr“ – das war eine Pute, die nachts draußen geblieben war und am Morgen mit vom Tau durchweichten Gefieder einen jämmerlichen Anblick bot. In Bezug auf die Pest war mir aber der Ausdruck „aus der Kiekelpest“ geläufig. Kiekel – das klingt ja auch etwas netter, denn es handelt sich ja um die Keuchel, die kleinen Küken.

Unsere Leserin Frau **Marianne Stullich** sucht ein Buch über Königsberg, von dem aber weder Titel noch Autor bekannt sind. Es müssten mehrere Autoren sein, denn es handelt sich um eine Anthologie. Einer der Beiträge stammte von **Robert Forstreuter** – das ist der einzige konkrete Ansatzpunkt außer der Verlagsangabe „Gräfe & Unzer“. Wann es erschienen ist, wer der Herausgeber war – alles Fragezeichen. Ich konnte Frau Stullich auch nicht weiterhelfen, aber vielleicht besitzt noch jemand dieses wahrscheinlich in den 20er Jahren herausgegebene Buch und teilt dies der Suchenden mit. (**Susanne Stullich**, Bergmühle 81 in 45356 Essen.)

So, das ist heute leichte Sommerkost, ausgelöst durch liebevolle und heitere Kindheitserinnerungen. Ich hoffe, es hat Euch geschmeckt! Auch wenn Ihr im Augenblick keinen Appetit auf Putenfleisch haben solltet. Aber vielleicht auf „Bluubeere – wat Goods!“ – so riefen die berühmten Königsberger Handelsfrauen, wenn sie mit vollen Obst- und Gemüsekarren durch die Straßen zogen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 97. GEBURTSTAG

Pankow, Margarete, geb. **Wagner**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Josef-Kohtes-Straße 28, 40670 Meerbusch-Strümp, am 26. Juli

Reck, Ellinor, geb. **Kohzer**, aus Abbau-Altendorf, Kreis Gerdauen, jetzt Winterstraße 8, Astor-Stift, 06227 Walldorf, am 26. Juli

Schiminowski, Anna, geb. **Falkowski**, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, jetzt Murmansker Straße 5c, 06130 Halle, am 30. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Staats, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Grootmoor 130, 22175 Hamburg, am 26. Juli

Stumm, Grete, aus Malga, Kreis Neidenburg, jetzt Bredderstraße 9, 58285 Gevelsberg, am 31. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Schaak, Eva, geb. **Orböck**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, jetzt Aachener Straße 236, 50931 Köln, am 29. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bansleben, Ernst, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, jetzt Am Schiefen Garten 14, 31162 Bad Salzdetfurth, am 26. Juli

Blank, Arthur, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Leipziger Straße 48, 03238 Finsterwalde, am 1. August

Upadek, Liesbeth, geb. **Ostermann**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Blütenstraße 20, 71384 Weinstadt, am 1. August

Well, Charlotte, geb. **Keipke**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Engelfriedshalde 73, 72072 Tübingen, am 30. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arndt, Meta, geb. **Appelt**, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, jetzt Treptower Straße 15, 40789 Monheim, 28. Juli

Küßner, Edith, geb. **Sadlowski**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, jetzt Mozartstraße 19, Pertes Heim, 53115 Bonn, am 1. August

Oltmann, Christel, geb. **Runz**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, jetzt Ehlersweg 16, 25524 Itzehoe, am 30. Juli

Rose, Elfriede, geb. **Riechert**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Zielrebenweg 9, 79400 Kandern, am 26. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ruhe, Alfred, aus Woinassen, Kreis Treuburg, jetzt Lärchenweg 5, 37079 Göttingen, am 31. Juli

Schätzke, Otto, aus Wosnitzen, Kreis Sensburg, jetzt Kolpingstraße 21, 48329 Havixbeck, am 15. Juli

Vogel, Brigitte, geb. **Rockstroh**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Bachmättle 7, 79252 Stegen-Wittental, am 27. Juli

Wydrinka, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Wittbräuker Straße 8, 44287 Dortmund, am 29. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Hübner, Friedrich, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Schütterbarg 1, 24787 Fockbek, am 30. Juli

Marks, Fritz, aus Weißensee, Abbau Nord, Kreis Wehlau, jetzt Eisenberger Straße 9, 07639 Weißenborn, am 1. August

Rauter, Hans-Joachim, aus Ebenrode, jetzt Goldackerweg 29, 65191 Wiesbaden, am 27. Juli

Szillat, Herta, geb. **Jonas**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Hohenzollernstraße 38, 40211 Düsseldorf, am 28. Juli

Wichert, Gertrude, geb. **Malessa**, aus Balden, Kreis Neidenburg, jetzt Riensberg 51, 13599 Berlin, am 28. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bacher, Georg, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Kirchstraße 19, 42553 Velbert, am 26. Juli

Behrens, Lucie, geb. **Hackensohn**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Freudenthalstraße 17, 27389 Fintel, am 30. Juli

Bieber, Helmut, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Sundmühlenstraße 68, 48157 Münster, am 26. Juli

Bottke, Helene, geb. **Siminoff**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Ringseiterweg 9, 23919 Rondeshagen, am 27. Juli

Bülles, Herta, geb. **Mortzeck**, aus Skottau, Kreis Neidenburg, jetzt Brinkstraße 5, 45355 Essen, am 28. Juli

Gakenholz, Elfriede, geb. **Kroll**, aus Dingeln, Kreis Treuburg, jetzt Jagdweg 21, 29227 Celle, am 30. Juli

Grzywatz, Irmgard, geb. **Buyny**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, jetzt Grüntaleinstraße 45, 91757 Treuchtlingen, am 31. Juli

Heidemann, Hedwig, aus Laukitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Beethoovenstraße 4, 47239 Duisburg, am 29. Juli

Helbrecht, Erna, geb. **Schielke**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Ausbau II, 23999 Fährdorf, am 1. August

Hupp, Gertrud, geb. **Lissek**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Gneisenauerstraße 22, 42329 Wuppertal, am 29. Juli

Jakobeit, Erich, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Immanuel-Kant-Straße 5, 56567 Neuwied, am 27. Juli

Karrasch, Edith, geb. **Hahn**, aus Tapiau, Schlageter Straße, Kreis Wehlau, jetzt Heinrich-Dorrenbach-Straße 6, 15344 Straußberg, am 29. Juli

Krüger, Artur, aus Neidenburg, jetzt Dietrichstraße 31A, 46399 Bocholt, am 26. Juli

Naujack, Erwin, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Hubertusstraße 10, 52355 Düren, am 30. Juli

Oelsner, Grete, geb. **Petereit**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, jetzt Klaffenbacher Straße 49, 09125 Chemnitz, am 29. Juli

Peters, Ursula, geb. **Ellmer**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 57, 24637 Schillsdorf, am 28. Juli

Poscich, Frieda-Luise, geb. **Teschner**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Bernstraße 3, 30175 Hannover, am 29. Juli

Rudzko, Hans-Ulrich, aus Ortelsburg, jetzt Rasso Siedlung 43, 82284 Grafrath, am 29. Juli

Schenk, Horst, aus Wehlau, jetzt Alte Beckumer Straße 21, 59510 Lippetal, am 1. August

Schröter, Margarete, geb. **Lottermoser**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Bahnhof 4, 99198 Vieselbach, am 29. Juli

Struck, Heinz, aus Talken, Kreis Lötzen, jetzt Meinsdorfer Weg 36, 23701 Eutin, am 31. Juli

Tamm, Erika, aus Königsberg, jetzt Am Seeschaarwald 33, 23701 Eutin, am 28. Juli

Witzke, Hermann, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Posthof 7, 53783 Eitorf, am 30. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andreas, Irmgard, geb. **Enk**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Detmolder Straße 8, 44575 Castrop-Rauxel, am 27. Juli

Assmann, Irmgard, geb. **Schekatz**, aus Diebauen, Kreis Treuburg, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 115, 42111 Wuppertal, am 1. August

Böhm, Helmut, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Teplitz-Schünauer Straße 21, 60598 Frankfurt, am 30. Juli

Bradke, Hans-Jochen, aus Barnen, Kreis Treuburg, jetzt Bertold-Brecht-Straße 158, 50374 Erftstadt, am 27. Juli

Engel, Ursula, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Alt Ilischken, Kreis Wehlau, jetzt Schwarzwaldstraße 38, 47137 Duisburg, am 1. August

Grimm, Dieter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Stettiner Straße 23, 26160 Bad Zwischenahn, am 31. Juli

Grothues, Ilse, geb. **Minuth**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Meierfeld 18, 33611 Bielefeld, am 30. Juli

Hemker, Edith, geb. **Grochowski**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Steinhammerstraße 16, 44379 Dortmund, am 27. Juli

Herbst, Wolfgang, aus Lyck, jetzt Oderstraße 10, 58640 Iserlohn, am 31. Juli

Kalinowsnki, Horst, aus Lötzen, jetzt Markt 4, 07919 Mühltroff, am 27. Juli

Kisser, Hildegard, geb. **Ballay**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Dehnenweg 21, 38359 Müden Aller, am 1. August

Lange, Elli, geb. **Kretschmann**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Markt 12, 18356 Barth, am 28. Juli

Lüdtke, Walter, aus Fließdorf, Kreis Lyck, und Rodental, Kreis Lötzen, jetzt Palisadenstraße 74, 64297 Darmstadt, am 26. Juli

Luida, Ilse, geb. **Lemke**, aus Wickiau, Kreis Samland, jetzt Großer Saatner 43, 31141 Hildesheim, am 28. Juli

Mahlke, Ilse, geb. **Slopianka**, aus Schwarzenhofen, Kreis Neidenburg, jetzt Am Berg 3, 49774 Holte-Lastrup, am 30. Jul

Morgenbrodt, Helga, geb. **Hintze**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, jetzt Rahlstedter Weg 17, 22159 Hamburg, am 29. Juli

Mülling, Elfriede, geb. **Kluge**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Westerborsteler Straße 34, 25782 Tellingstedt, am 27. Juli

Neumeier, Fritz, aus Bartenhof, Rauschnicken, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Straße 5, 38165 Lehre/Wendhausen, am 26. Juli

Orlowski, Horst, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Bruktererhang 28, 45277 Essen, am 27. Juli

Ossewski, Dagobert, aus Rorbach, Kreis Lyck, jetzt Joachim-Sahling-Weg 19, 22549 Hamburg, am 30. Juli

Paukalla, Elli, geb. **Kunfort**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Brahmstraße 1, 38226 Salzgitter, am 26. Juli

Przygodda, Hildegard, geb. **Kilimann**, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, jetzt Solinger Straße 47, 42857 Remscheid, am 26. Juli

Rommler, Elli, geb. **Böhm**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Adalmund 2, 44359 Dortmund, am 30. Juli

Scharlowski, Alfred, aus Müllersbrück und Eichtal, Kreis Treuburg, jetzt Anton Heinen Straße 7, 33102 Paderborn, am 31. Juli

Schmidt, Sabine, geb. **Kobbert**, aus Paggehnen, Kreis Samland, jetzt Wendelinusstraße 4, 54296 Trier, am 26. Juli

Schönfeld, Kurt, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Möllner Straße 49, 19230 Hagenow, am 27. Juli

Scholz, Johanna, geb. **Ballay**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Posener Straße 21, 29345 Unterlüß, am 1. August

Schröder, Hans, aus Königsberg, jetzt Am Hangstein 18, 58644 Iserlohn, am 31. Juli

Seidel, Fritz, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Albert-Roth-Straße 9, 06132 Halle, am 31. Juli

Stroehl, Siegfried, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Ochsenfurter Straße 28, 97286 Sommershausen, am 1. August

Taube, Herta, geb. **Breuer**, aus Wehlau, jetzt Strandstraße 43, 27476 Cuxhaven, am 28. Juli

Trottner, Horst, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, jetzt Höhenweg 3, 57555 Mudersbach, am 26. Juli

Tumkat, Ursula, geb. **Schnittko**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Schladestraße 19, 51674 Wiehl, am 29. Juli

Tyburcy, Melitta, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Über den Beecken 12, 30952 Ronnenberg, am 30. Juli

Venske, Grete, geb. **Goldenbaum**, aus Kranthau, Kreis Mohrungen, jetzt Ossietzkyallee 31, 23966 Wismar, am 29. Juli

Wargalla, Heinz, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Horstdyck 23, 47803 Krefeld, am 26. Juli

Wlotzki, Alwin, aus Krokau, Kreis Neidenburg, jetzt Alleestraße 38, 46282 Dorsten, am 31. Juli



Kulschewski, Horst, aus Millauen, Kreis Lyck und Frau Ursula, geb. **Sankewitz**, jetzt Im Tal 36, 45529 Hattingen, am 29. Juli

Termine im Alten Schloss

Oberschleißheim – Im Alten Schloss Schleißheim, Maximilianshof 1, 85764 Oberschleißheim, Telefon (089) 31587212, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 9 bis 18 Uhr, stehen folgende Termine an: Sammlung Weinhold „Das Gottesjahr und seine Feste“ – Donnerstagführungen mit Friedel Küchle entfallen in den Monaten Juli, August und September. Sonntag, 22. August, 14 Uhr: „Das Fest der Verklärung Christi in der Ostkirche“, Dr. Inge Kreuz und Dr. Marianne Stößl. Sonntag, 29. August, 14 Uhr: „Religiöse Skulptur aus Polen“, Uta Karrer. Sammlung zur Landeskunde Ost- und Westpreußens, Vorträge mit Hubertus Moeller. Sonntag, 1. August, 14 Uhr: „Das Königsberger Schloss (Teil 1)“. Sonntag, 15. August, 14 Uhr: „Altstadt, Kneiphof, Löbenicht – 500 Jahre Königsberg“. Sonntag, 5. September, 14 Uhr: Nicolaus Copernicus und sein heliozentrisches Weltsystem. Vor den Vorträgen findet um 13 Uhr eine Führung durch die Sammlung statt.

Hörfunk & Fernsehen

FREITAG, 23. Juli, 20.15 Uhr, ARD: Suchkind 312. Nachkriegsdrama.

FREITAG, 23. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Die Nacht der großen Flut – Die große Sturmflut 1962 in Hamburg.

FREITAG, 23. Juli, 21.45 Uhr, Arte: Tod im Krankenhaus – Der Kampf gegen resistente Keime.

SONNTAG, 25. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 25. Juli, 21.45 Uhr, ARD: Eichmanns Ende.

MONTAG, 26. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Aenne Burda – Eine Frau erobert die Welt.

MONTAG, 26. Juli, 21 Uhr, Phoenix: Hitlers Frauen (2/5).

DIENSTAG, 27. Juli, 21 Uhr, Phoenix: Hitlers Frauen (3/5).

DIENSTAG, 27. Juli, 22.45 Uhr, ARD: Let's Make Money – Machen wir Geld.

MITTWOCH, 28. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Hinter dem Schleier – Muslim-Report Schweiz.

MITTWOCH, 28. Juli, 20.15 Uhr, Arte: The Fog of War – Robert McNamaras Gedanken über Krieg, Krieger und Frieden.

DONNERSTAG, 29. Juli, 21 Uhr, Phoenix: Hitlers Frauen (4/5).

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

Agnes Miegel-Seminar

Hamburg – „Agnes Miegel – Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk“ lautet das Thema der diejährigen Seminarveranstaltung vom 29. bis 31. Oktober 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont. Das BKM-geförderte Seminar steht unter der Leitung von Dr. Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., und Christiane Rinser, Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Dr. Marianne Kopp spricht über Miegels Briefe an Lulu Diederichs und ihre Plaudereien über die ostpreußische Küche. Zu den frühen Gedichten mit jüdischer Thematik bei Börries von Münchhausen und Agnes Miegel referiert Dirk Herrman, Sebastian Harms Bolte zieht Parallelen zwischen Christina Rossetti und Agnes Miegel. Ihrer Haltung im Dritten Reich widmet sich Dr. Bodo Heitmann. Dr. Ursula Seibt thematisiert die Aufnahme in den „Orden deutscher Dichter und Dichterinnen“. Annemete von Vogel interpretiert Miegels Dichtung und Dr. Rudolf Muhs schildert ihre Gratwanderung zwischen Feminismus und Nationalismus. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Hilfe aus Trebur für Bedürftige in Angerburg – Angesichts einer Arbeitslosigkeit von 31 Prozent im Jahresdurchschnitt in dieser Region an der Grenze zum Königsberger Gebiet, gibt es nicht wenige bedürftige Menschen mit einem sehr geringen Einkommen. Besonders die Angehörigen der deutschen Volksgruppe erhalten oft nur geringe Renten aufgrund der niedrigen Löhne nach 1945. Das hat den aus Klein Budschen im Kreis Angerburg stammenden Siegfried Kugies bereits vor drei Jahren veranlasst, auf eigene Kosten und mit Hilfe von Sponsoren einen Hilfstransport von Trebur nach Angerburg (Wegorzewo) auf den 1272 Kilometer langen Weg zu bringen. Anfang Juli hat er erneut eine Hilfslieferung mit Medikamenten und zwölf Rollstühlen sowie einem Rollator aus einem örtlichen Seniorenheim nach Angerburg verschickt. Den Transport der Hilfsgüter übernahm die Firma BVT Rausch GmbH aus Trebur. Die Medikamente hat der Treburer Apotheker Jörg Rott beigesteuert. Bei der Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft Mauersee, Herta Andrulonis, ist diese humanitäre Unterstützung aus Trebur sehr gut angekommen. Siegfried Kugies, Ehrenvorsitzender der Gemeindevertretung in Trebur, wird vom 10. bis 18. August mit einer Reisegruppe von 40 Personen Masuren und dabei Angerburg und die Deutsche Gesellschaft Mauersee aufsuchen. Mit dieser Reise soll das Interesse der Bürger in und um Trebur für Masuren mit seiner Geschichte und Kultur geweckt werden. Zugleich soll aber auch ein Beitrag zur Völkerverständigung geleistet werden. Das gezeigte Engagement von Siegfried Kugies ist beispielhaft und sollte zur Nachahmung anregen.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Bericht über die Kreisgemeinschaftsfahrt 2010 – Die Kreisgemeinschaft hat ihr 8. Begegnungstreffen vom 15. bis 24. 6. 2010 in Braunsberg durchgeführt. 66 Personen waren aus ganz Deutschland in zwei Bussen angereist. Eine Zwischenübernachtung wurde in Gnesen eingelegt. Am nächsten Tag wurde der Dom besichtigt, mit dem Grab des Heiligen Adalbert, und weiter ging die Fahrt nach Marienwerder mit Kirchenbesichtigung. In Braunsberg angekommen wurden wir vom Bürgermeister Henryk Mrozinski herzlich begrüßt und mit einer Erinnerungsplakette bedacht. Übernachtet wurde in drei Hotels in Braunsberg und Frauenburg. Donnerstag: Besuch des Gedenksteines mit Ansprache und Kranzniederlegung. Anschließend Überfahrt von Frauenburg über das Frische Haff nach Kahlberg, wo unterwegs das Schiff angehalten wurde, um in einer kurzen Gedenkfeier, ein Blumengebinde, für die vielen Haff-Toten im Winter 1945, dem Haff übergeben wurde. Der Aufenthalt in Kahlberg wurde genutzt, um die Nehrung zu überqueren, den Ostseestrand zu sehen und frischen Fisch zu essen. Freitag: Fahrt nach Osterode, Besuch der ev. und kath. Kirchen mit Abstecher an den Drewenz-See. Gegen 13 Uhr erwartet uns das Schiff, um die Oberlandkanalfahrt von Buchwalde nach Elbing, durch den Drausen-See mit dem Naturschutzgebiet zu erleben. Kurzer Rundgang durch die Altstadt von Elbing mit der Nikolaikirche. Sonnabend: Die Goldhochzeitsfeier in der Katharinen Kirche zu Braunsberg vom Ehepaar Anneliese und Gerhard Neß, der weitere Tag stand allen zur freien Verfügung, um die Stadt zu besichtigen oder in die Dörfer des Kreises zu fahren. Sonntag: Deutsch / polnischer Gottesdienst in der Katharinen Kirche mit unserem Visitator Dr. Lothar Schlegel aus Deutschland und mit Domherrn André Schmeier aus Allenstein. Der Nachmittag im Kulturhaus zu Braunsberg brachte den Begegnungstag mit der heutigen polnischen Bevölkerung. Ein buntes, kulturelles Programm, dargeboten von der AGDM aus Allenstein und Jugendlichen aus Braunsberg und einer polnischen Trachtengruppe, erwartete uns. Von der Kreisgemeinschaft wurden drei Braunsberger Bürger geehrt, für die jahrelange Unterstützung der Begegnungstreffen in der Heimat. Die Ehrung wurde von allen sehr herzlich angenommen und sie dankten mit einer kurzen Ansprache. Zwei Tage führten uns nach Danzig, mit Besichtigung und Führung durch die Marienburg. Der Abend wurde genutzt um die Kaschuben zu besuchen. Ein Abend mit Musik, Tanz und Folklore beendete den Tag. Besuch des Seestegs in Zoppot und des Benediktinerklosters in Oliva mit Garten und Orgelkonzert. Ein Stadtrundgang durch die Altstadt von Danzig ließ den Tag ausklingen. Der nächste Tag führte uns durch Westpreußen und Pommern, wo in Stolp ein Stopp eingelegt wurde. In Stettin angekommen wurden die Hakenterrassen angefahren mit Besichtigung des Hafens. Ein Besuch des Stettiner Schlosses schloss sich an, und anschließend wurde das Hotel für die letzte Nacht aufgesucht. Eine gelungene Reise in die Heimat mit neuen Eindrücken und Erinnerungen geht zu Ende. Manfred Ruhnau hofft, in zwei Jahren auch wieder neue interessierte Teilnehmer begrüßen zu können.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Seestadt Pillau – Beim diesjährigen Pillauer Heimattreffen von Sonnabend, 31. Juli bis Montag, 2. August, in Eckernförde muss die für den 2. August angekündigte Fahrt in See leider ausfallen, da die „MS Borby" überraschend verkauft wurde.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

35. Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen – 63 Ostdeutsche reisten aus nah und fern zu dem inzwischen 35. Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen/Ostpreussen in das Spornitzer Landhotel. Die Teilnehmer stammten hauptsächlich aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. Auch waren unter ihnen Sam-, Memelländer und Pommern. Heutzutage leben sie in Schleswig Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg. Der jüngste von ihnen war 19 Jahre alt, der älteste 91 Jahre. Dr. Hahn begrüsste die Anwesenden, und im Besonderen den aus Girnen stammenden 91-jährigen Erich Schaal mit seiner Ehefrau, woraufhin kräftig applaudiert wurde. Auch konnte Dr. Stanginus, dessen Vater aus dem Kreis Insterburg stammt, als Neuzugang begrüsst werden. Darüber hinaus wurden Grüsse Verhinderter übermittelt und auch der Verstorbenen des vergangenen Jahres gedacht. Ein Trio der Jagdhornbläsergruppe „Weidmannsheil e.V. Eldenburg-Lübz" unter der Leitung von Herrn Mielenz leitete das Vormittagsprogramm mit einem musikalischen Vorspiel, dem Ostpreussen- und Deutschlandlied ein. Propst Labesius legte in seiner Kurzandacht das Losungswort aus 1. Samuel 2,1: „Mein Herz ist fröhlich in dem Herrn", zugrunde. Er führte in diesem Zusammenhang Dr. Martin Luthers Standhaftigkeit vor dem Wormser Reichstag an und sprach ganz allgemein von der Verantwortung eines jeden gegenüber seinem Vorgesetzten. Das Vormittagsprogramm gestalteten die Teilnehmer wie bisher selbst, wobei die Lm. Ehlert, Jonuscheit und Wunsch mit ihren Beiträgen hieran massgeblich beteiligt waren. Sie erhielten für ihre recht amüsanten und auch in die damaligen Verhältnisse Einblick gebenden Schilderungen reichlich Applaus. Abwechselnd spielten die Bläser allgemein bekannte, aber auch ostpreussische Volkslieder, bei denen es um das Frühjahr und die Liebelei ging. Auch sie trugen zum Gelingen der Veranstaltung bei. Ein Büchertisch, wie auch verteilte Exemplare des Ostpreußenblatts stießen auf reges Interesse. Nach dem Verlesen der Anwesenheitslisten endete das Vormittagsprogramm, und das Mittagessen wartete auf seinen Verzehr. Man ließ es sich gut schmecken. Nachmittags erwartete die Anwesenden ein aufwändiger Dokumentarfilm über die Geschichte Trakehnens mit dem Titel „Trakehnen. Briefe aus einer anderen Zeit". Mit Schmerzen erinnerten sich vor allem viele ältere Landsleute jener Zeit. Ihre Gedanken weilten daheim. Ludwig Uhland drückte dies so aus: „Ist die Zeit auch hingeflogen, die Erinnerung weicht nie; als ein leichter Regenbogen steht auf trüben Wolken sie". Zu einem Nachfolgetreffen am 27. November 2010 im gleichen Hotel wurde eingeladen.

Zehn Jahre „Plachanderstunde" / Liebe zur Heimat – Es war der 15. Juni 2000; die bis dahin vom BdV geleitete Ostpreußengruppe in Parchim bestand nicht mehr. Charlotte Meyer und ihr Mann entschieden sich, diese Arbeit nun in Eigeninitiative als „Plachanderstunde" fortzuführen. Ihr zur Hilfe kam Erika Gode. Auf einer am 17. Juni 2010 im Café Scholz stattgefundenen Feierstunde gedachte man dieses Entschlusses und würdigte die bisher geleistete landsmannschaftliche Arbeit der Initiatoren. Der Gedanke an die Heimat mit all ihren lieben Erinnerungen und dem erlebten Elend wurzeln zu tief, als dass er verdrängt werden könnte. Werner Press zitierte dies unter anderem in seiner Laudatio an die Initiatoren der „Plachanderstunde" mit den Worten Ludwig Uhlands, der einmal sagte: „Ist die Zeit auch hingeflogen, die Erinnerung weicht nie; als ein leichter Regenbogen steht auf trüben Wolken sie." Die seit dem Jahre 2000 an jedem 3. Donnerstag im Monat stattfindenden Treffen im Parchimer Cafe Scholz besuchten bisher etwa 1500 Landsleute, eine beträchtliche Anzahl, die die Richtigkeit des Entschlusses bestätigen, diese Treffen gemacht zu haben und auch weiterhin fortzuführen. Gerne erinnerte man sich vieler gemeinsamer Unternehmungen der vergangenen Jahre in der Umgebung. Dazu zählten Ausflüge, Dampferfahrten, Grillpartys, gemeinsames Kaffeetrinken, Weihnachtsfeiern, aber auch, den Geburtstag des einen oder anderen würdig zu begehen und ebenso der Verstorbenen zu gedenken. Man stieß an diesem Tag mit einem Glas Sekt an, trank gemeinsam Kaffee, aß ein Stück der gesponserten Torte von Café Scholz und vieles mehr. Angeregt geführte

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17


Robert Hoffmann/Salpia, Gerberei an der Lega in Treuburg

Auch für 2011 wird wieder ein Begleiter durch das Jahr mit Motiven aus Ostpreußen erscheinen. Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2011" enthält Motive alter Städteansichten und Landschaftseindrücke aus Masuren, dem Oberland und vom Kurischen Haff. Der Kalender ist für die Leser dieser Zeitung bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro (inklusive Versandkosten) erhältlich.

Bestellungen direkt bei: type art satz&grafik gmbh, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Gespräche, vorgetragene Gedichte zumeist amüsanten Inhaltes von Mitgliedern der „Plachanderstunde“, aber auch die musikalische Unterhaltung mit dem Verlesen im ostpreußischen Platt gehaltener Gedichte sowie die Aufforderung zum Tanz durch Herrn Peter Hahn sorgten für die nötige Stimmung.



OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Straße 8, 24306 Plön, Tel. (04522) 593580. Geschäftsstelle: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz., Tel. (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Einladung zur Mitgliederversammlung 2010 – Ich lade unsere Vereinsmitglieder ein zur Mitgliederversammlung 2010, Sonnabend, 4. September, 14 Uhr, in der Stadthalle Osterode am Harz, im Stadthallen-Restaurant da Capo, im Zusammenhang mit unserem diesjährigen Hauptkreistreffen. Tagesordnung: Eröffnung, Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung am 29. August 2009 in Buchwalde (Kajkowo im Kreis Osterode (Ostroda), Entgegennahme des Jahresberichtes des Kreisvertreters, Entgegennahme der Jahresrechnung 2009, Bericht der Rechungsprüfer, Erteilung der Entlastung des Vorstandes, Verschiedenes.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Tel.: (04402) 695727, Geschäftsstelle: Tel.: (0431) 77723 Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: tilsit.stadt@web.de

Zur Beachtung – Mit dem Ausscheiden des Geschäftsführers Lössmann im November 2009 ist die Geschäftsstelle in Kiel, Diedrichstraße nicht mehr besetzt. Darüber wurde in der PAZ / Das Ostpreußenblatt informiert und auch die neue Postadresse angegeben. Dennoch kommt es vor, dass immer noch Post an die alte Anschrift gerichtet wird. Deshalb ergeht noch einmal der Hinweis, alle an die Geschäftsstelle gerichteten Sendungen, Heimatbriefe und Briefpost an folgende Adresse zu richten: Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., Postfach 241, 09002 Chemnitz.



WEHLAU

Kreisvertreter: Hans Schlender, Telefon (040) 20976735, Fax (040) 20973080, Berliner Allee 29 22850 Norderstedt, E-Mail: hans.schlender@free-net.de.

Kirchspieltreffen Schirrau 2010 – Eine Nachlese: Liebe Landsleute aus dem Kirchspiel Schirrau, kaum zu glauben, aber schon zum 13. Mal trafen wir uns im Hotel „Neetzer Hof“. Der Anreisetag war der 4. Juni und pünktlich um 17 Uhr konnte Magdalena Dörfling 26 Personen begrüßen. Auch in diesem Jahr war es wieder eine Zitterpartie – so Magdalena – wie viele Anmeldungen eingehen würden. Die Zu- beziehungsweise Absagen kamen sehr, sehr schleppend. Durch Todesfälle, aber auch aus Krankheitsgründen verringerte sich die Zahl der Teilnehmer, dafür konnten wir drei Neuzugänge verzeichnen, die wir herzlich in unserem Kreise aufnahmen. Toll, dass Hans Schlender trotz angeschlagener Gesundheit dabei war. Unsere Magdalena konnte im Februar ihren 80. Geburtstag feiern. Nachträgliche Glückwünsche wurden ausgesprochen und Gisela und Reinhard Werschy überreichten ihr einen reichhaltig gefüllten Präsentkorb. Ein „Hoch“ auf die Bedienung des Hauses. Trotz voller Belegung des Hotels erfolgte die Ausgabe des Menüs sehr zügig. Auf den Diavortrag von Ernst Korth über Nord-Ostpreußen wurden wir von Frau Dörfling mit dem Gedicht von Ruth Geede „Wir wollen heute in die Heimat gehen“ eingestimmt. Die Bilder und die dazu gegebenen Erklärungen waren sehr aufschlussreich. Man kann es kaum fassen, dass trotz positiver Bemühungen das Gebiet weiterhin dem Verfall preisgegeben wird. Das Plachandern kam auch nicht zu kurz, Erinnerungen wurden ausgetauscht und das eben Gezeigte und Gehörte diskutiert. Der Sonnabend begann mit einem ausgiebigen Frühstück und gegen 10 Uhr fuhren wir bei herrlichem Sonnenschein mit dem Bus Richtung Nemitzer Heide nach Trebel. Unser netter Fahrer kutschierte uns nicht auf dem direkten Wege zum Ziel, sondern zeigte uns noch einige schöne Ecken der herrlichen Landschaft beziehungsweise Orte. In Trebel erwartete uns schon ein großer Planwagen – vorgespannt drei belgische Kaltblüter. „Raus aus dem Alltag, rein in die Natur“„ lautete das Motto. Eine informative eineinhalbstündige Fahrt durch die Heide begann. So erfuhren wir, dass in den 70er Jahren ein großes Feuer eine immense Waldfläche zwischen Trebel und Gartow vernichtete. Auf rund 400 Hektar Sanddünen breitete sich das Heidekraut aus, und es entstand, gesäumt von Birken und Wacholdern die „Nemitzer Heide“. Nach dem Mittagessen in den Trebeler Bauernstuben ging es zur nächsten Attraktion, zum Museumshof von Margit und Horst Beck nach Nahrendorf. Wir wurden mit Musik und Handschlag begrüßt und bei Kaffee und Kuchen (vom Neetzer Hof gesponsert) genossen wir die Einmaligkeit des Anwesens. Danach begann die Besichtigung, wir kamen aus dem Staunen nicht raus. Was entdeckten wir nicht alles: Hochzeitsgewänder aus verschiedenen Ländern, diverse Trachten, alte Pfeifen (die Zahl kaum überschaubar), Küchengeräte, Bücher und vieles mehr. Nach Rückkehr in unser Hotel hatten wir noch ein wenig Zeit, um uns frisch zu machen bevor unser traditionelles Spargelessen begann. An dieser Stelle ein Danke an den Chef des Hauses. Es hat allen gut geschmeckt. Der Höhepunkt des Tages war dann der Auftritt der Volkstanzgruppe „De Nordendorper“ unter der Leitung von Horst Beck. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Die Gedanken sind frei“ begann der gemütliche Teil des Abends. Es war eine Freude, den Tänzerinnen – ein Mann war auch dabei – in ihren Trachtenkleidern mit Stiefelchen zuzusehen. Auf engstem Raum wirbelten sie trotz der Hitze umher. Sogar den ostpreußischen Tanz „Der Gumbinner“ hatten sie in ihrem Repertoire. Mit viel Beifall wurde die Darbietung bedacht. Ein tolles Wochenende neigte sich dem Ende zu – leider. Am Sonntagmorgen hieß es Abschied nehmen. Kaum war das Frühstück beendet, fuhren die ersten Teilnehmer schon davon. Es war wieder einmal ein gelungenes Wochenende. Der Dank gilt Magdalena Dörfling, die mit Unterstützung von Frau Seebauer alles vorher abgefahren und organisiert hat. Hoffentlich bleibt sie noch lange gesund und ist bereit, noch einige Treffen vorzubereiten, denn alle Teilnehmer haben versprochen, wenn die Gesundheit es zulässt, auch im kommenden Jahr wieder dabei zu sein. Angedachter Termin: 3. bis 5. Juni 2011. Also auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Geschichtsseminar

Hamburg – „Ostpreußen in der Weimarer Republik“ ist das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen, das vom 24. bis 26. September 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont, von Dr. Sebastian Husen geleitet wird. Dr. Wieslaw Roman Gogan spricht über die Volksabstimmung von 1920, Dr. Stefan Hartmann über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit. Dr. Rikako Shindo referiert über die Zuständigkeitserweiterung des Oberpräsidenten Ostpreußens, Dr. Walter T. Rix behandelt August Winnig, Dr. Lutz Oberdörfer die siegreichen Großmächte und die Zukunft des Memellandes 1919 bis 1924/45. Ruth Geede spricht über das literarische Leben in Königsberg. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Die Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO – 31. Juli bis 8. August, BJO-Paddeltour durch Masuren. Die Anreise erfolgt in Kleinbussen beziehungsweise im Pkw von Ansbach oder Würzburg aus. Jeder sollte die Gelegenheit nutzen und die Natur Südostpreußens in ihrer ganzen Schönheit erleben!

23. bis 29. August, Mehrgenerationenreise durch Pommern, Westpreußen und das südliche Ostpreußen. Das Kennenlernen der natürlichen Schönheit des Landes im Osten (Pommern – Westpreußen – südl. Ostpreußen) ist zentrales Anliegen der Fahrt, welche sich an Mitglieder der Erlebnisgeneration samt ihren Kindern und Enkeln richtet.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigshafen – Mittwoch, 28. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in den Kronenstuben, Kronenstraße 2.

Metzingen – Die Metzinger Ostpreußen am Bodensee. Am Sonntagmorgen startete der vollbesetzte Bus Richtung Bodensee. Alle Reiseteilnehmer freuten sich auf den vor ihnen liegenden Tag. Der Vorsitzende Heinz Scheffler berichtete bei der Begrüßung über das Tagesprogramm. Erfreulich, dass von Großeltern bis Kleinkind alle Altersgruppen vertreten waren. Danach richtete sich auch das Tagesprogramm, damit die Interessen aller erfüllt werden konnten. Das gewählte Reiseziel war Lindau. Auf der Strecke gab es das traditionelle „zweite Frühstück“, zu dem die Gruppe einlädt. Dagmar Voss und Petra Weiß zauberten schnell einen appetitlichen Frühstückstisch, auf dem nichts fehlte. Heißer Kaffee, kalte Getränke, belegte Brötchen oder Kuchen, alles vom Feinsten fand reißend Abnehmer. Bald war Lindau erreicht. Nach einem kurzen Spaziergang in der sehenswerten Altstadt ging es auf das Schiff. Mehr als eineinhalb Stunden Schiffsfahrt bei guten Gesprächen bei freundlicher Bewirtung auf den Decks machte viel Spaß und kam den Teilnehmern sehr entgegen. Während das Schiff ohne Fremdgeräusche über das „Schwäbische Meer“ glitt, schweifte der Blick der Teilnehmer auf die Weite des „Meeres“ oder auf die Anlagen in Bad Schachen, Wasserburg, Nonnenhorn, Kreßbronnn, Langenargen und schließlich das Ziel Friedrichshafen. Bequem ging es ab Hafen Friedrichshafen mit dem Bus in das Hotel zum Mittagessen. Ein hübsches Haus mit einer gepflegten direkt an den See reichenden schattigen Gartenterrasse verwöhnte die Teilnehmer mit guter Bewirtung und hervorragendem Essen. Da inzwischen wieder Gluthitze an den Kräften nagte, wurde anstelle des Spaziergangs am See die Fahrt mit dem Bus zum Hafen von Friedrichshafen gewählt. Die freie Zeit wurde individuell genutzt. Manche gingen ins Zeppelinmuseum, andere machten Kaffeepause am See oder suchten einfach nur einen schattigen Platz und ließen ihre Gedanken am See baumeln. Manche spannten den Bogen zum Ostseestrand und den Masurischen Seen in ihrer „alten Heimat“. Dass ein Tag am Wasser für die Teilnehmer wieder etwas ganz Schönes war, verlautete bei der Heimfahrt immer wieder.

Stuttgart – Donnerstag, 5. August, 17 Uhr, Feier zu „60 Jahre Charta“, Neues Schloss Stuttgart.

Weinheim – Mittwoch, 4. August, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Thema: Simon Dach – Ein Leben der Poesie. Bekannt unter anderem durch sein Lied „Ännchen von Tharau. Simon Dach wurde am 29. Juli 1605 in Memel geboren und starb am 15. April 1659 in Königsberg.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@-online.de

Bremen – Die Geschäftsstelle der Gruppe befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Sonnabend, 31. Juli, 17 Uhr, Sommerkonzert des Seemann-Chores der Marinekameradschaft Bremerhaven, Große Kirche. – Sonnabend, 31.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Juli, kombinierte Bus-Schiff-Bus-Reise nach Nienburg – Bremen – Worpswede (Kosten 57 Euro pro Person). Anmeldungen bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 21. August, 10 Uhr (Einlass 9.30 Uhr – Ende gegen 17 Uhr), 10. **Heimattreffen im norddeutschen Raum aus dem Reg.-Bez. Gumbinnen**, im Hotel Zur Glashütte, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 5298660, Fax (040) 52986635. Das Programm: 10 bis 10.30 Uhr, Begrüßungen, Informationen über alles was die Teilnehmer bewegt. 10.30 bis 12 Uhr, „Die Ostdeutschen Länder von 1900-1945“. Ein kulturell historischer Vortrag mit Filmvorführung (Manfred Samel) aus alten Zeiten: „Wie sahen damals unsere deutschen Städte aus und wie pulsierte das Leben in ihnen. Auf dem Lande ging es traditionell bewusst zu. Es wurde gearbeitet, denn vieles musste noch von Hand gemacht werden. Was passierte nach dem Ersten Weltkrieg?“ 12 bis 14 Uhr, Mittagspause: Vier verschiedene Gerichte stehen zum Angebot und kosten zwischen 9 und 12 Euro. 14 bis 15 Uhr, der LAB-Chor Hamburg, unter der Leitung Dieter Dziobaka, wird mit Volksliedern und alten Schlagermelodien erfreuen. 15 bis 15.45 Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ostpreußenplatt (Bielefeld) sorgt dafür, dass einiges in heimatlicher Mundart vorgetragen wird. Dazu gehört auch die musikalische Begleitung durch die Duddelspieler H. Grawitter und Lm. Schattling. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause und lassen das Beisammensein langsam ausklingen. Nach dem Schluss des Heimattreffens kann individuelle Geselligkeit in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg (Norderstedt) nach zwölf Kilometern zu erreichen. Parkplatzmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis U-Bahn (U1) Station Ochsenzoll (Hamburg). Von da aus mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach zehn MInuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Die Busse fahren alle 40 Minuten. Bei der U-Bahnstation ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades mit Gegenstromanlage. Weitere Informationen bei Mathilda Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460, oder Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88. Thema: „Sommerzeit, Urlaubszeit, Erntezeit“.



HESSEN

Vorsitzend: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Vom 2. bis 17. August liegt ein Reiseangebot vor: „Unterwegs auf dem Fluss Lena in Russland und Sibirien“. Anmeldungen werden erbeten an Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303.

Gelnhausen – Die Gruppe fand sich zu einer Schiffsfahrt auf dem Main in Hanau ein. Dank guter Vorbereitung durch den Schriftführer Eberhard Traum, erreichte der gecharterte Bus pünktlich die Anlegestelle Hanau-Philipsruhe. Aufgrund einer Verzögerung in der Schleuse, verspätete sich das Schiff aus Frankfurt / Main. Die Fahrt ging nach Aschaffenburg. Auf der Strecke Hanau-Aschaffenburg sind zwei Schleusen zu passieren. Auf dem Heimweg (flussaufwärts) wird das Schiff gehoben und auf dem Rückweg (flussabwärts) wieder abgesenkt, ein Erlebnis. Am Ziel in Aschaffenburg hatte jeder Mitreisende etwa zwei Stunden Zeit, sich die Stadt auf eigene Faust zu erkunden. Pünktlich um 15.40 Uhr legte das Schiff zur Rückfahrt ab. Auf der Rückfahrt erreichte die gute Stimmung ihren Höhepunkt, als das mitgebrachte Schifferklavier ausgepackt und Volkslieder angestimmt wurden. Die Vorsitzende Renata Gogné dankte dem Planer Eberhard Traum für seine Arbeit und den Mitgliedern für ihre so zahlreiche Teilnahme.

Hanau – Sonnabend, 7. August, 15 Uhr, Sommerfest der Gruppe in der „Sandelmühle“, Philipp-Schleißner-Weg 2a. Nach Kaffee und Kuchen (geht aufs Haus) singt man gemeinsam Volks- und Wanderlieder, so werden unter anderem besinnliche und lustige Wanderlieder vorgetragen. Gäste sind wie immer willkommen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. September, 10 bis 17 Uhr, 15. Landestreffen der Ostpreußen in Rostock in der Stadthalle Rostock, Südring 90 direkt hinter dem Hauptbahnhof. Erwartet werden mehr als 2000 Besucher von nah und fern. Angehörige und Interessenten sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Die Gäste erwartet ein reiches ostpreußisches Kulturprogramm. Angesagt haben sich die Chöre der Deutschen Vereine aus dem Memelland und Masuren, das Blasorchester der Hansestadt Rostock, der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Warnemünde und Heimatsänger Bern-Stein. Als Ehrengast wird der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Mindaugas Butkus, erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie kostenlose Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam. Tourist-Information Rostock, Telefon (0381) 3812222.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Delmenhorst – Dienstag, 3. August, 15 Uhr, Treffen der Frauen- und Männergruppe im Restaurant Riva beziehungsweise in der Kulturstube. – Dienstag, 10. August, 8.25 Uhr, ZOB, Tagesausflug nach Emsbüren. Anmeldungen bis zum 2. August bei Irmgard Lange, Telefon 50226.

Göttingen – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag

im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Rinteln – Die diesjährige Reise „Königsberger Provinz“ war restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Str. 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.

56. Werkwoche

Hamburg – Unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, findet vom 11. bis 17. Oktober 2010 im Ostheim in Bad Pyrmont die 56. Werkwoche statt. Es werden wieder folgende Arbeitsgruppen angeboten: Musterstricken, Kreuz- und Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben, Doppelweben und Knüpfen. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro, darin enthalten sind Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Nähere Informationen und Anmeldeformulare erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreussen.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Es wird darauf hingewiesen, dass die 224 Seiten fassende Gedenkschrift „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder“ zum Preis von drei Euro plus Versandkosten zu erwerben ist.

Bielefeld – Donnerstag, 5. August, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Dienstag, 3. August, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Sommerstammtisch im „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74.

Düsseldorf – Sonnabend, 24. Juli, 9.45 Uhr, Wandertreff am Infostand Hauptbahnhof, Ziel: die „Kant-Ausstellung“ im Museum Stadt Königsberg, Duisburg. – Freitag, 13. August, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, Düsseldorf.

Gütersloh – Montag, 26. Juli, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 2. August, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Neuss – Sonnabend, 24. Juli, 12 Uhr, großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten an der Cornelius-Kirche, Neuss-Erfttal. – Donnerstag, 29. Juli, 15 Uhr, „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen in den Ostdeutschen Heimatstuben, Oberstraße 17, Neuss.

Wesel – Die Gruppe fuhr mit ihrem Ersten Vorsitzenden Kurt Koslowski nach Königswinter im Siebengebirge. Auf halber Anfahrtsstrecke bereiteten die Frauen vom Singkreis (unter Waltraut Koslowski) ein sehr schmackhaftes Picknick vor. Gestärkt wurde die zweite Etappe in Richtung Königswinter gestartet. Dort schwärmten die Teilnehmer in alle Richtungen aus, um den schmucken Ort zu erkunden. Eine Schiffsfahrt auf dem Rhein durfte natürlich nicht fehlen. Ein Kaffeetrinken mit Kuchen runde-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

te den Besuch ab. Die Heimreise wurde mit voller Zufriedenheit angetreten. – Die vereinigten Landsmannschaft, unter der Leitung der Ersten Vorsitzenden Gisela Stelzer, veranstalteten ihr Sommerfest in der Heimatstube durch. Viktor mit seinem Akkordeon und die stimmgewaltige Olga von den Russlanddeutschen waren kraft- und klangvoll. Von den Ostpreußen trat die Mundharmonika-Gruppe auf, die mit ihren stimmungsvollen Liedern zum Mitsingen einlud. Frauenreferentin Waltraut Koslowski fand mit „ihrer“ Geschichte „Der Sonderzug“, die sich in einem kleinen ostpreußischen Dörfchen abspielte – interessierte Zuhörer. Mit selbstgebackenem Kuchen sowie abends Kartoffelsalat mit Würstchen, sorgten für das leibliche Wohl. Man saß noch lange beisammen und plachanderte eifrig.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 23. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 30. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Mittwoch, 25. August, 14.30 Uhr, Schiffs-Kaffeefahrt mit der Primus-Linie in den Rheingau. Abfahrt ab Mainz-Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 28. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Gardelegen – Freitag, 30. Juli, 14 Uhr, Sommerfest im „Lindenhofgarten“ mit Kegeln und Programm.

Giersleben – Donnerstag, 5. August, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Thema der Zusammenkunft war „Das deutsch-polnische Verhältnis in Geschichte und Gegenwart“. Georg Baltrusch berichtete über die Vertreterversammlung im Juni in Kiel, und sprach dann über den Vortrag des Landesgruppenvorsitzenden Edmund Ferner zur Dokumentation des polnischen Literaturhistorikers Jan Josef Lipski. Dessen Buch „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ hat in Polen viel Aufsehen und auf Angriffe ausgelöst, Lipski geht dabei auf die Gebietsverhältnisse ein und auch auf die Vertreibung der Deutschen. Den Ausführungen von Baltrusch folgte eine lebhafte Aussprache, in der die Teilnehmer über ihre eigenen Erfahrungen berichteten, die sie in und mit Polen gemacht haben. Die Geburtstagskinder des Monats waren: Hildegard Neppessen, Karla Baltrusch, Georg Baltrusch und Ulrich Klemens.

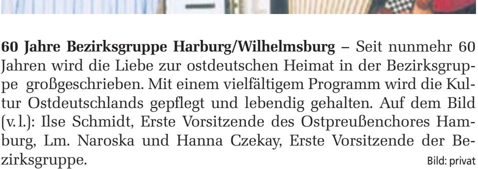
Bad Schwartau – Die Herbstfahrt der Gruppe geht nach Walsrode in die Lüneburger Heide zum Heide-Back-Haus mit einem „Vollkorn-Seminar“, Besichtigung der Backstube und Führung, danach eine Komödie im Back-Theater und ein musikalischer Abschluss mit Mitsingen und Schunkeln – natürlich alles einschließlich eines kräftigen Mittagessens und großen Kaffeetrinkens mit Heidjer-Sahnetorte und Rahmbutterkuchen und eines Gastgeschenks. Abfahrt ZOB Bad Schwartau, 9 Uhr, Preis alles inklusive 44 Euro. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Informationen bei Regina Gronau, Promenadenweg 26, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 26706.

Flensburg – Montag, 16. August, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Flensburger Kirche St. Marien mit anschließendem Kaffeetrinken. Weitere Informationen bei W. Brandes, Telefon (0461) 74816. – Anfang Juli führte die Gruppe einen Ausflug nach Langenhorn, Nordfriesland durch. Es zog sie in die Laurentiuskirche, denn dort steht eine bedeutende Orgel, die eine hochinteressante Vergangenheit hat. Den Vortrag hielt Uwe Carstens. Im Jahr 1715 wurde in Langenhorn Sönke Ingwersen, Sohn eines Pferdehändlers geboren. Dieser junge Mann geriet in einen Streit, der Kontrahent fiel zu Boden, war bewusstlos, I. nahm an, er habe ihn erschlagen. Ingwersen verließ 1734 das Dorf, heuerte auf einem Segler im Hamburger Hafen an und fuhr als Moses nach Fernost, Java. Im Laufe der Zeit des Erwachsenwerdens erlernte er den Beruf eines Kaufmanns. Durch Geschick, Sparsamkeit, Fachverstand im Handel wurde er über einige Jahre ein sehr reicher Mann, heute könnte man sagen er war mehrfacher Milliardär. Er legte sich den Namen Sönke Seneca (lat. Namensänderung) zu, aus seiner ersten Ehe mit Adriana van Loo gingen zwei Mädchen hervor. Leider verstarb seine Frau im Alter von 29 Jahren. Dieser reiche Ingwersen hatte seine Heimat nie vergessen, er ließ auf seine Kosten die Dorfkirche in Langenhorn vergrößern und eine große Orgel bauen. Im Jahre 1757 zog er in das Herzogtum Schleswig um, kaufte vom dänischen König, Frederik V. die Schlossruine Gelting in Angeln, ließ sie unter hohen Ausgaben aufbauen und zog im Jahr 1758 ein. Mit seiner zweiten Frau blieb die Ehe kinderlos. Auch in diesen Jahren spendete er weiterhin seiner Heimatgemeinde Geld. Ingwersen wurde in den Adelsstand zum Baron von Geltinc erhoben (musste jedoch dem dänischen König diese Ernennung bezahlen). Nach seinem Ableben ging das Schloss Gelting in den Besitz der Familie von Hobe über. Jedes Jahr findet im Sommer in Langenhorn das so bekannte Orgelkonzert statt. Weltberühmte Organisten erfreuen die Besucher.

Neumünster – Donnerstag, 5. August, 16 Uhr, Kranzniederlegung am Friedenshain. – Sonntag, 8. August, 12.45 Uhr, „Tag der Heimat“ im Festsaal der Stadthalle Neumünster. Kultureller Schwerpunkt bildet Ost- und Westpreußen. – Nicht nehmen konnte man den Vertriebenen ihren geistigen Kulturschatz – das unsichtbare Fluchtgepäck. Dazu gehört als wichtiger Teil das heimatliche Liedgut, in dem sich Schicksal und Seele der Menschen ausdrückt. Gebürtige Ostpreußen verschafften sich in der Literatur und Kunst Rang und Namen. Ihre Lebenswerke hatten großen Einfluss auf die Schaffenszeit der nachfolgenden Generation. Die Literatur in seiner ganzen Bandbreite mit den Geistesgrößen wie Kant, dem größten Sohn der Stadt Königsberg, Ernst Wiechert, Simon Dack, Johann Gottfried Herder und die Neuzeitlichen Siegfried Lenz und Arno Surminski, um nur einige zu nennen. Aufbewahren für alle Zeit sollte man aber auch den besonderen Beitrag, den ostdeutsche Frauen – zum Beispiel Agnes Miegel, Käthe Kollwitz – zur Kulturgeschichte geleistet haben. Unzählige schöpferische Kräfte bereicherten über Jahrhunderte Ostpreußen durch ihre bedeutenden Werke. Ihre Leistungen in schicksalsschwerer Zeit sollten nicht vergessen werden, auch nach sechs Jahrzehnten der Flucht und Vertreibung. Die jeweilige Landschaft hat mit ihrer Geschichte und Kultur die Identität dieser Menschen geprägt, aber umgekehrt ist das Gesicht und die Geschichte Ostpreußens durch Menschen bestimmt worden, die aus der Gemeinschaft stammten und in ihr wurzelten. Traditionen, Bräuche und Sitten pflegen und festhalten, gemeinsames Beisammensein mit Gesprächen geben Mut und Durchhaltevermögen, diesen kulturellen Reichtum unseren Nachkommen zu vererben. Durch diesen Bestandteil der intensiven Arbeit aller ehrenamtlichen unermüdlichen Helfer und Mitglieder bleibt das Erbe unvergessen, und die Treue und Verbundenheit zur Landsmannschaft gibt Kraft zum Weitermachen. Kulturelle Veranstaltungen bereichern unser Programm und alle Nachmittage sind stets gut besucht. Immer wieder werden interessante Themen in der monatlichen Veranstaltung erörtert und in Erinnerung gebracht. Dias und Filme von Ostpreußen oder Urlaubsreisen werden vorgeführt. Nachdenkliche und lustige Gedichte und Geschichten in ostpreußischer Mundart werden gerne gehört. Ausflüge und gesellige Nachmittage fördern den Zusammenhalt, wobei der Gesang nicht zu kurz kommt. – Die Gruppe trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 15 Uhr im „Restaurant am Kantplatz“ und Gäste sind stets herzlich willkommen.

Uetersen – Unter der Führung des Ersten Vorsitzenden Joachim Rudat unternahm die Gruppe ihren diesjährigen Tagesausflug in die Holsteinische Schweiz. Die Busfahrt führte durch das landschaftliche schöne Holsteinerland, während der Busfahrer es verstand, mit Hinweisen und kleinen Scherzen zur Unterhaltung beitrug. Gegen Mittag kam man in der Ausflugsgaststätte Fegetasche – am Plöner See – an, wo das Mittagessen eingenommen wurde. Der Name „Fegetasche“ geht auf eine landesherrliche Zollstätte an der Hauptverbindungsstraße von Plön über Malente nach Eutin zurück, die bis 1838 auf dieser Landenge stand und vom Volksmund so treffen bezeichnet wurde. Nach dem Essen begab man sich zur Anlegestelle, um von dort zu einer Schiffsfahrt durch die schönste Seenlandschaft Schleswig-Holsteins aufzubrechen. Unterwegs lief das Schiff mehrere Anlegestellen an, so dass andere Gäste aus- oder zusteigen konnten. Ziel der Reisegruppe war die „Prinzeninsel“ im Großen Plöner See. Dort wartete im Garten-Pavillon des Niedersächsischen Bauernhauses die Kaffeetafel auf die Gruppe. Es gab wunderbaren selbstgebackenen Obstkuchen und reichlich Kaffee. anschließend konnte sich jeder auf der Insel umsehen. Anschließend fuhr man zur „Fegetasche“ zurück, um von dort – auf einer anderen Strecke – die Heimfahrt anzutreten.






60 Jahre Bezirksgruppe Harburg/Wilhelmsburg – Seit nunmehr 60 Jahren wird die Liebe zur ostdeutschen Heimat in der Bezirksgruppe großgeschrieben. Mit einem vielfältigem Programm wird die Kultur Ostdeutschlands gepflegt und lebendig gehalten. Auf dem Bild (v.l.): Ilse Schmidt, Erste Vorsitzende des Ostpreußenchores Hamburg, Lm. Naroska und Hanna Czekay, Erste Vorsitzende der Bezirksgruppe. Bild: privat



Ostpreußische Kulturstiftung tagte im Ostpreußischen Landesmuseum – Im Rahmen der Zusammenkunft der Ostpreußischen Kulturstiftung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg überreichten Wilhelm v. Gottberg (rechts) und Dr. Barbara Loeffke (Mitte) vom Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung im Beisein der Mitglieder der Ostpreußischen Kulturstiftung dem Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Dr. Joachim Mähnert (dritter von rechts), zwei eindrucksvolle Werke der bekannten Königsberger Künstlerin Gertrud Lerbs-Bernecker für die Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums. Gestiftet wurden die Bilder von dem langjährigen Mitglied des Fördererkreises, Waltraud Ringe. Bild: privat

Gedenken – Plachandern – Feiern

Das Ostpreußenfest auf Schloss Burg bewies wieder einmal mehr die Verbundenheit der Vertriebenen mit ihrer Heimat

Das diesjährige „Kleine Ostpreußentreffen“ auf Schloss Burg an der Wupper stand unter dem Zeichen der Erinnerung an die Volksabstimmung vor 90 Jahren.

Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, hat zur nunmehr 14. Kulturveranstaltung auf Schloss Burg bei Solingen eingeladen. Zahlreiche Landsleute, Persönlichkeiten des sozialen und politischen Lebens sowie treue Ostpreußen-Freunde versammelten sich trotz glühender Hitze vor der Gedenkstätte des deutschen Ostens, um das traditionelle „Kleine Ostpreußentreffen“ zu feiern. Zu den prominenten Gästen gehörten u.a. der ehemalige Landtagsabgeordnete Horst Westkämper, der BdV-Landesvorsitzende Hans-Günther Parplies, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien Rudi Pawelka, der Bürgermeister von Remscheid Lothar Krebs und seine Kollegin aus Wuppertal Karin Schulz sowie Vertreter des Schlossbauvereins. Mitglieder aus den fünf nordrhein-westfälischen Regierungsbezirken der Landesgruppe im Zeichen der Elchschaufel ließen es sich auch diesmal nicht nehmen, zu zeigen und zu demonstrieren sowie vorzuführen und aufzutischen, was typisch ostpreußisch ist. Bei einem Rundgang über den Schlosshof konnten die Besucher verschiedene Handarbeiten bewundern, Bernsteinschmuck und Wappen erwerben sowie am Büchertisch der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen die eine oder andere seltene Schrift oder Landkarte unter die Lupe nehmen. Auch der Bund junges Ostpreußen hat sich mit einem Informations-Stand vorgestellt. Köstliche kulinarische Spezialitäten sorgten für das leibliche Wohl.

Volksabstimmung – auf den Tag genau vor 90 Jahren



Jedes Jahr ist das »Kleine Ostpreußentreffen« auf Schloss Burg an der Wupper ein – nicht nur in kultureller Hinsicht – Höhepunkt in der landsmannschaftlichen Vertriebenenarbeit. Bild (2): D.G.

Jürgen Zauner, Vorsitzender der Landesgruppe NRW, verriet in seinem Grußwort: „Es ist sehr erfreulich, dass wir 61 Jahre nach unserer Gründung hier im Bergischen Land noch zusammenkommen und den Schlossplatz füllen können. Heute, auf den Tag genau vor 90 Jahren, haben die Menschen zwischen Maas und Memel auf die Abstimmungsgebiete in West- und Ostpreußen geschaut und ein überzeugendes vaterländisches Ergebnis erhalten. Unsere Vorfahren in Masuren und im Ermland haben die damalige, aufgezwungene Herausforderung angenommen und mit Bravour bestanden.“

Die diesjährige öffentliche Kulturveranstaltung der aus ihrer Heimat vertriebenen und seit Jahrzehnten in NRW lebenden Ostpreußen erinnerte an den Akt der Selbstbestimmung vom 11. Juli 1920. Die Bewohner der Abstimmungsgebiete Ost- und Westpreußens traten damals entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages an die Wahlurnen, um über die staatliche Zugehörigkeit ihrer Heimat zu entscheiden. Das Ergebnis des unter alliierter Kontrolle stattgefundenen Referendums fiel eindeutig aus: Im Regierungsbezirk Allenstein sprachen sich 97,9 Prozent der Bevölkerung für den Verbleib bei Ostpreußen aus, im Bezirk Marienwerder wiederum waren es 92,4 Prozent, die gegen die in Versailles propagierten polnischen Annexionsbestrebungen stimmten. Somit hatten Masuren, Ermländer und Westpreußen mit ihrem überwältigenden Bekenntnis zu Deutschland ein unmissverständliches Signal gesetzt.

Ostpreußische Handarbeit darf natürlich auch nicht fehlen.

Auch der diesjährige Festredner, WDR-Redakteur Hubert Maessen, widmete seinen Vortrag dem historischen Ereignis vom 11. Juli 1920 und betonte dessen Bedeutung insbesondere für die ostpreußische Bevölkerung.

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, überbrachte ein Grußwort des Generalsekretärs der Europäischen Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (EUVF), Dr. Massimiliano Lacota: „Ihre Veranstaltung ist von grundsätzlicher Bedeutung. Nicht nur, weil Sie damit an eine Volksabstimmung erinnern, die in die Geschichte Ostpreußens eingegangen ist und die Geschicke dieser Regionen bestimmt hat, die andernfalls sofort einer drastischen ‚Polnisierung‘ zum Opfer gefallen wären, sondern weil es sich gleich denen, die fast zur selben Zeit etwa in Oberschlesien, in Schleswig, in Kärnten stattfanden, um eine der ersten Anwendungen des Prinzips der Selbstbestimmung handelte, das von Woodrow Wilson feierlich verkündet worden war und das im Rahmen des Versailler Vertrags richtungweisend sein sollte, aber in Wirklichkeit nicht konsequent, sondern mit schamloser Willkür angewandt wurde.“

Dr. Lacota weiter: „In diesem Sinn glaube ich, dass diese Gedenkveranstaltung ein bedeutendes Zeichen setzen, ein klares Zeugnis dafür ablegen muss, dass das von Millionen erlittene Unrecht – auch nach dem Zweiten Weltkrieg durch wilde Vertreibungen und Massenmassaker, denen Tausende Frauen und unschuldige Kinder zum Opfer gefallen sind – nicht einfach einer heute anachronistisch gewordenen, alles rechtfertigenden Logik untergeordnet werden kann und darf.“

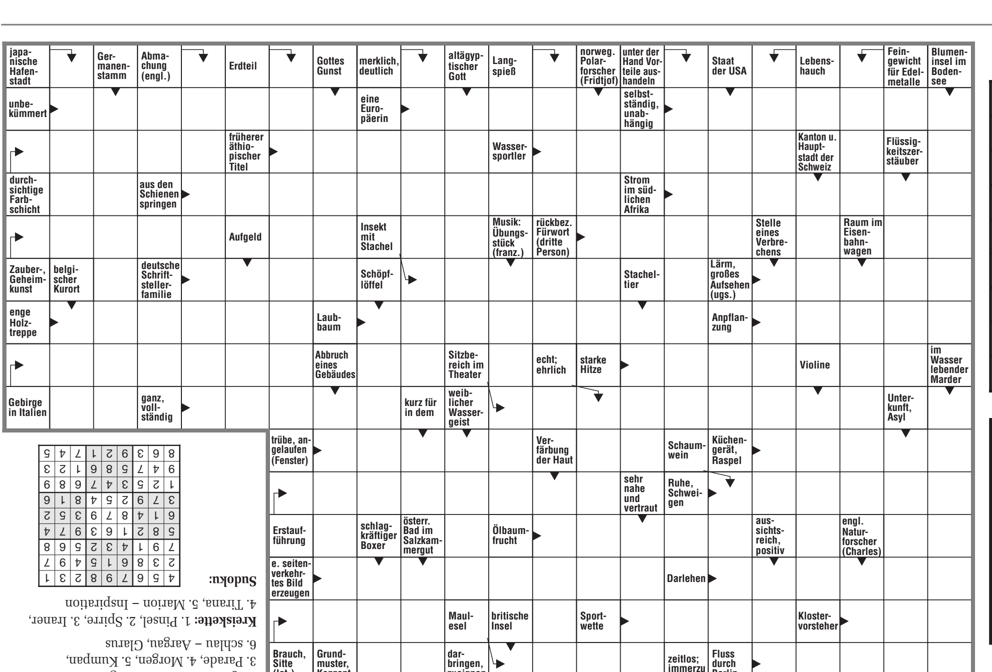
Auch der BdV-Landesvorsitzende Hans-Günther Parplies – ein gebürtiger Ostpreuße – hob in seinem Grußwort den hohen Stellenwert der Kulturveranstaltung auf Schloss Burg hervor und rief seinen Landsleuten ein herzliches „Weiter so“ zu.

Beeindruckende Programmpunkte des Kulturfestes waren das Glockenläuten der Königsberger und Breslauer Glocke sowie das Totengedenken mit Kranzniederlegung durch Vertreter des Landesvorstandes. Auch dem Trompetensolo von Frank Braun „Ich hatt‘ einen Kameraden“ aus einem Fenster des Batterieturms wurde mit gebührender Aufmerksamkeit gelauscht.

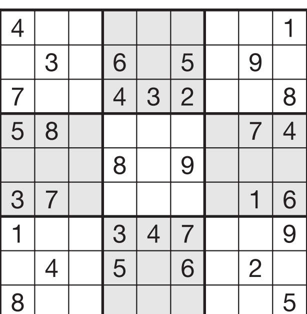
Lacota: »... mit schamloser Willkür angewandt wurde.«

Eine fröhliche Stimmung kam jedoch auf, als Dr. Bärbel Beutner zum „Bunten Reigen“ einlud. Für die musikalische Umrahmung sorgten die von Torben Krause angeführten Dabringhausener Musikanten sowie die von Peter Tillmann geleiteten Sängerfreunde der Feuerwehr Ennepetal-Oberbauer. Mit viel Enthusiasmus war auch die Senioren-Volkstanzgruppe der Ostpreußen aus Wuppertal mit von der Partie.

Viele der Anwesenden nutzten die Gelegenheit, den Glockenturm und die vor kurzem teilrest-aurierte Gedenkstätte der deutschen Heimatvertriebenen zu besuchen. *Dieter Göllner*

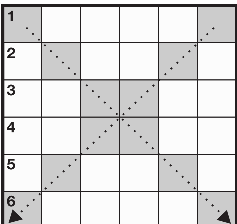


Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



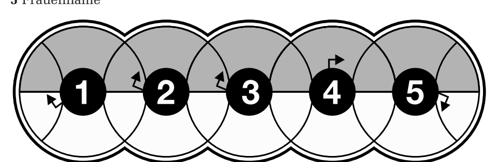
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kantone der Schweiz.

1 Hilfe aus der Not
2 schwarzes Ergussgestein
3 Truppenvorbeimarsch
4 Teil des Tages
5 verächtlich: Geselle, Genosse
6 klug, gewitzt

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine geistige Eingebung.

1 Malgerät, **2** Blütenstand, **3** Vorderasiat, **4** Hauptstadt von Albanien, **5** Frauenname



Der Geschichte verpflichtet

S.K.H. Prinz Michael von Preußen trägt einen großen Namen – und erzählt von seinen Vorfahren

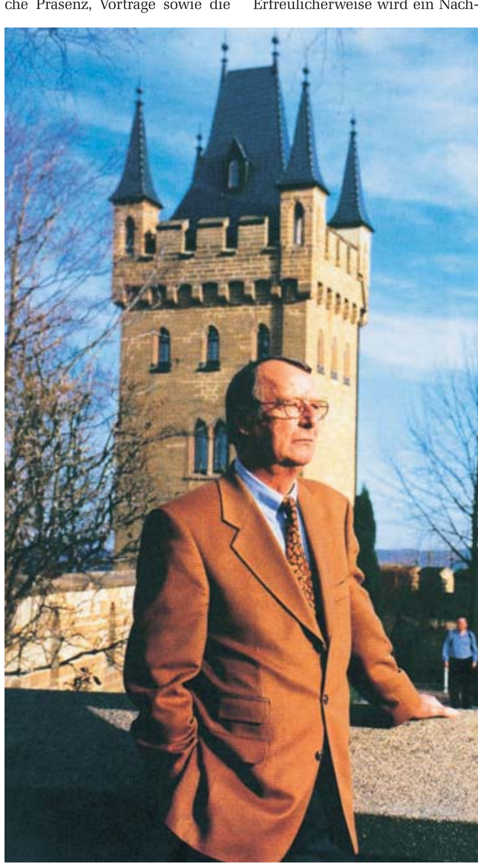
S.K.H. Prinz Michael von Preußen gewährt in seinem neuen Buch „Zu Gast bei Preußens Königen" einen intimen persönlichen Einblick in das Leben bei Hofe. Silke Osman nahm das Erscheinen des Buches zum Anlass, Prinz Michael von Preußen einige Fragen zu stellen.

PAZ: *Im Luisen-Jahr erlebt Preußen eine Renaissance. Als Urenkel Kaiser Wilhelms II. tragen Sie Preußen in Ihrem Namen. Inwieweit bestimmt Preußen auch heute Ihren Alltag?*

Prinz Michael von Preußen: Die Preußen-Renaissance setzte bereits mit dem Mauerfall 1989 ein. Auch wir, meine Frau und die beiden Töchter, nutzten die erstbeste Gelegenheit, endlich ohne Behinderung Potsdam besuchen zu können. Tausende von Mitmenschen hatten denselben Wunsch. Alle wollten die Wirkungsstätten Preußens wiedersehen oder neu entdekken. Mit jedem bedeutenden Preußendatum setzte übrigens eine neue Welle des Interesses an unserem vormals regierenden Kaiser- und Königshaus ein. Nach 1989 war es 2001 – 300 Jahre Preußen und Krönung des ersten Königs in Preußen Friedrich I. Jetzt natürlich das Königin-Luise-Jahr, das große Begeisterung besonders der Berliner Bevölkerung hervorruft. Somit hat jedes Ereignis in Preußens Geschichte seine eigene Wirkung. Das nächste große Datum wird das Jahr 2012 sein, das 300. Todesjahr unseres bedeutenden Vorfahren Friedrich II., des Alten Fritz.

PAZ: *Wo sehen Sie die Chance, jungen Menschen Preußen nahezubringen?*

Prinz Michael von Preußen: Als Träger dieses großen Namens fühlen wir, meine Geschwister und ich, uns verpflichtet, Geschichte weiterzutragen. Als letzte Zeitzeugen stehen wir mitten im Geschehen, Geschichte etwas lebendiger darzustellen, ohne dabei mit dem berüchtigten Säbel zu rasseln. Durch persönliche Präsenz, Vorträge sowie die Verbreitung von schriftlichen Werken und Artikeln können wir einen Beitrag leisten, um am steigenden Interesse vor allem bei den jüngeren Menschen am Thema Preußen mitzuwirken. Erfreulicherweise wird ein Nachholbedürfnis dieses Teiles deutscher Geschichte an den Schulen durchaus sichtbar.



Geschichtsbewusst: Prinz Michael von Preußen vor der Stammburg der Hohenzollern in Hechingen Bild: Lingen Verlag

PAZ: *Sie haben Ihre Kindheit in Cadinen bei Elbing verbracht. Welche Erinnerungen haben Sie an diese Zeit?*

Prinz Michael von Preußen: Kurz nach meiner Geburt im März 1940 zog es die Familie, meine Eltern, mein älterer Bruder Friedrich Wilhelm und ich, von Berlin nach Cadinen. Hier kamen 1942 und 1943 meine beiden Schwestern Kira und Marie Cécile zur Welt. Die unbeschwerte Kindheit dort dauerte bis zum Sommer 1944. Mein zweiter Bruder Lulu wurde schon auf der Flucht in Golzow geboren. Trotz der kurzen Zeit in Cadinen kann ich mich an einige Ereignisse noch genau erinnern. Mein Bruder und ich, damals vier und drei Jahre alt, gingen eines Tages auf Entdeckungsreise. Unser Verschwinden hatte nach einiger Zeit eine dörfliche Großfahndungsaktion ausgelöst. Schließlich wurden wir in der Dorfkirche entdeckt, wo wir es uns auf dem Thron des Kaisers gemütlich gemacht hatten. Im Triumphzug wurden wir Ausreißer mit Freude und großer Erleichterung durch das Dorf geleitet und wohlbehalten bei unseren Eltern abgeliefert. Ein anderes Erlebnis war allerdings wesentlich ernster. Meine Schwester Marie Cécile feierte ihren zweiten Geburtstag. Wir spielten in der Nähe des Gartenteichs. Plötzlich entdeckte meine Schwester ihr Spiegelbild auf der Wasseroberfläche. Neugierig beugte sie sich weiter vor, um sich noch näher zu sehen. Dabei verlor sie das Gleichgewicht und landete im Wasser. Ich fing laut an zu schreien, mein Bruder fiel vor Schreck ins Gras. Glücklicherweise standen zwei Gärtner am Teich, die Algen entfernten. Gekonnt ergriff der eine meine Schwester am Kleidchen und sie war wieder an Land. Außer einem gehörigen Schrecken blieb nur die Erinnerung an einen „feuchten" Geburtstag. Auch an Besuche meines geliebten Großvaters, des Kronprinzen, erinnere ich mich gerne. Die wenigen Jahre in unserer Heimat werden unvergessen bleiben.

Die Ausreißer saßen auf dem Thron des Kaisers

PAZ: *Mit Ihrem Buch „Zu Gast bei Preußens Königen" haben Sie ein anschauliches, nicht unkritisches Bild der preußischen Hohenzollern gezeichnet. Was hat Sie an diesem Thema besonders gereizt?*

Prinz Michael von Preußen: Da ich 2008 bereits das Buch „Auf den Spuren deutscher Monarchien" herausgegeben habe, kamen mein Verleger Werner Schulte vom Lingen Verlag und ich auf die Idee, das Thema Preußen von einer ganz anderen Seite zu beleuchten. Während das erste Buch eine eher sachliche Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Länder, vor allem während der wilhelminischen Zeit, ist, sollte das neue Buch einen persönlichen, heiteren und unterhaltsamen Eindruck vom Leben „bei Hofe" gewähren. Ein wenig Kritik durfte in der Betrachtungsweise nicht fehlen.

PAZ: *Bestehen Pläne für weitere Publikationen?*

Prinz Michael von Preußen: Mit Sicherheit werde ich mit Werner Schulte das Jahr 2012, das Friedrich-der-Große-Jahr, gebührend literarisch bedenken. Die Staufer und Wilhelm I. sind auch im Gespräch.

»Essen heißt: Ich lebe noch«

Einem außergewöhnlichen Koch über die Schulter geschaut – Ruprecht Schmidt kocht für unheilbar Kranke

Ein in Luxusrestaurants ausgebildeter Koch mit Aussicht auf eine glanzvolle berufliche Laufbahn wählte einen anderen Weg als den vorgezeichneten: Ruprecht Schmidt wollte nicht Küchenchef in einem Gourmettempel werden, nicht mehr am laufenden Band Hummer für gut situierte Gäste knacken und auch nicht Flusskrebse auf grausige Weise massakrieren. Vor elf Jahren wurde er Koch im Hamburger Hospiz „Leuchtfeuer" im Stadtteil St. Pauli. An dem abgeschirmten Ort verbringen unheilbar kranke Menschen die ihnen verbleibende Lebenszeit in harmonischer Atmosphäre. Für sie gibt Ruprecht Schmidt sein Bestes, und es bedeutet ihm viel, ihnen mit wohlschmeckenden Mahlzeiten täglich eine Freude bereiten zu können. Die Journalistin Dörte Schipper hat dem außergewöhnlichen Koch bei seiner Tätigkeit über die Schulter geschaut, hat ihn und die Menschen im Hospiz „Leuchtfeuer" eine Zeitlang begleitet. 2009 wurde die Autorin für ihre gemeinsam mit einem Kollegen erstellte Fernsehreportage „Der Luxuskoch vom Hospiz" mit einem der ältesten deutschen Journalistenpreise ausgezeichnet, dem Erich Klabunde-Preis. Lesenswert ist auch das in diesem Zusammenhang entstandene Buch Schippers, für das Udo Lindenberg ein Vorwort beisteuerte. „Den Tagen mehr Leben geben" lautet der Titel, in Anlehnung an den Wahlspruch des Hospizes: „Wir können dem Leben nicht mehr Tage geben, aber den Tagen mehr Leben."

Was im Leben wirklich zählt



Hat seine Bestimmung gefunden: Ruprecht Schmidt Bild: Leuchtfeuer

Was zählt im Leben wirklich? Wo finden Menschen Trost, denen nur noch eine Lebenszeit von wenigen Monaten oder Wochen verbleibt und die zunehmend an den Symptomen ihrer Krankheit leiden? Kann eine leckere Mahlzeit überhaupt die Stimmung eines todkranken Menschen heben? Selbstverständlich hatte sich Ruprecht Schmidt mit diesen Fragen auseinandergesetzt, bevor er die Herausforderung der neuen Arbeitsstelle annahm. Im Laufe der Zeit wurde ihm klar, welche Bedeutung Essen über die Gaumenfreude hinaus haben kann: „Essen heißt, ich lebe noch!" Das hat er mehrfach von seinen Gästen gehört. Auf deren individuelle Bedürfnisse und Wünsche geht er ein, oder er verständigt sich darüber mit ihren Verwandten, die bei der Pflege unterstützend mitwirken. Es war die soziale Komponente, die ihm bei seinen früheren Arbeitsstellen gefehlt hatte. In einer Pastorenfamilie aufgewachsen, hatte er früh Werte wie Anstand und Hilfsbereitschaft verinnerlicht. An einem bestimmten Punkt seines Lebens suchte er nach einer Möglichkeit, beides, seinen Beruf und seinen Wunsch nach einer Tätigkeit im sozialen Bereich, in Einklang zu bringen.

Christliche Werte verinnerlicht

Bei den Mahlzeiten im Hospiz sitzen die Bewohner, die dazu in der Lage sind, mit Freunden, Familienangehörigen und Mitarbeitern gemeinsam zu Tisch. Es ist eine bunte Mischung von Menschen, die sich sonst kaum begegnen würden. Hier können die Betroffenen ihre schweren Sorgen für kurze Zeit ausblenden und Augenblicke der unbeschwerten Fröhlichkeit erleben. Die Autorin Dörte Schipper hörte ihnen zu und umreißt Lebenswege, die so unterschiedlich sind wie der Umgang der Menschen mit ihrem unabwendbaren Schicksal.

In der familiären Umgebung des Hospizes fühlen sich viele Todkranke gut aufgehoben, bei anderen dominieren Verzweiflung, Aufbegehren oder auch Apathie. Traurigkeit, Hoffnung, Verzweiflung – diesen Emotionen begegnen die Pflegekräfte und auch der Küchenchef täglich.

Auch Ruprecht Schmidt musste lernen, damit umzugehen ebenso wie mit den Wünschen der Bewohner nach kleinsten Portionen oder auch ihrer Weigerung, Nahrung zu sich zu nehmen. Mit der Zeit hat sich bei ihm die Wahrnehmung seiner Tätigkeit als Koch geändert. Ihm ist klar: „Erst nachdem ich viele Jahre als Koch tätig war und den Beruf im normalen Alltag erlebt hatte, war ich in der Lage, eine Stelle wie diese anzunehmen. Mein Ehrgeiz ist derselbe geblieben. Ich will mir nach wie vor mit meinem Job etwas beweisen. Nur nicht unbedingt in diesen klassischen Küchenkategorien."

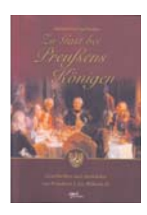
Dagmar Jestrzemski

***Dörte Schipper: „Den Tagen mehr Leben geben – Über Ruprecht Schmidt, den Koch und seine Gäste"**, Bastei Lübbe Verlag 2010, gebunden, 253 Seiten, 19,99 Euro*

Für Sie gelesen

Geschichte und Geschichten

War der Große Kurfürst ein Held, fragt Michael Prinz von Preußen in seinem neuen Buch „Zu Gast bei Preußens Königen". Ein Held nicht, aber ein Mann mit politischem Weitblick und diplomatischem Geschick, betont der Autor. Kurfürst Friedrich Wilhelm war es schließlich, der das Fundament für das spätere Königreich Preußen legte. Mit ihm beginnt die Geschichte Preußens, die sein Nachfahre im 21. Jahrhundert so lebendig nacherzählt. Spannend wird es, wenn er von der zweiten Ehefrau des Großen Kurfüsten berichtet. Dorothea von Holstein-Glücksburg muss ein intrigantes Weib gewesen sein und soll sogar Gift eingesetzt haben, um ihren Söhnen ein Erbrecht zu sichern. Auch um die erste preußische Königin Sophie Charlotte ranken sich Anekdoten. So zückte sie mitten während der Krönungszeremonie in Königsberg kurzerhand eine Schnupftabakdose, um eine Prise zu nehmen, und ließ ihren Mann Friedrich I. warten, der ihr gerade die Krone aufs Haupt setzen wollte. Die geistreichen und amüsanten Geschichten rund um Preußens Könige – und Königinnen – sind nicht zuletzt für „Preußen-Einsteiger" unterhaltsam zu lesen. Durch diesen ganz persönlichen, manchmal auch kritischen Blick auf die Herrscher und die Hofgesellschaften im Wandel der Zeiten ist ein anschauliches und lebendiges Panorama der preußischen Monarchie entstanden. *os*



***Michael Prinz von Preußen: „Zu Gast bei Preußens Königen"**, Lingen Verlag, Köln 2010, gebunden mit Schutzumschlag, 144 Seiten mit zahlreichen schwarzweißen und farbigen Abbildungen, 16,95 Euro*

In Kürze

Frühstückstreff für Jung und Alt

Wer mag schon gern allein frühstücken und das auch noch an einem Sonntag? Findige Menschen in Darmstadt fanden im Sommer 2001 eine Lösung. Sie riefen den „Frühstückstreff" ins Leben, eine Idee, die bundesweit viele Freunde und Nachahmer fand. Inzwischen gibt es ihn in mehr als 50 Städten in Deutschland, auf Ibiza und im australischen Melbourne. Treffpunkt sind ausgewählte Cafés und Bistros. Die Teilnehmerzahl liegt zwischen 20 und 90 Personen, die sonntags zwischen 11 und 13 Uhr gemeinsam brunchen und plaudern möchten. Der Frühstückstreff ist offen für alle netten Menschen jeden Alters, die ihren Freundeskreis erweitern und sich in guter Gesellschaft angeregt unterhalten möchten. Die Teilnahme am Frühstückstreff kostet nichts, jeder Gast zahlt seine Getränke und den Verzehr selbst. Es besteht auch die Möglichkeit, einen eigenen Frühstückstreff ins Leben zu rufen. Informationen über die regionalen Frühstückstreffs sind im Internet unter www.fruehstueckstreff.info zu finden. *PAZ*



»Seien wir schrecklich«

Methoden des Kommunismus

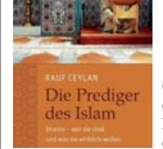
1949 lebte gut ein Drittel der Weltbevölkerung in kommunistisch regierten Staaten. 40 Jahre später, nach der Auflösung des Ostblocks, schien die Ideologie des Kommunismus erledigt zu sein. Indessen hält sich diese Staatsform noch in Kuba, Nordkorea und in Form des „chinesischen Sonderwegs“. Der Historiker David Priestland, Hochschullehrer für Neuere Geschichte in Oxford, hat eine „Weltgeschichte des Kommunismus – Von der Französischen Revolution bis heute“ vorgelegt. Es handelt sich um einen Rückblick auf gut 200 Jahre, in denen sich die kommunistische Idee rund um den Erdball ausgebreitet und den Verlauf der Geschichte geprägt hat. Priestland hat damit einen Themenkomplex von schier unfassbarem Umfang bewältigt, ist doch allein der Sowjetkommunismus, der im Mittelpunkt steht, ein großes Projekt. Weiterhin hat er die Entwicklungen in Europa, China, Kambodscha, Nordkorea, Afrika und Lateinamerika untersucht und dabei die jeweiligen kommunistischen Vordenker porträtiert. Das aus zwölf Einzelkapiteln bestehende Werk ist dementsprechend äußerst detailreich, doch es ist für ein breites Publikum konzipiert. Passagen, in denen Ereignisse und Einzelschicksale im Mittelpunkt stehen, werden eingeblendet. Zudem: Priestland rechnet nicht ab.

„Seien wir schrecklich, damit das Volk nicht schrecklich sein muss!“ Dantons Aufruf zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der kommunistischen Utopie von der Gleichheit der Menschen und spaltete ihre tonangebenden Anhänger. Von Anfang an gab es sehr unterschiedliche Auffassungen vom Klassenkampf und über die Mittel des Machterhalts. Deren Vertreter bekämpften einander gnadenlos. Die politischen Spielarten des Kommunismus, die sich jeweils durchsetzten, von Lenin und Tito, Mao, Fidel Castro und Kim Il-Sung bis zu Pol Pot und den Roten Khmer, waren geprägt von Terror und Gewaltherrschaft, Bevormundung und Verdächtigung, Mangelwirtschaft und Kollektivierungskampagnen. Dem eigenen Volk wurde ein niedriger Lebensstandard aufgezwungen, um die Industrialisierung zu finanzieren. Allen Theorien zum Hohn traten in den sozialistischen Gesellschaften oft schroffe Klassenunterschiede zutage. Um die Bevölkerung in Schach zu halten, wurden die Massen manipuliert und mobilisiert. Dem Umgang der Machthaber mit Künstlern und Kunstwerken hat der Autor viel Aufmerksamkeit gewidmet. Protestbewegungen wie 1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn oder 1968 in der CSSR schwächten die Autorität des mächtigen „Großen Bruders“ ebenso wie Rumänien und Albanien mit ihrer „hochstalinistischen“ und gleichzeitig nationalistischen Ideologie: „Beide Länder waren nichtslawische Agrargesellschaften … Sie betrachteten die Sowjetunion unter Chrustschow als neue imperialistische Macht, als Bedrohung ihrer nationalen Eigenständigkeit.“ Unter Michail Gorbatschow, der Reformen nach schwedischem Vorbild anstrebte, implodierte das System schließlich.

Von der Französischen Revolution bis heute

Im vorletzten Kapitel „Zwillingsrevolutionen“ geht es um Aus- und Nachwirkungen wie die Faszination der Eliten in der Entwicklungs- und Kolonialländern, die Freiheitskämpfer im Dschungel und die westlichen Studentenbewegungen zur Zeit von Nixon und Kissinger. Der Autor bietet Erklärungen an, zum Beispiel: Warum sehen so viele Menschen in Russland bis heute in Stalin ein leuchtendes Vorbild? Nach dem Krieg, erläutert Priestland, schien die Existenzberechtigung des Kommunismus festgeschrieben. Der Sowjetkommunismus war unauflöslich mit Stalins Sieg über das nationalsozialistische Deutschland verknüpft. *Dagmar Jestrzemski*

***David Priestland: „Weltgeschichte des Kommunismus von der Französischen Revolution bis heute“**, Siedler Verlag 2009, geb., 782 Seiten, Abbildungen, 32 Euro*



Entfremdung statt Integration

Religionswissenschaftler fordert Imam-Ausbildung in Deutschland

Rauf Ceylan ist einer jener Menschen, die ihre Überzeugungen leben. Der 1976 in Duisburg geborene Sohn kurdischer Eltern hat sich schon früh für das Verhältnis zwischen Integration sowie islamischer Religion und Tradition interessiert. Vor einigen Monaten sorgte sein Buch „Die Prediger des Islam; Imame – wer sie sind und was sie wirklich wollen“ in Deutschland für Aufsehen. Vor allem Muslime hörten nicht gern, was Ceylan hierin beschrieb und fordert: Der Professor für Religionswissenschaften mit dem Schwerpunkt islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück möchte, dass in Deutschland tätige Imame auch hier ausgebildet werden. Ausführlich schildert er in seinem Buch, wie das Imamwesen in Deutschland mehr schlecht als recht ungeregelt funktioniert. Die meisten der in Deutschland tätigen Prediger kämen aus dem muslimischen Ausland, viele von ihnen sprächen die deutsche Sprache nicht und würden die Lebenswelt der ihnen anvertrauten Gläubigen nicht kennen, sondern stattdessen jene aus ihrer eigenen muslimischen Heimat als Maßstab nehmen.

Bereits im Interview mit der *PAZ* erklärte Ceylan, wie wichtig es aus seiner Sicht für die Integration von Muslimen ist, dass ihre Imame auch in Deutschland sozialisiert worden sind. Da es muslimische Tradition sei, dass Imame in ihrer Gemeinde meist mehr Autorität und Vertrauen genössen als staatliche Institutionen, sei es absolut notwendig, dass die hier tätigen Imame dem deutschen Staat positiv gegenüber eingestellt sind.

Ein Imam klagte, dass er Schüler nicht schlagen dürfe

Der Autor, der für die Konrad-Adenauer-Stiftung nach Deutschland versetzte türkische Imame in deutscher Gemeinschaftskunde unterrichtet, betont, dass ihre Versetzung auch für die Prediger ein Kulturschock sei. Viele seien irritiert, dass die Gläubigen ihrer Gemeinde ihnen Widerworte geben würden. Auch predigten sie aufgrund mangelnder Deutschkenntnise auf Türkisch und würden von ihren Gemeindemitgliedern verlangen, dass deren Türkisch gut genug ist, um sie zu verstehen.

Der Religionswissenschaftler weist auch darauf hin, wie sehr die Ausbildung des Imam vom Auswendiglernen und nicht vom eigenen Analysieren geprägt sei. Demgemäß würden sie ihre Koranschüler ebenfalls auf das Auswendiglernen trimmen, was dazu führe, dass ihre Schüler den Islam ohne ihn zu hinterfragen in sich aufnehmen.

Auch stieß Ceylan bei seinen Gesprächen mit Imamen auf überraschende Weltbilder. So beklagt einer, dass er freche Schüler nicht schlagen dürfe. Ein anderer sieht es als eine seiner Aufgaben an, die Heimatbindung seiner Gläubigen an die Türkei zu stärken, was auch für jene Gläubigen gelte, die in Deutschland geboren sind. Wieder ein anderer zeigte sich schockiert darüber, über welch „sehr geringes Bildungsniveau“ seine Gemeindemitglieder verfügten. Während Muslime in Kanada und den USA zur Bildungselite gehörten, da sie zumeist als Studenten eingewandert seien, seien die Muslime in Deutschland als Gastarbeiter gekommen, „ohne sich weiterzuentwickeln“. Dies setze auch den Imamen Grenzen, zumal so denn einer der nachfolgenden Generationen studierte, diese häufig dem Moscheeverein den Rücken kehre, da ihm hier nichts geboten würde. Auch die türkischen Männer-Cafés, in denen Glücksspiel sowie osteuropäische und asiatische Animiermädchen den männlichen, meist arbeitslosen Besuchern den Tag versüßten, sind vielen Imamen ein Dorn im Auge.

Gegen Ende seiner Ausführungen zeigt der Autor auf, wie leicht das jetzige, unstrukturierte Imamwesen in Deutschland radikalen Islamisten Raum für ihren Extremismus schafft. So traf Ceylan auf einen Imam, der sich gegen demokratische Wahlen aussprach, denn ein Muslim der wählen ginge, würde doch nur bekennen, dass „die Verfassung höher steht als der Koran“. *Rebecca Bellano*

***Rauf Ceylan: „Die Prediger des Islam; Imame – wer sie sind und was sie wirklich wollen“**, Herder, Freiburg im Breisgau 2010, gebunden, 192 Seiten, 12,95 Euro*



Schere im Kopf

Bitterböse Abrechnung mit der Zensur des iranischen Regimes

Im Iran haben oppositionelle Politiker und Journalisten wenig zu lachen. Um ihre Gegner mundtot zu machen, setzt die Führung in Teheran auf repressive Maßnahmen. Ein Jahr nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen und den anschließenden Massenprotesten hat die Regierung erneut Parteien und Zeitungen verboten und zahlreiche Oppositionsanhänger festgenommen. Mindestens genauso schwer hat es das zarte Geschlecht in dem strengen Gottesstaat. Seitdem die Geistlichkeit im Zuge der islamischen Revolution 1979 die Macht übernommen hat, sind viele Gleichberechtigungsgesetze außer Kraft getreten. Es herrscht wieder die Kopftuchpflicht, deren Einhaltung die Sittenwächter kontrollieren. Das Scheidungsrecht und das Sorgerecht geschiedener Mütter für ihre Kinder wurden eingeschränkt. Nur mit Genehmigung ihres Mannes dürfen Frauen arbeiten und reisen.

In dieser bedrückenden Gegenwart seines Heimatlandes siedelt Shariar Mandanipurs seinen Roman „Eine iranische Liebesgeschichte zensieren“ an. Ein Schriftsteller möchte eine moderne Romanze ohne die übliche Tragik und Düsternis schreiben. Doch wie soll die Liebesgeschichte in einem Land aussehen, in dem unverheiratete Paare in der Öffentlichkeit keine zärtlichen Blicke, Worte oder Berührungen austauschen dürfen? Worüber in der Realität die Tugendpolizei wacht, darauf passt in der Fiktion der staatliche Zensor auf. Um der Behörde zuvorzukommen und sein Buch veröffentlichen zu können, setzt der Autor selbst die Schere im Kopf an.

Davon zeugen die reflexiven Exkurse des Schriftstellers sowie die etlichen durchgestrichenen Passagen in der Liebeserzählung von Sara und Dara – die Helden der Geschichte in der Geschichte. Sie stöbert in der Stadtbibliothek nach moderner Literatur, die ihre Professoren beim Studium ausblenden. Er wurde wegen politischer Aktivitäten verhaftet und gefoltert. Als Straßenhändler verkleidet übermittelt Dara Sara den wichtigsten persischen Roman des 20. Jahrhundert und schreibt ihr durch Punkte unter ausgewählten Buchstaben einen Liebesbrief. Damit beginnt eine Beziehung der beiden, die sich über die rigorose Moral hinwegsetzt und deren tragisches Ende vorherbestimmt ist.

Mandanipur, Jahrgang 1957, zählt zu den bekanntesten Autoren des Irans und lebt heute in den USA. Zehn Jahre lang war er Chefredakteur einer iranischen Literaturzeitschrift, die 2009 aus politischen Gründen eingestellt wurde. In seiner Heimat darf er seit den 1990er Jahren nicht mehr publizieren. Das Buch ist eine bitterböse Abrechnung mit dem iranischen Kulturbetrieb. Die nötige Prise Humor beweist Mandanipur mehrfach, etwa als die Zensurbeamten den Hollywood-Streifen „Der Duft der Frauen“ begutachten. Al Pacino spielt darin einen verbitterten blinden Kriegsveteranen. Der oberste Zensor Herr X. ist selbst blind und muss sich jede Szene beschreiben lassen. Am Ende erklärt er seinen Kollegen die Filmbotschaft: „Es geht darin um die Kunst des Sehens. Die Kunst, Dinge zu sehen, die hinter dem stecken, was man sieht und doch nicht sieht.“

Der Autor bewegt sich leichtfüßig durch die Textebenen und verwebt brillant die politischen Verhältnisse im Land, das Sittenbild der modernen iranischen Gesellschaft und Ausflüge in die persische Literaturgeschichte und Poesie. *Sophia E. Gerber*

***Shahriar Mandanipur: „Eine iranische Liebesgeschichte zensieren“**, Unionsverlag, Zürich 2010, gebunden, 319 Seiten, 19,90 Euro*



Großer Wurf eines Geächteten

Roman war eine reine Anklage gegen das stalinistische Regime

Die russische Dichterin Anna Achmatowa meinte unter dem Eindruck der Terrorherrschaft Stalins, zwei Russlands blickten einander in die Augen – „jenes, das inhaftiert war, und jenes, das inhaftiert hatte“. Der Terror Stalins und das Leiden der russischen Menschen prägen das Werk vieler Schriftsteller, auch das des sowjetischen Autors Wassili Semionowitsch Grossman (1905–1964). Sein großes Epos „Leben und Schicksal“ konnte erst lange nach seinem Tod in einem russischen Exilverlag in der Schweiz erscheinen; vor drei Jahren kam eine überarbeitete deutsche Fassung heraus, und rasch stand das Urteil fest, dass es sich hier um ein Meisterwerk der russischen Literatur handelt, durchaus vergleichbar den großen Werken eines Dostojewski, Tolstoi und Pasternak.

Mit diesem Buch, das vom KGB beschlagnahmt worden war ebenso wie wenige Jahre später „Alles fließt“, geriet der bis dahin hochgelobte Schriftsteller ins Abseits. Bis zu seinem frühen Tod blieb er ein Geächteter, allerdings blieben ihm Verhaftung und Lager erspart. Aus offizieller Sicht war es verständlich, ist sein Werk eine einzige, den Leser bewegende Anklage gegen das stalinistische Regime.

Held kommt nach 30 Jahren aus Lagerhaft

Grossman schildert in „Alles fließt“ die Rückkehr eines Häftlings, Iwan Grigorjewitsch, nach 30 Jahren Gefängnis und Lager. Dieser hat Mühe, sich in dem völlig veränderten Moskau zurechtzufinden, findet schließlich Arbeit und Unterkommen, erfährt ein wenig menschliche Wärme, aber mehr noch Unverständnis und Heuchelei früherer Kollegen und Gefährten. Und immer wieder belasten ihn Erinnerungen an Haft, Folter, Hunger, unmenschliche Grausamkeiten und Massensterben. Die zahllosen Gefängnisse stehen ihm vor Augen, die Lubjanka, das Durchgangsgefängnis von Krasnaja Presnja, die Folterkeller von Lefortowo, die endlosen Jahre in den Lagern von Kolyma oder in der eisigen Polarnacht Workutas. Aber er gibt sich nicht auf. Er glaubt an die Freiheit, die auch einmal Russland erreichen werde. Der Mensch ist zur Freiheit geboren, das sagt er sich immer wieder.

Die Erzählung von Iwans Neuanfang wird im zweiten Teil des Buches durch Passagen unterbrochen, in denen Grossman über das Unglück seines Landes nachdenkt – über die Schrecken der Lager, über die Vernichtung der „Kulaken“, über die entsetzlichen,

Vom Glauben auf Freiheit getragen

vom Regime bewusst herbeigeführten Hungerepidemien („Diese Wahnsinnigen haben die Toten zerlegt und gekocht und ihre Kinder getötet und aufgegessen“), schließlich über die Revolutionsgeneration, die in den Jahren 1936/37 fast vollständig liquidiert wurde und die – grotesk genug – sogar noch freudig in den Tod ging. Grossmans düsterer Ausblick: Im Gegensatz zum Westen, wo sich die Freiheit durchsetzte, war und blieb Russland ein Land der Unfreiheit, des Sklaventums, sei es unter Peter dem Großen, der aufgeklärten Zarin Katharina, den Zaren des 19. Jahrhunderts oder selbstredend unter Lenin und Stalin. Fast wider bessere Einsicht hält er am Glauben auf Freiheit fest, auf Veränderungen der Menschen, im Staat, in der Gesellschaft. Am Ende des Buches besucht Iwan sein fernes Heimatdorf; er findet keine Spur mehr von früher, dennoch: „Hier stand er – grau, gebeugt und dennoch derselbe, unverändert.“

Warum heute ein solches Buch? Zum einen, weil es ein bewegendes literarisches Werk ist. Zum anderen auch, weil sich seine Gedanken durchsetzen und man daher die Hoffnung haben mag, dass das Land nicht noch einmal in die frühere Barbarei zurückfällt. *Dirk Klose*

***Wassili Grossman: „Alles fließt“**, Ullstein Verlag, Berlin 2010, gebunden, 254 Seiten, 24,95 Euro*

Weitere neue Titel

***Jörg A. Bahnemann: „Parlamentsarmee? Bundeswehr braucht Führung“**, Helios, Aachen 2010, gebunden, 340 Seiten, 24 Euro*

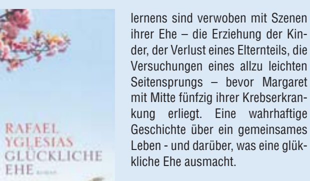
***Gothardt Beier: „So wars – Eine glückliche Kindheit, bewegte Jugend und erfüllte Jahre in Schlesien“**, Druckhaus Köhler, Siemensstraße 1, 31177 Harsum, 190 Seiten, 15 Euro*

***Richard Dimbath: „Helfer in Osteuropa (Die vergessenen 20000)“**, Wagner Verlag, Gelnhausen 2009, broschiert, 622 Seiten, 17,90 Euro*

***Alfred Eisfeld: „Etappen eines langen Weges – Beitrag zur Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland“**, BdV, Bonn 2010, broschiert, 82 Seiten, 5 Euro*

***Heiko Kregel: „Geschichte des Panzer-Regiments 10 1938 bis 1945“**, heiko.kregel@web.de, broschiert, 295 Seiten*

Rafael Yglesias
Glückliche Ehe
Roman



Als der 21-jährige Enrique Sabas im wildromantischen Manhattan der Siebzigerjahre auf die drei Jahre ältere Margaret trifft, weiß er, dass sie die Liebe seines Lebens ist. Doch die familiären Gegensätze könnten größer nicht sein: Er ist ein literarisches Wunderkind, ein eigenbrötlerischer Schulabbrecher, der sich ganz dem Leben der Boheme hingibt, wohingegen die lebhafte, attraktive Margaret aus einem bürgerlichen Haushalt kommt und die kontrollierte Emotionalität ihrer Mutter geerbt hat.Die erotischen Abenteuer und Missgeschicke in den ersten Wochen ihres Kennenlernens sind verwoben mit Szenen ihrer Ehe – die Erziehung der Kinder, der Verlust eines Elternteils, die Versuchungen eines allzu leichten Seitensprungs – bevor Margaret mit Mitte fünfzig ihrer Krebserkrankung erliegt. Eine wahrhaftige Geschichte über ein gemeinsames Leben - und darüber, was eine glückliche Ehe ausmacht.

Geb., 426 Seiten
Best.-Nr.: 6974





Ruth Buntkirchen
Das gestohlene Jahrzehnt
Erinnerungen 1945-1955
Geb., 289 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6962, € 20,00



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten



Der Autor nimmt seine Leser mit auf eine masurische Eisenbahnreise, zu Besuch beim deutschen Kaiser, an die dänische Grenze nach Ammersby, in das schleswig-holsteinische Dörfchen Poggendiek, ja sogar bis an den Gardasee, nach Sankt Petersburg und auf eine sonnige Atlantikinsel. Mit Wärme und hintergründigem Humor schildert er die Ängste und Nöte der sogenannten „kleinen Leute“. Es sind Geschichten für den Alltag wie den Sonntag, für den Feierabend wie für trübe Tage und schlaflose Nächte. Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Humor und Wärmedie Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95





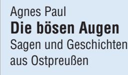
Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite



Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen





Märchen, Sagen und Geschichten, die man sich seit Urzeiten im alten Ostpreußen erzählte, hat Agnes Paul (1898–1968) zusammengetragen und aufgeschrieben, wunderbar romantische Märchen von armen und reichen, guten und bösen Leuten. Allerlei gefährliche Versuchungen harren der Menschen, dunkle Mächte suchen sie von ihrem geradlinigen Weg abzubringen, ihre Seelen und ihr Glück zu erhaschen. Immer aber obsiegt schließlich das Gute. So macht der fröhliche Taugenichts Fridolin dank des wundertätigen Ur-Elchs doch noch sein Glück, der arme Timofei überlistet den gefürchteten großen Wolf und die Hexe Baba-Jaga, und die Liebe trägt den Sieg über die Macht der bösen Augen davon.

Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087

statt € 7,00 nur noch € 3,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95



Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L“ von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960



PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Julian Reichelt
Ruhet in Frieden, Soldaten!’
Wie Politik und Bundeswehr die Wahrheit über Afghanistan vertuschten

»Wir bauen hier keine Schulen, wir kämpfen um unser Leben.« So die Worte eines deutschen Soldaten in Afghanistan. Vorbei die Mär von der friedensstiftenden Mission am Hindukusch. Mangelhaft ausgerüstet, ungenügend auf den Kriegseinsatz vorbereitet, zu wenig Truppen für die erbitterten Gefechte mit den Taliban – diese Wahrheiten über die Bundeswehr wurden jahrelang vertuscht.

Stattdessen wurden den Medien – und den Menschen in Deutschland – winkende, fröhliche Kinder, gebohrte Brunnen und neu gebaute Mädchenschulen präsentiert. »Hier gilt die Straßenverkehrsordnung« ist auf einem Schild im deutschen Feldlager Kunduz zu lesen; nur eines von vielen Symbolen für die unzähligen bürokratischen Regeln, mit denen sich die Bundeswehr in Afghanistan jeden Tag herumschlagen muss. Die Folge: zutiefst verunsicherte und frustrierte Soldaten. Die beiden Journalisten Julian Reichelt und Jan Meyer schildern, wie ignorante Politiker und überforderte Generale jahrelang die Wahrheit über den Krieg in Afghanistan vertuschten.

Kart., 224 Seiten, Format 14 x 21,5 cm
Best.-Nr.: 6976, € 16,95





Ute Susanne Werner
Ich krieg mich nicht mehr unter Kontrolle
Kriegsheimkehrer der Bundeswehr
Geb., 286 Seiten
Best.-Nr.: 6977, € 19,95



Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209

Robin Lane Fox
Die klassische Welt
Eine Weltgeschichte von Homer bis Hadrian

Ein großartiges Panorama antiker Geschichte, so fulminant erzählt wie ein historischer Roman.Auf den Spuren des antikenbegeisterten römischen Kaisers Hadrian, der um 120 n. Chr. begann, sein gesamtes Imperium von Schottland bis Ägypten zu bereisen, lässt die Autorin die Antike lebendig werden,von den homerischen Epen über die Erfindung der Demokratie und den stürmischen Aufstieg des Alexanderreichs bis zur römischen Kaiserzeit und den Anfängen des Christentums.Die Fülle der historischen Ereignisse von 1000 Jahren ordnet der Autor entlang dreier Leitthemen: Freiheit, Gerechtigkeit und Luxus - Themen, die schon in der Antike und bis zum heutigen Tag die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft bestimmen.Anschaulich und lebensvoll schildert Lane Fox,wie sich zunächst die griechische und auf ihren Schultern die römische Klassik entwickelt hat und wie antike Geschmacks- und Wertmaßstäbe uns bis heute präge.

Geb., 730 Seiten m. 12 Karten und Abbildungen auf Tafeln
Best.-Nr.: 6975



Manschettenknöpfe- Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782

statt € 24,95 nur noch € 19,95

*nur gültig in den Monaten Juni/Juli

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Zwischen Lebensfreude und Übermut, Wehmut und Trauer liegen die tieferen Schichten dieser Erzählungen aus vergangener Zeit, aus der Heimat Ostpreußen mit ihrem eigenwilligen Wortschatz und den sprichwörtlichen Eigenheiten ihrer Bewohner.
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

statt € 7,40 nur noch € 3,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

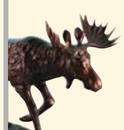
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgischwehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.

So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Elch-Standbild

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627







Aylin Korkmaz
Ich schrie um mein Leben
Ehrenmord mitten in Deutschland

»Er wollte mein Leben als Frau zerstören.«



Von denjenigen Ehrenmordfällen, die sich bisher in Deutschland zugetragen haben, zählt dieser zu den spektakulärsten – weil das Opfer überlebte, wenn auch nur knapp: Die Türkin Aylin Korkmaz, Mitte 30, Mutter dreier Kinder, wird an ihrer Arbeitsstelle nahe Baden-Baden von ihrem Exmann mit 26 Messerstichen in Gesicht und Körper niedergestreckt.

Sie verliert so viel Blut, dass die Ärzte es für ein Wunder halten, als sie aus dem Koma erwacht. Allein ihr Gesicht muss mit 230 Stichen genäht werden.

Geb., 250 Seiten mit farbigen Fototafeln
Best.-Nr.: 6979, € 19,95

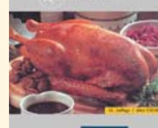


Wolfgang Schneider



Wolfgang Schneider
Tiger Im Kampf, I
Die Einsatzgeschichte der mit Nummern versehenen Tiger-Verbände der Wehrmacht (mit Ausnahme der 503)

Geb., im Großformat mit 486 Seiten und zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 5442
€ 69,50



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen
mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Standbild Friedrich II.

Wunderschöne detailgetreue Darstellung
Metallguß bronziert auf Mamorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036



PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

29/10

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Taiwan spielt Krieg mit China

Taipeh – Die Regierung von Taiwan hat ein Computerspiel gestartet, das einen Angriff der rotchinesischen Volksarmee simuliert. Laut Taipeh geht das Spiel davon aus, dass die Invasion vom Festland aus auf Guangzhou und Nanjing startet. Die Übung soll zeigen, wie gut die Verteidigungskräfte der Insel auf einen solchen Ernstfall vorbereitet sind. Peking beansprucht Taiwan, das frühere Formosa, nach wie vor als Staatsgebiet, obwohl es in letzter Zeit zu Annäherungen über den Handel gekommen ist. *J.F.*

Mörder dank Pizza gefasst

Los Angeles – Ein Stück Pizza wurde einem Serienmörder in den USA zum Verhängnis. Die routinemäßig aufgenommene DNA eines Häftlings hatte Ähnlichkeit mit der eines Serienmörders aufgezeigt und den Verdacht hervorgerufen, dass der Vater des Häftlings, der Auto-Mechaniker Lonnie David Franklin Jr. (57), zwischen 1985 und 2007 zehn Frauen ermordet hat. Der Mörder war nie gefunden worden, doch die DNA des Sohnes schickte Polizisten auf die Spur des Vaters, dessen angebissenes Stück Pizza in einem Restaurant den Ermittlern den notwendigen DNA-Nachweis lieferte. *L. Millauer*

ZUR PERSON

Europas Schirm-Herr

Unaufgeregt und prinzipientreu erledigt der gebürtige Lübekker seine Aufgaben. Er scheut nicht davor zurück, gut bezahlte Positionen aufzugeben. „Lieber gehen, als sich zu sehr beugen“, lautet seine Maxime. Der 59-jährige **Klaus Regling** ist Herr über den 440 Milliarden Euro-Rettungsschirm. Der ehemalige EU-Beamte war an der Entwicklung des Euro-Stabilitätspakts beteiligt. 2003 zog er den Ärger des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder auf sich, als er ein Verfahren gegen Deutschland wegen der wiederholten Verletzung des Stabilitätspaktes durchsetzte. 1999 hatte er seinen Posten im Bundesfinanzministerium wegen Differenzen mit dem damaligen Finanzminister Oskar Lafontaine verlassen.

Regling studierte in Hamburg und Regensburg Wirtschaftswissenschaften, arbeitete beim Internationalen Währungsfonds in Washington, beim Bundesverband Deutscher Banken und wechselte ins Bundesfinanzministerium. Für zwei Jahre managte er einen Investmentfonds in London. Dazwischen arbeitete er für private Auftraggeber. Regling erhielt 2001 die Schlüsselposition des Generaldirektors für Wirtschaft und Finanzen bei der EU-Kommission. Er war unter anderem für die Einhaltung des Stabilitätspakts verantwortlich. Regling soll nun von seinem Erfahrungsschatz profitieren. Er gilt als exzellent vernetzt und bringt Verständnis für die unterschiedlichen Positionen der Euro-Staaten und der EU-Kommission mit. Die EU-Finanzministerrunde rechnet neben dem schnellen Erreichen des AAA-Ratings auch die Ausräumung deutscher Vorbehalte gegenüber der Zweckgesellschaft zu seinen Aufgaben. *MRK*



Entdeckung

Zeichnung: Mohr

Sehr ärgerlich

Wie Joschka Fischer alles kommen sah, wie Ewald Schurer sich die Welt vorstellt, und wie die Deutsche Bahn von Dreijährigen geführt wird / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Joschka Fischer hat das kommen sehen. Die Grünen haben seit ihrem Bestehen an die direkte Demokratie („Basisdemokratie“ genannt) viel Herzblut verspritzt. Ganz am Anfang, als sie noch nirgendwo an der Macht waren, konnte es gar nicht basismäßig genug abgehen.

Spätestens 1998 mit dem Einzug in die Bundesregierung verschob sich der Blick jedoch. Die „Basis“ bekam etwas Unheimliches, zumindest ahnte man, dass einem die „Leute auf der Straße“ noch mal ziemlich lästig fallen könnten. Der frisch ernannte Außenminister Fischer sortierte die Sache daher mit der ihm eigenen Chuzpe um: Direkte Demokratie sei nicht dafür da, dass Mehrheiten ihren Willen durchsetzten, sondern dafür, dass Minderheiten ihre Belange anmelden könnten. Wie jetzt? Das klingt aber ziemlich verwurschtelt. Was Fischer sagen wollte: Wenn wir Sachen, die wir im Parlament nicht durchbekommen haben, per Volksabstimmung zu Wege bringen, ist das gelebte Basisdemokratie. Wenn die anderen das gleiche machen, dann nennen wir das Missbrauch demokratischer Instrumente. Punkt.

Gute Idee, aus Sicht der Grünen zumindest. Leider wurde nichts draus, die direkte Demokratie gilt, wo sie denn gilt, unvorsichtigerweise für alle.

Es ist wirklich sehr, sehr ärgerlich. Ausgerechnet Schulpolitik. Die Hamburger Politpädagogen müssen sich veräppelt vorkommen wie die schusseligen Lehrertypen in den Pennälerklamotten der jungen Bundesrepublik. Das fröhliche Lied vom gemeinsamen Lernen auf den glühend roten Lippen schritten sie ihrer Schülerschar voran, hinauf zur neuen „Primarschule“. Kurz vor dem Ziel dann der Schock: Bis auf die Streber vom Schülerrat hatten sich alle davongemacht und einen ganz anderen Kurs eingeschlagen. Aus der Ferne winkt die freche Bande auch noch triumphierend herüber!

Die Häme sollten wir uns bitte sparen. Hätten die Schulreformer den Totalschaden etwa kommen sehen können? Nie und nimmer. Dafür hatten sie in den vergangenen Jahrzehnten schlichtweg zu gut gearbeitet. Alles, was irgendwie mit Schule und Bildung zu tun hat, bevölkerten sie mit ihren Leuten: die Gewerkschaft, die Schülervertretungen und Lehrerkollegien, die Schulausschüsse in den Parteien, die Expertensessel in zahllosen mehr oder weniger staatlichen und staatlich geförderten Forschungseinrichtungen. Überall war die falsche Gesinnung erfolgreich stumm gemacht worden. Alle, die nicht dazu gehörten, waren irrelevant geworden, standen draußen vor der Tür, für den Müllschlucker der Geschichte bestimmt. Nun haben die einfach die Pforte aufgebrochen und die traute Runde gesprengt. Es ist unerhört.

Die Gefahr an der direkten Demokratie bleibt, dass hier strohblöde Bürger über Fragen abstimmen, die man ohne die geballte Kompetenz eines Parlamentariers gar nicht begreift. Wer wollte denn bestreiten, dass das Schicksal des Volkes in den Händen der Profipolitiker noch am besten aufgehoben ist?

> Abhauen voll im Trend: Ole geht und 48 Prozent der Baden-Württemberger wollen Schweizer werden

Es soll allerdings vorkommen, dass die klugen Mandatsträger schnöde getäuscht werden und deshalb falsch abstimmen. Der SPD-Haushaltspolitiker Ewald Schurer fühlt sich bei der Hauruck-Abstimmung zum Euro-Rettungsschirm übel hintergangen. „99 Prozent der Abgeordneten“, schimpft Schurer, hätten nicht gewusst, dass die 60 Milliarden Euro, welche die EU beisteuert, „nicht aus Eigenmitteln der Kommission stammen, sondern ebenfalls als Kredite aufgenommen werden müssen“. Auch dass die 440 Milliarden von den Euro-Staaten, 123 von Deutschland, erst noch zusammengeborgt werden müssten, habe man erst jetzt entdeckt. Dass seien „echte Hämmer“, so der erboste Experte.

Wir fluchen auch, noch mehr aber staunen wir: Hatte der Herr Schurer wirklich gedacht, dass die EU-Kommission in einem Brüsseler Keller 60 Milliarden gebunkert hat, die sie nur raufholen muss? Und dass das beispielsweise Deutschland, das sich Jahr für Jahr höher verschulden muss, nur um über die Runden zu kommen, einen 123-Milliarden-Schatz im märkischen Sand vergraben hat? Wüsste der Herr Schurer, dass seine Hausbank sein eingezahltes Spargeld nicht etwa im Tresor artig aufstapelt, sondern sogleich weiterverleiht, träfe ihn vermutlich der nächste Hammer.

Kritiker bemängeln, dass Haushaltspolitiker mit unseren Milliarden herumwürfen als glaubten sie, es gäbe immer noch gewaltige Reserven, die man nur anzapfen müsste. Nun wissen wir: Genau das glauben die wirklich! Wir müssen uns auf einiges gefasst machen.

Dazu haben allerdings zahlreiche Leute keine Lust mehr. Sie wandern aus. Ist aber auch keine leichte Sache: Alles stehen und liegen lassen, fern der Heimat noch mal neu anfangen. Wie wäre es, wenn man die Heimat beim Auswandern einfach mitnehmen könnte? Die schlauen Schweizer, deren Land ein begehrtes Ziel von Auswanderern ist, kamen als erste auf diese bestechende Idee. Sie fragten im nahen Ausland herum, ob man sich dort vorstellen könne, sich der Eidgenossenschaft anzugliedern: Die befragten Baden-Württemberger sagten zu 48 Prozent Ja, ebenso wie die Elsässer. In Vorarlberg und dem Nordwestrand Italiens waren es sogar 52 von Hundert.

Immerhin hat nicht bloß Deutschland an Attraktivität verloren. Dennoch eine frappierende Zahl. Abhauen liegt im Trend. Eben noch musste man Politiker heidemorden, um sie loszuwerden. Neuerdings tritt einer nach dem anderen mit einem „Nö, hab keine Lust mehr“ vor die Kameras und verschwindet.

Warum sollten sie auch arbeiten, bis sie so alt sind, dass das Verprassen ihrer schicken Pensionen nur noch halb so viel Spaß macht? Ole von Beust hat seinen Vorruhestand penibel vorbereitet. Erst seit dem 13. April steht ihm die volle Pension zu, ab sofort. Da wurde er nämlich 55. Gut vier Monate später nun geht er. Berichten zufolge stehen ihm auf Lebenszeit 9750 Euro monatlich zu. Nun aber kein Neid, er war ja auch endlose 32 Jahre politisch tätig, wie der scheidende Bürgermeister stolz vermerkt (Was wohl Adenauer dazu gesagt hätte? „32 Jahre! Du Küken!“). Ein Durchschnittsverdiener, der ebenfalls dieses Jahr in Rente geht, hätte theoretisch seit dem Jahre 1652 durchgehend in die Rentenkasse einzahlen müssen, um auf 9750 Euro zu kommen. Hoffentlich war es keine allzu schwere Arbeit, sonst dürfte er nach seiner 358-jährigen Berufstätigkeit zu abgekämpft sein, um das viele Geld wirklich genießen zu können.

Aber Ole von Beust will ganz gewiss noch nicht zum alten Eisen. Als erfahrener „Elder Statesman“ könnte er uns in TV-Runden an seinem Fachwissen teilhaben lassen, etwa zu der Frage, warum die Rente mit 67 unumgänglich ist, was „wir alle begreifen müssten, wo wir doch „alle in einem Boot sitzen“. Ja, ja.

Was sollte er auch sonst mit der vielen Freizeit anfangen? Immer bloß herumreisen? Viel zu heiß in den Zügen. Zumindest hat uns der Sonderbeauftragte der Deutschen Bahn, Georg Brunnhuber, aufgeklärt, wie es zu den Ausfällen der Klimaanlagen kam: Der „Klimawandel“ sei schuld. Als die ICE-Züge geplant worden seien, habe noch niemand damit rechnen können, dass es in Deutschland jemals über 35 Grad werde.

Entweder wird die Bahn von Dreijährigen geführt, welche die Geschichten über die heißen Sommer 2006 oder 2003 (bis zu 40,2 Grad) für Seemannsgarn der Altvorderen halten. Oder aber die Entwicklung der Hochgeschwindigkeitszüge begann weitaus früher als bislang angenommen, nämlich vor mehr als 12 000 Jahren während der letzten großen Eiszeit.

Mit Meteorologen redet die Deutsche Bahn offenbar nicht gern, nicht mal übers Wetter. Die Forscher hätten erzählen können, dass es in Deutschland solche Hitzewellen schon vor 100 Jahren gegeben hat und die Thermometer durchschnittlich alle zwei Jahre über 35 Grad steigen.

ZITATE

*Josef Schlarmann, der Chef der Unions-Mittelstandsvereinigung, äußert sich im „Spiegel“ vom 12. Juli skeptisch über den **Führungsstil der Kanzlerin**:*

„Frau Merkel sagt immer: ‚Versucht mal, euch zu einigen, und wenn es nicht gelingt, dann schalte ich mich ein.‘ Das ist gefährlich. Wenn ich keine Richtung vorgebe, geht die öffentliche Diskussion los. Dadurch entsteht der Eindruck der Zerrissenheit, und das ist für bürgerliche Parteien tödlich. Bürgerliche Wähler wollen Geschlossenheit. Ich will zurück zur Geschlossenheit.“

*Die **Unternehmensberaterin** und Publizistin **Gertrud Höhler** kritisiert im „Focus“ vom 12. Juli die **Gleichschaltung der Bildung** in einigen Bundesländern:*

„Vielfalt heißt eben auch: Der eine hat mehr Lust, viel zu machen, der andere weniger. Warum sollten wir den Leistungsnarren von seinem Vergnügen abhalten, wenn es allen zugute kommt? Das Gymnasium als Überholspur zu definieren ist ein verhängnisvoller Irrtum. Schicken wir jetzt alle auf die Überholspur, dann kann keiner mehr überholen – und alle fahren langsamer. Der Langsame bremst den Schnellen aus.“

*Bundesbildungsministerin **Annette Schavan** (CDU) sieht im **Volksentscheid von Hamburg** eine klare Botschaft, die sie im „Morgenmagazin“ von ARD und ZDF am 19. Juli so zusammenfasste:*

„Die Bürger sind es satt, dass ständig an den Schulstrukturen herumgedoktert wird.“

*Der Politologe **Herfried Münkler** von der Berliner Humboldt-Uni übt im Kölner „Express“ (20. Juli) scharfe **Kritik** am **Rücktritt** des **Hamburger Bürgermeisters**:*

„Ole von Beust hat das Schiff mitten im Sturm verlassen – für einen Helmut Schmidt wäre so etwas undenkbar gewesen. Früher war Pflichterfüllung das A und O. Für die heutige Politikergeneration, die im Wohlstand der Nachkriegszeit aufgewachsen ist, wird dagegen der Wunsch nach Selbstverwirklichung immer wichtiger.“

Symptom oder Syndrom?

Das Ding schien vielen Bürgern kühn,
ja selbst den Senatoren –
und wirklich ging beim Törn mit Grün
die Richtung schnell verloren.

Vergangen nun ist auch die Lust
dem ollen Käptn Ole,
drum zieht's nach trister Drift im Frust
zurück ihn an die Mole.

Doch schlimmer noch
ist der Befund
für Ähndschie samt Vasallen,
denn progressiver
Kaderschwund
hat ihren Klub befallen!

Wer mag da wohl der Nächste sein?
Das stellt sich dieser Tage
als meistgefragte Frage
ein –
fürwahr, verzwickte Lage.

Pannonicus